

Q3 2014

DER DIGITALE WANDEL

MAGAZIN FÜR INTERNET UND GESELLSCHAFT



DIE DIGITALE AGENDA

*Überlegungen aus Sicht von
Wissenschaft und Forschung*

DAS INTERNET DER DINGE

*Smart Home, Smart Cars, Smart City –
eine Klärung der Begriffe*

DU HAST IM MÄRZ GEBURTSTAG

*Gedanken einer
Social Media Stalkerin*

Inhalt



Open Government



Das Internet der Dinge



#icebucketchallenge

Vorwort	5	Yannick Haan – Sind wir auf dem Weg zur partizipativen Stadt?	18	SOCIAL MEDIA	
Elisabeth Ruge – Von Pozzo lernen.	6	Lukas Böhm – Online-Wahlkampf: Was sollen wir eigentlich noch machen?	22	Martin Weigert – Ice Bucket Challenge: Ich wurde nominiert, aber	39
DIGITALE AGENDA		INTERNET GOVERNANCE		Julius Endert – #icebucketchallenge: Soziales Großexperiment in Sachen Selbstdarstellung!	41
Dirk Arendt / Franz-Reinhard Habel – Eine etwas andere Betrachtung der Digitalen Agenda: Signal zur Modernisierung auf Grün gesetzt? ..	8	Nico Lumma – Das Problem der Netzpolitik ist die Netzpolitik.	25	Publixphere.net – Medien: Plädoyer gegen die Propaganda-Universen ..	43
Christian Heise / Christian Herzog – Überlegungen aus Sicht von Wissenschaft und Forschung zur Digitalen Agenda 2014–2017.	11	Wolfgang Kleinwächter – IGF 2014: Das Profil wird schäfer	26	Tobias Schwarz – Medienkritik: Die Gefahr von sozialen Netzwerken für den Journalismus	47
Christian Faller / Falk Ebert – Digitales Schwellenland Deutschland?	13	MEDIENKOMPETENZ V		Dekadedrei.de – Gedanken einer Social Media Stalkerin.	46
DIGITALISIERUNG & POLITIK		Kerstin Hoffmann – Hört endlich auf, euch für eure eigene Rückständigkeit auch noch zu feiern!	28	Über das Collaboratory	48
Jörn von Lucke / Christian Herzog / Christian Heise – Open Government: Gestaltungs- und Handlungsbedarf für ein neues partnerschaftliches Verhältnis zum Bürger	15	Julia Rieder – „Digital Natives“: Von Ureinwohnern und Einwanderern ..	30	Termine	21
		DAS INTERNET DER DINGE		Das Editorial Board	49
		Das Internet der Dinge	32	Impressum	50

Die kuratierten Texte dieser Ausgabe stammen von den folgenden Webseiten:



Ich. Heute. 10 vor 8. ist ein Blog auf faz.blogs.net. Die Autorinnen beschreiben ihn als den ersten kollektiven Frauenblog auf den Seiten eines überregionalen deutschen Mediums. Sie finden, dass unsere Gesellschaft mehr weibliche Stimmen in der Öffentlichkeit braucht und denken, dass diese Stimmen divers sein sollten. Dabei vertreten sie keine Ideologie und sind nicht einer Meinung, halten Feminismus für wichtig, weil Gerechtigkeit in der Gesellschaft uns alle angeht.



egovernment-computing.de ist ein Fachportal für Verwaltungsmodernisierung und digitale Infrastruktur. Sie wollen für IT-Verantwortliche im Public Sector wichtige Informationen ad hoc und in hoher Qualität online zur Verfügung stellen und einen kompletten Überblick über aktuelle Technologien, Initiativen, politische Trends und rechtliche Vorgaben liefern.



Die Autoren von **politik-digital.de** veröffentlichen Texte zu politischer Kommunikation und neuen Medien. Es ist die Webpräsenz von politik-digital e.V., einer Nichtregierungsorganisation, die eine demokratische und digitale Entwicklung der europäischen Informationsgesellschaft fördern will.



Auf **gefahr gutblog.de** möchten Christian Faller und Falk Ebert den medialen Umbruch verständlich machen. Sie schreiben über Online-Trends, Tools, Social Media, Virale Videos, Werbemaßnahmen und alles was sie in diesem Kontext sonst noch beschäftigt.



netzwertig.com ist ein Blog über die Internet-Ökonomie. Die Autoren berichten über Entwicklungen in der Internet-Wirtschaft, ihre Auswirkungen international und insbesondere auf den deutschen Sprachraum. Neben Meldungen über aktuelle Ereignisse bringen sie Analysen, die diese in grössere Zusammenhänge einordnen und stellen Startups vor allem aus dem deutschsprachigen Raum vor.



Carta.info ist ein Autorenblog für digitale Öffentlichkeit, Politik und Ökonomie, der sich mit dem Strukturwandel der medialen Öffentlichkeiten, Medienökonomie, Medien- und Internetpolitik sowie allgemeinen Fragen des politischen Feuilletons befasst. Als Blog hat er sich den Normen des Qualitätsjournalismus verpflichtet. Als Non-Profit-Projekt sieht sich Carta nicht als klassisches journalistisches Produkt, weil seine Autoren nebenberuflich und unentgeltlich schreiben.



Die Autoren von **Netzpiloten.de** sagen sie surfen oberhalb der Wolkendecke. Seit 1998 wollen sie mit ihren Lesern entdecken, dass das Web mehr zu bieten hat als bedruckte Seiten hinter Glas. Dabei wollen sie das Spannendste aus den Bereichen Social Media, Mobile, Lifestyle, Interviews, Linktipps und Technik präsentieren. Immer ohne Tech-Arroganz, dafür mit Weitblick und leicht verständlich aufbereitet.



Publixphere.net ist eine Online-Beteiligungsplattform für politische Inhalte. Alle Politik-Interessierten können sich hier – auch anonym – anmelden, eigene Diskussionen starten, Gedanken mit anderen teilen und wiederum kommentieren. Die Plattform ist nicht-kommerziell, überparteilich und unabhängig. Die Publixphere-Redaktion recherchiert Hintergründe zu den Fragen, die aus der Community kommen und stellt den Kontakt zu Akteuren aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft her. Regelmäßig bringt Publixphere politische Diskussionen auch in den Offline-Raum, wie zum Beispiel mit dem Format „Thema des Monats“ (#pxp_thema).



Dekadedrei.de wird von drei Frauen bespielt, die sich entlang zeitgenössischer politischer Theorie, Philosophie, Netzdebatten und Gesellschaftskritik äußern. Drei Frauen, die gerne schreiben und dabei die gängigen Anforderungen an die Generation Praktikum ablehnen. Die Autorinnen sagen sie seien nicht das „uncool ist das neue cool“ und schreiben um des Schreibens Willens, fern von traditionellem journalistischem Kategoriendenken und ökonomischen Zwängen.



medium.com ist eine kollaborative Plattform für Texte aller Art. Nutzer können sich gegenseitig folgen und somit eine eigene Reading-List zusammen stellen. Im Prinzip ist es eine Mischung aus tumblr und Twitter: Abonnierte Blogeinträge (ohne Längenbegrenzung) werden auf einer Seite zusammengefasst, jedoch erscheinen alle Beiträge in gleichem Design. Wurde ein Text einmal hochgeladen, können ihn andere Nutzer kommentieren und teilen. Zwei der vier Twitter-Gründer, Evan Williams und Biz Stone, haben die Plattform 2012 gegründet.

Vorwort

Juhu, die Digitale Agenda! Und nun?

Am 20. August hat die Bundesregierung die lange erwartete Digitale Agenda vorgelegt. Die Minister für Inneres, Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Wirtschaft und Energie erklärten, wie die Regierung in den nächsten vier Jahren mit der Digitalisierung Deutschlands umgehen wird. Während der Breitbandausbau im Mittelpunkt steht, werden Themen wie Überwachung oder Open Government nur am Rand betrachtet. Die Netzgemeinde vermisst Innovation und konkrete Umsetzungspläne.

Auch auf EU-Ebene gibt es Entwicklungen. Die neue EU-Kommission wird digitale Themen in einer Position vereinen und die Kombination von Aufgaben lässt ahnen, dass Netzpolitik in Zukunft einen noch höheren Stellenwert haben wird, als dies unter Neelie Kroes bereits der Fall war. Die Baustellen sind groß: Es fehlt der EU an einem digitalen Binnenmarkt, eine Urheberrechts-Reform wird diskutiert und der Datenschutz soll bis Ende 2015 neu geregelt sein.

Auch für globale Internet Governance Prozesse gab es keine Sommerpause. Nach dem EuroDIG in Berlin und dem Internet Governance Forum im September in Istanbul ist weiterhin nicht klar, in welche Richtung sich das Machtgefüge rund um die Grundstrukturen des Internets entwickeln wird. Experten befürchten

eine Fragmentierung des Netzes entlang nationaler oder regionaler Grenzen, die Globalisierung von ICANN bleibt eine heiße Debatte und vor dem Hintergrund der geheimdienstlichen Totalüberwachung wird weiterhin hinterfragt, wie man die Privatsphäre effektiv schützen sollte.

Angela Merkel sprach in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 10. September davon, dass der Umgang mit der Digitalisierung über unseren zukünftigen Wohlstand entscheidet: „Der digitale Wandel ist zentrale Gestaltungsaufgabe sowohl für die Wirtschaft, die Wissenschaft, aber eben auch für die Politik“. Es bleibt abzuwarten, ob die Politik, sowohl national als auch global, Taten folgen lässt und operationelle Lösungen entwickeln kann.

Das Magazin *Der Digitale Wandel* will die Diskussion zur Zukunft einer digitalisierten Gesellschaft in Deutschland, in Europa und weltweit antreiben. Welche netzpolitischen Themen sind relevant und welche finden noch zu wenig Beachtung? Schreiben Sie uns, was Sie bewegt. Wir freuen uns auf Reaktionen

Paul Fehlinger, Hauke Gierow, Sebastian Haselbeck, Julia Kloiber, Philipp Otto

Herausgeber

Janina Gera

Redaktion



Von Pozzo lernen.

Digitale Technologien bringen für die Literatur nicht nur andere Formate, sie machen sie auch zugänglicher. **Elisabeth Ruge** war Verlegerin des Berlin Verlags und von Hanser Berlin. Sie schreibt an ihrem ersten Buch und hat gerade eine Literaturagentur gegründet. Am 19. September 2014 schreibt sie im Blog Ich. Heute. 10 vor 8. auf den Seiten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wie wichtig es ist, die Möglichkeiten der digitalisierten Darstellung zu nutzen und voranzutreiben.

Der gigantische Erfolg des Bestsellers „Ziemlich beste Freunde“ war auch ein digitales Ereignis. Es geht um Inklusion, um „Accessibility“. Und um die Teilhabe am kreativen Prozess.

Ziemlich beste Freunde war ein Riesenerfolg, in jederlei Hinsicht – als Film, als Buch, als mediales Ereignis. Eine Geschichte von zwei Menschen an der Peripherie, die die Gesellschaft mitten ins Herz traf. Den Platz am äußersten Rand hatten hier stellvertretend für viele zwei Männer eingenommen: der eine arm und durch seine Herkunft gesellschaftlich unterprivilegiert, der andere gezeichnet von einer schweren körperlichen Behinderung. Es ging um Iso-

lation und deren Überwindung durch Solidarität. Als Buch hat sich die Story von Abdel Sellou und Philippe Pozzo di Borgo mehrere hunderttausendmal verkauft: auf Papier gedruckt, aber auch als E-Book – digital sogar überdurchschnittlich oft.

Der digitale Wandel wird hierzulande oft mit Verlust gleichgesetzt. Die Kultur des gedruckten Wortes geht verloren, heißt es, das Bleibende, die ernsthafte Literatur, fällt der digitalen Beschleunigung zum Opfer, alles wird kurzlebig, alles geht kaputt. Aber für manche Menschen tun sich gerade Welten auf. Ganz ausgeblendet wird bei den Klageliedern, dass es eine ungeheure Zahl potentieller Leser gibt, die

bislang nur bedingt analog verlegte Werke rezipieren konnten. Oder gar nicht. Dank neuer Technologien haben wir es nun aber mit barrierefreien Neuerungen zu tun, die – ausschließlich auf digitalen Entwicklungen basierend – Millionen von Menschen mit Einschränkungen oder Behinderungen an einer großen Vielfalt literarischer Texte teilhaben lassen. Das erfordert natürlich Investitionen, und es geht dabei eben nicht einfach um E-Books. Eine soziale Dimension digitaler Textvermittlung tut sich auf, die einen ganz neuen Blick auf die Zukunft verlegerischer Tätigkeit erfordert sowie auf die gesellschaftspolitische Verantwortung, die mit ihr einhergeht.

Jede wirklich kreative verlegerische Vision für die digitale Zukunft unsrer Bücher ist, zumindest zu diesem Zeitpunkt, mit dem EPUB-Format verknüpft. Es ist bestimmt kein Zufall, dass der Ursprung der 3.0-Version dieses Formats in dem international durchgesetzten Standard „Daisy“ (Digital Accessible Information System) zu finden ist, einem Standard, der zunächst für blinde User digital navigierbarer Hörbücher entwickelt wurde. Und bestimmt ist es auch kein Zufall, dass der Präsident des IDPF (International Digital Publishing Forums), dem u. a. Apple, Google, Adobe sowie eine Vielzahl großer Verlage und Institutionen angehören, selbst blind ist. George Kerscher hat den Begriff „print disabled“ für alle jene Menschen geprägt, die – durch physische oder sensorische Einschränkungen – gedruckte Texte nicht nutzen können: Es sind viele. Sie profitieren von Text-to-Speech-Funktionen, von Erfindungen wie Refreshable Braille, von Voice Control, Augensteuerung, überhaupt von erstmals vernünftig navigierbaren Texten.

Und darin liegt auch die politische Dimension, die sich aus all diesen technischen Möglichkeiten ergibt. Es wäre an der Zeit, Standards festzulegen, um die barrierefreie Nutzbarkeit von Computern zu garantieren, Standards wie EPUB-Formate sind das eine, die entsprechende Funktionalität der Hardware ein weiteres. In Hinsicht auf „Accessibility“ nimmt Apple übrigens eine Vorreiterrolle ein, und erst kürzlich hat CEO Tim Cook darauf hingewiesen, dass man auf diesem Gebiet kontinuierlich weiterarbeiten wird, selbst wenn dadurch keine kurzfristigen Umsatzzugewinne eingefahren werden (wie von einigen Großaktionären gefordert). Das Betriebssystem iOS8, die neue auf dem iPhone 6 installierte Software, bringt folglich gleich eine ganze Reihe von beeindruckenden Optimierungen, was die barrierefreie Handhabung der Geräte anbelangt.

Es sollte nicht überraschen, dass in diesem Jahr in Klagenfurt einer der eindrucksvollsten Texte von einem Mann vorgetragen wurde, der unter einer starken Sehbehinderung leidet: Michael Fehr. Sein kreatives Schaffen ist engstens verwoben mit dem Einsatz digitaler Technologien. Wie er liest, wie er schreibt, wie er seine Texte auf die Bühne und zu Gehör bringt, all das ist ohne inspirierte technische Bastelei nicht denkbar. In diesem Fall die eines Tontechnikers an der Berner Hochschule der Künste, der ein eigens auf Fehr abgestimmtes Textverarbeitungsprogramm entwickelt hat. „Ich bin jemand, der zu Anfang ganz starke innere Bilder hat, und die bestehen wesentlich aus Farben, Farbkombinationen ...“ In einem Interview spricht der fast blinde Autor über das allmähliche Auftauchen jener Impressionen, die dann in seine Prosatexte und Gedichte münden. Und man spürt sogleich, dass es hier eine Wahrnehmungsverschiebung gibt, eine Andersartigkeit des Zugriffs auf die Welt, die sich dann in Fehrs Werk abbildet – einem Werk, das vor kurzem gar nicht erst hätte entstehen können. Es geht um Teilhabe, auch am kreativen Prozess.

Lesen tut übrigens noch immer am liebsten ohne Bildschirm. Auch wenn er die Wahl eines schönen Papiers taktil nicht mehr genießen kann, die geschmeidige, leicht strukturierte Oberfläche einer Buchseite, so schätzt er doch die Gradierungen der Farbe, den harmonischen Stand des Satzes, die gutgewählte Typographie, das ästhetische Zusammenspiel von Umschlag, Einband, Lesebändchen. Wie wir alle. Wir lieben ihn, diesen schönen, uns seit Jahrhunderten verlässlich begleitenden Kulturträger, das Buch. Zum Umblättern benutzt Pozzo di Borgo ein bewährtes analoges Hilfsmittel, einen kleinen Stock. Er hält ihn im Mund. Manches lässt sich eben mit etwas Improvisation auch ohne Technik lösen. Aber wie gut zu wissen, dass man sich mittlerweile per Zuruf durch einen Text bewegen kann. Oder

auch nur durch einen einzigen Lidschlag. Oder durch Augenbewegung Kunst erschaffen kann. Die digitale Revolution macht's möglich. Und unsere Welt wird reicher.

CC-BY-NC-SA-4.0 | <http://blogs.faz.net/10vor8/2014/09/19/von-pozzo-ler-nen-2527/>

Eine etwas andere Betrachtung der Digitalen Agenda: Signal zur Modernisierung auf Grün gesetzt?

Dirk Arendt und **Franz-Reinhard Habel** blicken auf die Digitale Agenda, die am 20. August von der Bundesregierung vorgestellt wurde. Sie erkennen in ihr die Chance eine Startrampe zu sein, um Rahmenbedingungen zu setzen und die Verwaltung zu vitalisieren. Dabei sollte in Betracht gezogen werden, dass die sich verändernden Lebensbedingungen und Lebensstile der Menschen nach Freiräumen und weniger Regelwerken verlangen. Die Autoren sind Mitglieder des Redaktionsbeirats von eGovernment Computing – einem Informationsportal zu aktuellen Technologien, Initiativen, politischen Trends und rechtlichen Vorgaben einer digitalen Infrastruktur. Dirk Arendt ist Director für Business Development & Government Affairs bei den Berliner Strategen und Franz-Reinhard Habel ist Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Ihr Kommentar zur Digitalen Agenda erschien am 17. August 2014 auf egovernment-computing.de.

Signal zur Modernisierung auf Grün gesetzt?

Deutschland hat es weit gebracht. Nicht nur im Fußball steht das Land ganz vorne da. Das gilt auch für die Wirtschaft in Europa. Die Arbeitslosigkeit ist gering, und die Steuereinnahmen sind hoch. Deutschland ist in Europa die Lokomotive der Wirtschaft.

Aber um welche Lokomotive handelt es sich? Ist es ein IC oder ein ICE, der durchs Land saust? Noch sind es weitgehend die Loks aus Stahl und Eisen des vergangenen Jahrhunderts, die den „Wirtschaftszug“ durchs Land ziehen. Im Zeitalter der Globalisierung und der Digitalisierung verändern sich aber die Anforderungen an den Staat.

So hängt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands maßgeblich von einer modernen Infrastruktur ab. Waren das im vergangenen Jahrhundert Straßen, Telefonleitungen und Eisenbahnschienen, sind es im 21. Jahrhundert moderne, hoch leistungsfähige Breitbandverbindungen. Gerade hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf. Besonders die Politikbereiche Mobilität, Wirtschaft, Energie, Bildung und Gesundheit werden hiervon

besonders berührt. Trotz dieser positiven Lage müssen wir modernisieren, wenn wir auch morgen noch vorn sein wollen. Die Digitalisierung als Schwester der Globalisierung spielt hier eine wichtige Rolle. Wir brauchen keine „Angstdebatte“, sondern eine „Gestaltungsdebatte“, wenn wir neue Möglichkeiten für mehr Lebensqualität und mehr Prosperität der Wirtschaft voll ausschöpfen wollen.

Wie wir leben, arbeiten, uns bilden und unsere Freizeit verbringen, wird immer mehr vom Internet bestimmt. Arbeitsorte und Arbeitsformen ändern sich. Weltweite Wertschöpfungsketten entstehen. Kooperation und Kollaboration werden die Form der Zusammenarbeit grundlegend verändern. Wer sich die Lebensstile der Generation Y, also derjenigen, die um das Jahr 2000 herum Teenager waren, vor Augen führt, wird feststellen, dass ein Teil der Institutionen und der Strukturen der zunehmenden Vernetzung nicht genügend Rechnung tragen.

Im Rückblick könnte dieses Jahrhundert als das „Jahrhundert der Kooperation“ in die Geschichte eingehen. Die insbesondere durch die Digitalisierung ausgelöste Transformation macht auch vor Staat und

Verwaltung nicht halt. Alle rund 20.000 Behörden in Deutschland mit ihren mehr als vier Millionen Mitarbeitern werden von den Veränderungen massiv betroffen sein. Umso notwendiger ist es, sich auf den Wandel frühzeitig einzustellen und vorzubereiten. Politik und Regierung haben diese Herausforderungen durchaus erkannt. Inwieweit sie die richtigen Erkenntnisse ziehen und diese auch zügig umsetzen, bleibt allerdings abzuwarten.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde festgeschrieben, dass die große Koalition für alle Ressorts eine Digitale Agenda 2014 bis 2017 beschließen und ihre Umsetzung gemeinsam mit Wirtschaft, Tarifpartnern, Zivilgesellschaft und Wissenschaft begleiten will. Das ist gut so und ein wichtiges Signal. In dieser Wahlperiode hat darüber hinaus der Deutsche Bundestag einen Ausschuss Digitale Agenda eingerichtet. Auch das ist ein wichtiges Signal. Kommt doch endlich das Thema Digitalisierung in der Bundespolitik an. Jetzt geht es darum, mit den notwendigen Reformarbeiten auch zu beginnen. Die Digitale Agenda soll sieben Handlungsfelder aufgreifen. Der Kabinettsbeschluss liegt auf dem Tisch, besser wäre: steht im Netz!



Digitale Agenda und Gesellschaftsmodernisierung – wie passt das zusammen?

Nun, seit dem 20. August, liegt sie vor, die Digitale Agenda Deutschland. Die Erwartungshaltungen sind sehr unterschiedlich und hoch zugleich. Einige fordern, den großen Wurf Deutschland zu verändern und fit zu machen für das 21. Jahrhundert, andere sehen darin die Notwendigkeit, die Staatsstrukturen zu hinterfragen und die Vernetzung voranzutreiben, wiederum andere wollen nur, dass die bisherigen Aktivitäten aus unterschiedlichen Ministerien zu einem Gesamtpapier zusammengeführt werden. Die Wünsche sind Legion. Alle Beteiligten sollten sich aber darüber im Klaren sein, dass mit einer Digitalen Agenda weder Wirtschaft noch Gesellschaft oder Politik neu ausgerichtet werden können.

Auch die Idee, mit einer Digitalen Agenda die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaft vorzugeben, wäre ein völlig falscher Ansatz. Die Digitale Agenda ist nicht einfach ein Programm, das in einer bestimmten Zeit abgearbeitet werden kann. Gesellschaftliche Veränderungen können nicht einfach verordnet werden. Auch ist es eine Illusion zu glauben, Schutzzäune vor zu viel Digitalisierung aufzustellen. Wir haben es hier mit fundamentalen

Veränderungen zu tun, die sorgfältig beobachtet werden müssen, die staatliches Handeln bei der Sicherung von Freiheit notwendig machen, aber auch Menschen, Unternehmen und Organisationen in ihren Handlungsweisen schützen und zugleich unterstützen müssen.

Datenschutz wird so wichtig wie Umweltschutz

Im Kern geht es darum, Rahmenbedingungen zu setzen, die es ermöglichen, dass Menschen sich entwickeln und ihren eigenen Weg gehen können, Unternehmen bestmögliche Voraussetzungen durch die Verfügbarmachung einer modernen Infrastruktur erhalten, aber auch durch sichere Kommunikation neue Wege bei Produktion und Dienstleistung beschreiten können. Und gerade jungen Menschen sollten sich Optionen eröffnen, unternehmerisch tätig zu werden oder sich gesellschaftlich zu engagieren. Weiter geht es darum, die Verwaltung zu vitalisieren, Effizienz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung durch neue Formen der Zusammenarbeit und Vernetzung sicherzustellen. Viel zu häufig beschränkt sich die Zusammenarbeit etwa der Kommunen auf Effizienzeffekte der vorhandenen Ressourcen. Das ist richtig, aber nicht genug. Die Früchte einer Zusammenarbeit kommen besonders dann zur Wirkung, wenn unterschiedliche Potenziale

zusammengeführt werden, die Spannung erzeugen. „Make different“, das ist das wahre Potenzial.

Die sich verändernden Lebensbedingungen und Lebensstile der Menschen verlangen nach mehr Freiräumen und weniger Regelwerken. Eine Digitale Agenda muss die Chancen nutzen, Schneisen in das Bürokratiedickicht zu schlagen. Politik, Regierung und Verwaltung sind in ihrer Gesamtheit gefordert, eine neue Balance zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu schaffen. Es ist die sich ständig verändernde Lebenswelt der Menschen, die einen geschützten, prosperierenden Raum zur Entwicklung benötigt. Jedes staatliche und kommunale Handeln muss sich daran ausrichten und messen lassen.

Die Aufgaben der Digitalen Agenda

Die Digitale Agenda für Deutschland der Bundesregierung sollte daher vor allem:

- Mut zur Veränderung machen und Ermöglichungsräume schaffen. Dazu müssen die Potenziale transparent gemacht und gebündelt werden. Dies ermöglicht soziale Gerechtigkeit und Innovationen.
- insbesondere Reformprozesse in der Verwaltung vorantreiben,
- einen stärkeren Blick auf Europa werfen und Europa nicht nur als Wirtschaftsraum, sondern auch als digitalen Raum begreifen,
- und sicherstellen, dass zwischen Lebenswelt und politischer Systemwelt eine nicht allzu große Lücke klappt.

Gerade in den Politikfeldern Mobilität, Energie und Gesundheit wird das Thema IT-Sicherheit eine große Rolle spielen. Hinzu kommt die Informationsverarbeitung in der Verwaltung. Hier ist in den letzten Jahren – was die Datensicherheit betrifft – zu wenig geschehen. Bei Maßnahmen der Verkehrssteuerung oder telemedizinischen Eingriffen spielt die Datensicherheit eine ganz entscheidende Rolle. Auch kurzfristige Ausfälle oder Verzögerungen können nicht hingenommen werden. Um der Datensicherheit größere Aufmerksamkeit zu schenken, ist es unter anderem notwendig, dass Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik sachlich und personell zu verstärken. Als am 14. März 2003 Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen

Bundestag die Agenda 2010 vorstellte, ging ein Ruck durch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das wird mit der Digitalen Agenda nicht geschehen, denn die Dinge sind komplizierter, die Aufmerksamkeit der Bürger weit geringer.

Hier geht es nicht um Fordern und Fördern, um mehr Eigenverantwortung und um einen besseren „Outcom“ staatlicher Leistungen. Auf der anderen Seite verlangen die Menschen nach mehr Datenschutz und Datensicherheit, nach schnellem und preiswerten Internet. Hinzukommt, dass gerade die junge Generation in der Digitalisierung neue Chancen für sich selbst sieht.

Schaut man in die Regale der Kioske, sieht man, dass die Magazine und Zeitungen, die sich mit der Zukunft beschäftigen, überall aus dem Boden sprießen. Die Menschen wollen wissen, wie sie in Zukunft leben können, wie ihre Arbeitsmöglichkeiten in der digitalen Welt sich gestalten, welche Gesundheitsdienstleistungen angeboten werden und wie die Bildung ihrer Kinder aussieht.

Digitales Fitnessprogramm für Staat und Gesellschaft

Das Internet ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. So sind schätzungsweise 80 Prozent, also circa 60 Millionen Deutsche, täglich online. Jedoch kann nicht überall in Deutschland der volle Umfang dieser modernen Kommunikationsform genutzt werden. Für manche ist das Internet immer noch Neuland, und die Bundesrepublik hat international einen enormen Nachholbedarf, um zu den Topnationen aufzuschließen. Die Digitale Agenda der Bundesregierung soll unser Land fit für die Herausforderungen der Zukunft machen. Doch was genau muss man dazu tun?

Grundsätzlich muss es darum gehen, bei der Arbeit in Politik und Verwaltung die Möglichkeiten der Digitalisierung voll ausschöpfen zu können, um die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und Wachstum zu generieren. Die Agenda sollte deshalb in erster Linie nach innen gerichtet sein, Politik und Verwaltung sensibel machen für die neue Möglichkeiten. Die Digitale Agenda muss als Auftakt verstanden werden: Für einen gesamtge-

sellschaftlichen Modernisierungsprozess, an dessen Ende eine langfristige Vision und ein Maßnahmenplan mit konkreten, messbaren Handlungszielen, Meilensteinen und Verantwortlichkeiten steht. Diesen Prozessgedanken sieht die vom Bundeskabinett verabschiedete Fassung vor und diesen gilt es nun sinnvoll zu gestalten – unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Akteure.

Forderung: Digitaler Ausschuss sollte Schlüsselfunktion werden

Den jetzt beginnenden Prozess sollte der Bundestagsausschuss Digitale Agenda zu seinem Schwerpunkt machen und in der Tradition der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ fortführen. Allerdings könnte die Kommission, da keinem Minister eindeutig zugeordnet, bald zwischen den Stühlen zerrieben werden. Wenn der Ausschuss lediglich das „abnicken“ darf, was die große Koalition erarbeitet hat, wird er ein „Gremium ohne parlamentarische Relevanz“ bleiben, als was ihn Opposition und Internetwirtschaft ohnehin schon bezeichnen. Zeit also, auf die Möglichkeiten des neuen Ausschusses hinzuweisen.

Denn er könnte als Ausschuss zu einer Plattform heranreifen, auf der sich abzeichnende digitale Trends diskutiert werden, die einen Blick über den Tellerrand der Koalitionsvereinbarungen und über Deutschlands Grenzen hinaus wirft. Mit diesem Ausschuss gibt es die Gelegenheit, das Neuland zu vermessen, endlich voraus-zudenken, die politischen Rahmenbedingungen rechtzeitig zu setzen – und nicht immer nur reagieren zu müssen.

Der Bundestagsausschuss braucht mehr Macht, mehr Einfluss, mehr Befugnisse, mehr Möglichkeiten, mehr Selbstbewusstsein. Er könnte zum Beispiel alle künftigen Gesetze auf ihre digitale Umsetzbarkeit hin überprüfen und Empfehlungen an den Bundestag aussprechen. Es müssten dazu allerdings Verfahrensweisen aufgebaut werden, damit der Ausschuss die Entwicklung der politischen Ereignisse spiegeln und ihnen vorgehen kann. Ein Monitoring, das es im Übrigen in anderer Hinsicht schon gibt, wäre sinnvoll. Der Normenkontrollrat etwa prüft alle Gesetze hinsichtlich ihrer Bürokratiekosten. Und auch wenn ein Normenkontrollrat natürlich anders funkti-

oniert und zusammengesetzt ist als ein Bundestagsausschuss, zeigt er doch, dass ein solches Monitoring-System praktikabel und durchführbar sein kann.

Ziel muss es sein, dass der Ausschuss in die Lage versetzt wird, zum einen alle künftigen Gesetze auf eine Art eReadiness und ihre digitale Durchsetzbarkeit zu prüfen, zum Anderem aber auch sich mit Themen der Zukunft, die einen gesamtgesellschaftlichen Bezug haben, auseinanderzusetzen.

Eine wesentliche Fragestellung, die die Digitale Agenda nämlich bisher außen vor lässt, die aber für eine grundsätzliche und zukunftsweisende Strategie immens wichtig erscheint, ist in der Zukunft unserer digitalen Gesellschaft in 10, 15 oder 20 Jahren zusehen. Hier sehen wir den Ausschuss in einer Art Monitoring- und Steuerungsfunktion. Um Konstanz zu schaffen und Stringenz zu gewährleisten, sollte er sich schon frühzeitig mit der Weiterentwicklung von Zielen und Ansätzen über die laufenden Legislaturperiode hinaus beschäftigen: Mit dem Zeitraum der Jahre 2018 ff. und den sich schon abzeichnenden Trends und Herausforderungen. Er beschäftigt sich idealerweise mit einem „vorausschauenden eGovernment“.

Für eine strukturierte Herangehensweise müssen viele Themen in einer grundlegenden Diskussion dargestellt und mit all ihren Folgen erörtert werden, bevor sie in einen regulativen Ansatz des politischen Systems gelangen.

Die Agenda ist die Startrampe zu einer Debatte, wie sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft angesichts der Digitalisierung und der Globalisierung in den kommenden Jahren aufstellen müssen. Dieser Reform- und Modernisierungsprozess darf nicht allein den Politikern überlassen bleiben, sondern er muss mit den Bürgern geführt werden. Sie sind der Stakeholder, um ihretwillen ist der Staat da. Tauschen wir die IC-Züge gegen ICE-Züge aus und schaffen wir Hochgeschwindigkeitsstrecken in unserem Land und in Europa. Dann wird der „Wirtschaftszug“ uns weiter Wohlstand bringen.

CC-BY-NC-SA-4.0 | <http://www.egovernment-computing.de/projekte/articles/457097/>

Überlegungen aus Sicht von Wissenschaft und Forschung zur Digitalen Agenda 2014–2017

Die Digitale Agenda teilt der Wissenschaft drei Rollen zu: Sie ist Mitgestalter, Innovationstreiber und Nutzer des digitalen Wandels. Christian Heise und Christian Herzog beschreiben, was das bedeutet. **Christian Heise** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Digital Cultures (CDC) an der Leuphana Universität Lüneburg, zudem Vorstandsmitglied der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., **Christian Herzog** ist ebenfalls wissenschaftlicher Mitarbeiter am CDC.

Am 20. August 2014 hat das Bundeskabinett die Digitale Agenda der Öffentlichkeit präsentiert. Die Zielsetzung, den digitalen Wandel aktiv zu fördern, zu begleiten und abzusichern, ist sehr begrüßenswert. Die Bundesregierung macht dabei an vielen Stellen deutlich, dass die Digitale Agenda nicht der Abschluss, sondern der Beginn der Konkretisierung von Maßnahmenpaketen ist und als „offener, alle gesellschaftlich relevanten Gruppen einschließender, nicht abschließender Prozess“ verstanden werden muss. Das ist ebenfalls erfreulich, da die Bundesregierung das „kollektive Wissen in unserer Gesellschaft“ also nicht nur in Form von Big-Data-Analysen nutzbar machen möchte, sondern in dem Dokument durchgängig zu Dialog, Teilhabe und Mitgestaltung auch durch Wissenschaft und Zivilgesellschaft aufruft.

Leider gehen die bisher vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umsetzung nicht weit genug und fallen an vielen Stellen hinter die klaren Ankündigungen des Koalitionsvertrags zurück. Das gefährdet auch die Wissenschaften als Treiber des gesellschaftlichen Wandels. In diesem Beitrag möchten wir uns in die Agenda-Debatte aus der Sicht der digitalen Wissenschaften und der digitalen Kulturen einbringen.

Digitale Kulturen und Medien müssen besser verstanden werden

Die Agenda erkennt gleich zu Beginn an, dass die digitalen Technologien „die Schaffung und den Zugang zu Kulturgütern und medialen Inhalten sowie die Möglichkeiten der Meinungsbildung und -äußerung revolutioniert und demokratisiert“ haben. Vollmundig folgt die Erklärung der Bundesregierung, Deutschland zu einem „digitalen Kulturland“ machen zu wollen. Doch was sie unter digitalen Kulturen versteht, bleibt nebulös.

Die zu diesem Bereich in der Agenda genannten Maßnahmen richten sich vor allem auf Teilaspekte der digitalen Kulturen: Digitalisierung, Langzeitarchivierung und Zugänglichkeit von Kulturgütern. Kino und Film werden ausdrücklich genannt, einer der wenigen Zuständigkeitsbereiche der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Die Deutsche Digitale Bibliothek soll weiter ausgebaut werden. Die Digitalisate und deren Metadaten sollen „– soweit urheberrechtlich zulässig –“ offen und möglichst unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Leider sieht die Bundesregierung hier, anders als in der Wissenschaft, offenbar keinen urheberrechtlichen Handlungsbedarf. Hier hätten wir uns einen Diskussionsvorschlag

zu einer Remixing-Schranke gewünscht oder zumindest die Anerkennung der Tatsache, dass sich mit dem Zugang auch die Weiternutzung und Weiterverbreitung medialer Inhalte demokratisiert, diese Meinungsäußerungen zwar massenhaft, aber in einer rechtlichen Grauzone erfolgen.

Man darf vermuten, dass Verbraucher besser vor Abmahnungen geschützt werden sollen, aber nicht etwa, indem dem Abmahnungswesen endlich ein Ende gesetzt wird, sondern durch Aufklärung. Die Unterscheidung von legalen und illegalen Angeboten fällt jedoch selbst Experten oft genug schwer. Genau diese Grauzonen sind gesetzgeberisch zu klären. Unter „revolutionierten“ Bedingungen werden immer wieder neue Nutzungen aufkommen, die gesellschaftlich gewünscht sind, aber urheberrechtlich ausgeschlossen. Um die dafür erforderliche Flexibilität zu schaffen, wird zunehmend die Einführung einer Fair-Use-Regelung vorgeschlagen – von der von CDU- und CSU-Abgeordneten gestarteten Initiative Faires Urheberrecht bis zu kritischen Juristen wie Till Kreuzer. Auch diesen Vorschlag sucht man in der Agenda vergeblich.

Positiv können die Ankündigungen einer umfassenden Open-Access-Strategie, einer Bildungs- und Wissenschaftsschranke im

Urheberrecht, einer Bildungsoffensive und nachhaltiger Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur hervorgehoben werden. Diese Aspekte des netzpolitischen Regierungsprogramms stellen zeitgemäße und notwendige Signale dar, um Deutschland im Bereich der Wissenschaft und Bildung in das digitale Zeitalter zu führen.

Die Wissenschaft als Mitgestalter, Innovationstreiber und Nutzer des digitalen Wandels

Die Agenda teilt der Wissenschaft drei Rollen zu: Sie ist Mitgestalter, Innovationstreiber und Nutzer des digitalen Wandels.

1.) Die Gestaltung des Wandels und die Schaffung von Infrastrukturen zum Wohle aller sei gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Wissenschaft werde daher zusammen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren dauerhaft an der Umsetzung und Weiterentwicklung der Digitalen Agenda beteiligt, u.a. im Rahmen der neu auszurichtenden Nationalen IT-Gipfel. Die Bundesregierung vertritt die Digitale Agenda auch in internationalen Organisationen, in deren Multi-Stakeholder-Prozessen neben Akteuren aus Staat und Wirtschaft auch Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenwirken.

Ausdrücklich gefordert wird die Wissenschaft bei der fundierten und umfassenden Beurteilung und Gestaltung der digitalen Arbeitswelt und flexibler Arbeitsformen, der IT-Sicherheit, aber auch bei der Frage der Netzneutralität. Der Auftrag lautet umfassend:

„Die Wissenschaft muss die Digitalisierung selbst stärker zum Gegenstand der Forschung machen. Nur so kann sie den notwendigen Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Debatte um das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit wie von Privatheit und Öffentlichkeit leisten.“

2.) Wissenschaft treibe, erkenne und setze Innovationen um und bilde damit eine Voraussetzung für einen erfolgreichen, wachstumsbegründenden digitalen Wandel. Die aktuellen Trends erkennt die Agenda als Industrie 4.0, die laut Schätzungen verspreche, die Produktivität von Unternehmen um 30 Prozent zu steigern. Wachstumsbereiche sind insbesondere 3D, Smart Services, Big Data und Cloud Computing. Die Stärkung dieser Bereiche will die Bundesregierung fördern und fordern, nämlich von Wirtschaft

und Wissenschaft, damit „Deutschland digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa wird.“ Wissenschaft wird hier zum Dienstleister am wissenschaftsgetriebenen Wirtschaftsraum.

3.) Drittens spricht die Agenda Wissenschaft, Forschung und Bildung als Nutzer der neuen digitalen Möglichkeiten an. Auf Basis ihrer Erkenntnisse soll die Wissenschaft die Gestaltung, Beratung und Fundierung von Politik ermöglichen. Ferner soll sie als Innovationstreiber wirken. Um dies zu gewährleisten, bedarf es bestmöglicher Bedingungen und der Freiheit, die Potentiale des digitalen Wandels ausloten. Hier sagt die Agenda, zurecht:

„Wissenschaftler wollen unkompliziert wissenschaftliche Informationen austauschen und über Ländergrenzen hinweg zusammenarbeiten.“

Allerdings schließt daran unmittelbar die instrumentalisierende Forderung an, dass „Forschungsergebnisse schneller den Weg in innovative Anwendungen finden und damit zu neuem Wohlstand und sicheren Arbeitsplätzen der Zukunft beitragen.“ Dabei müssen der Wissenschaft auch Mittel, Raum und Zeit zur Verfügung gestellt werden, damit erkenntnistheoretisch basierte Forschung und nicht nur anwendungsorientierte Vorhaben umgesetzt werden.

Das klare Bekenntnis der Bundesregierung, in Bildung, Wissenschaft und Infrastrukturen nachhaltig investieren zu wollen, findet in den konkreten Maßnahmen keine Entsprechung. Da ist von einer „neue Strategie“ und von Empfehlungen die Rede, die ein „Rat für Informationsinfrastrukturen“ abgeben soll. Am konkretesten ist noch die Ankündigung von „strategischen Projekte mit großer Hebelwirkung“ bei der Vernetzung von Forschungsdatenbanken und Repositorien sowie virtuellen Forschungsumgebungen. Die „Hebelwirkung“ lässt jedoch vermuten, dass damit gerade keine bundesweite Infrastruktur gemeint ist, sondern nur einzelne „strategische Leuchttürme“, mit denen die Hoffnung verbunden wird, dass sie die eigentlichen Infrastrukturinvestitionen der Wirtschaft auslösen oder erhebeln sollen.

Ein Forschungsfeld hebt die Agenda hervor, da es die Grundlage für eine verantwortungsvolle Gestaltung durch Politik und für Akzeptanz und Vertrauen durch

die Bürger ist: Den Schutz der Privatsphäre und der Persönlichkeitsrechte, Selbstbestimmung und Transparenz. Doch auch hier bleiben die programmatischen Aussagen vage: Ein Forschungsforum „Privatheit“ und Studien zur Zukunft der Arbeit und zur Innovations- und Technikanalyse soll es geben.

Als positiv erachten wir die Ankündigung eines öffentlich finanzierten Forschungsinstituts, das „in einem interdisziplinären Ansatz die ethischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und partizipativen Aspekte von Internet und Digitalisierung erforschen“ und dabei die bestehenden Potenziale der deutschen Forschungslandschaft einbinden und fokussieren soll.

Fazit: Aus einer geschlossenen Alpha muss schnell eine offene Beta werden

Das erklärte Ziel, die Digitale Agenda nicht allein an „Beamtenschreibtischen in den Ministerien entstehen zu lassen“, sondern sie gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren zu entwickeln – so Staatssekretärin Brigitte Zypries am 14. März 2014 vor dem Deutschen Bundestag – muss bisher als gescheitert betrachtet werden. Anhand des jetzt vom Bundeskabinett verabschiedeten Dokuments kann nur konstatiert werden, dass es weder gelungen ist, ein kohärentes Konzept noch ein konkretes Maßnahmenpaket für die Gestaltung der Digitalisierung in Deutschland vorzulegen. Das ist zum einen auf die fehlende Einbeziehung der gesellschaftlichen Gruppen an dem Entstehungsprozess, aber auch an der unklaren Zuordnung der Kompetenzen bei dem ressortübergreifenden Thema Digitalisierung zurückzuführen.

Ist die Bundesregierung ernsthaft daran interessiert, Deutschland zu einem digitalen Kulturland weiterzuentwickeln und durch Forschung den digitalen Wandel zu verstehen, wie in der Agenda angekündigt, muss sie zukünftig gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen diesen Prozess aktiv begleiten.

Der Beitrag basiert auf der ausführlicheren Stellungnahme des CDC zur Digitalen Agenda „Aus einer geschlossenen Alpha muss schnell eine offene Beta werden“. <http://cdc.leuphana.com/news/news/blog-article/aus-einer-geschlossenen-alpha-muss-schnell-eine-offene-beta-werden/>

Digitales Schwellenland Deutschland?

Christian Faller nimmt kein Blatt vor den Mund und nennt Deutschland ein digitales Schwellenland. Darauf antwortet **Falk Ebert** mit einem Reisebericht zu WLAN-Netzen in Bangkok, Vietnam, China und dem Frankfurter Flughafen.

Christian Faller ist Geschäftsführer und Digital Strategist bei deep, einer Stuttgarter Werbeagentur. Auf gefahrtgutblog.de schreibt er zusammen mit Falk Ebert – Digitalstrategie und Berater – zu Werbemaßnahmen, Online-Trends, Tools und Social Media. Ihre Auseinandersetzungen mit Deutschlands fehlenden Breitbandverbindungen erschienen dort am 6. und 18. August 2014.

Manchmal – vor allem wenn ich von Reisen zurückkehre – kommt mir Deutschland nicht wie ein Industrie – sondern wie ein Entwicklungsland vor. Hinsichtlich unserer Adaptionrate von neuen Technologien im digitalen Bereich vor allem. Warum kann ich in Russland in einem Bus sitzen und in meiner Sitzstütze rake-tenschnell im Internet surfen? Und ja, der Touchscreen funktioniert sogar richtig gut. Das beiliegende Entertainment System kann mit dem von Emirates konkurrieren. Und wenn ich lieber mein eigenes Gerät nutze: Steckdosen und WLAN gibt es auch. Und zwar ohne lästiges Anmelden

über eine SMS Bestätigung, die erst am Ende der Fahrt ankommt und nur auf 1h limitiert ist.

Warum gibt es in Lettland in jedem Kaffee fünf offene WLANs, weil die vier WLANs der umliegenden Kaffees so gut funktionieren, dass ich sie auch in meinem noch empfangen?

Warum kann man in Estland per Maus-klick an einer Wahl teilnehmen und muss in Deutschland in einer Schlange in einer umfunktionierten Sporthalle zwei Straßen weiter ein dickes Bündel Papier in einer engen Kammer ausfüllen?

Wo genau hat das traditionell technologisch innovative Land Deutschland die Abzweigung genommen und ist ein Lag-gard geworden?

Wo es kostenloses WLAN gibt und wo nicht

Dank dem Internet und einem sehr netten Chef konnte ich sechs Monate von überall auf der Welt arbeiten – zumindest in der Theorie. Denn was es dafür natürlich braucht, ist eine stabile WLAN Verbindung. Werfen wir doch Mal einen Blick darauf, wie das so geklappt hat.



Obststand und improvisiertes Café in Bangkok? Kein Problem! Die Jungs wissen, was der Kunde von heute möchte.



Am Strand von Koh Phangan? Aber sicherlich, diese Milchshakes werden sich nicht von selbst auf Instagram sharen!



Im Café auf der Insel? Klaro! Die Besitzer haben sich immer gefreut, wenn ich gekommen bin und meinen Laptop aufgeklappt habe. Natürlich haben sie von mir auch die erbetene TripAdvisor-Bewertung bekommen.



Ich habe keine Ahnung, wie das WiFi es durch den Dschungel geschafft hat, aber an genau dieser Stelle haben wir das offene und kostenlose WLAN der örtlichen Polizeistation empfangen.



Wenn man schon mit Bitcoin zahlen kann, braucht man dafür natürlich auch WiFi. Das ist übrigens in Vietnam. Einem Land, das sich selbst noch sozialistisch nennt.



Im Fitness-Center in einem Land, das ein Pro-Kopf-BIP von rund tausend Dollar hat gibt es kostenloses WLAN in allen Bereichen. I am looking at you, Fitness First!



Der Aufkleber auf diesem Taxi verrät: Hunde nein, Rauchen nein, WLAN ja.



Bonuspunkte gibt es für das über tausend Jahre alte Borobudur. Denn neben WLAN hat es auch noch frei nutzbare Steckdosen. Historiker vermuten allerdings, dass diese in der Neuzeit hinzugefügt wurden.



Das Traum-Land der schnellen Internet-Verbindungen ist natürlich Südkorea. Und deshalb hat es mich am Flughafen nicht nur mit diesem leckerem Burger empfangen, sondern auch noch mit einem sechs Megabit schnellem WLAN ohne zeitliche Begrenzung oder Registration. Danke!



Ich bin mir sicher, nicht nur ich lese im Museum gerne in der Wikipedia um etwas Hintergrundinfos zu bekommen. In Seoul weiß man das. Und deshalb gibt es da gleich noch Ladegeräte für die Smartphones.



Das WiFi auf der chinesischen Mauer ist zwar langsam und zensiert, aber hey... wollen wir mal nicht so sein. Und überhaupt, wen interessiert die chinesische Zensur, wenn er



a) einen VPN und b) eine Aussicht wie diese hat. Ja richtig, das ist eine kleine Hütte in den Reisterrassen in Longsheng. Eine alte Dame hat dort mit Eis gekühltes Wasser verkauft. Die nächste Zugstation ist eine Stunde zu Fuß und drei Stunden mit dem Bus entfernt. Dort wurde mir schnelles, stabiles und kostenloses WLAN angeboten.



Und wo hat es nicht geklappt?

Am Flughafen Frankfurt (Bild von r-hol/flickr). Also keine Musik- und Bücher-Downloads kurz vor dem Abflug. Haha. Mal wieder Digitales Schwellenland Deutschland, könnte man sagen. Aber hier hört die Geschichte noch nicht auf. Plot twist!



Kurz nachdem ich in Bangkok angekommen war, hat sich nämlich auch eine andere Passagierin über diesen Zustand aufgeregt. Und das war kein kleiner Blogger, sondern die patente EU Kommissarin Neelie Kroes.

Und siehe da, plötzlich meldet sich der Flughafen Frankfurt zu Wort, dass man das ja eigentlich schon laaaaange vorgehabt hätte und überhaupt ...

Der Airport bietet seinen Besuchern und Passagieren ab dem 2. April [2014] eine halbe Stunde kostenlosen WLAN-Zugang an.

Slow clap, Deutschland. Wir lernen: Wir brauchen mehr (EU-)Politiker die sich für die Konnektivität stark machen. Dann sind wir in 20 Jahren vielleicht da, wo Südkorea, Thailand und Indonesien heute schon sind – Beim WLAN am Obststand.

CC-BY-NC-SA-4.0 | <https://www.gefahrutblog.de/2014/08/06/digitales-schwellenland-deutschland/> & <https://www.gefahrutblog.de/2014/08/18/wo-es-kostenloses-wlan-gibt-und-wo-nicht-travel-edition/> CC-BY-SA-

Open Government: Gestaltungs- und Handlungsbedarf für ein neues partnerschaftliches Verhältnis zum Bürger

Was der Begriff bedeutet und wie der Stand der Dinge in Deutschland ist, erklärt dieser Text von **Jörn von Lucke**, **Christian Herzog** und **Christian Heise**. Jörn von Lucke ist Professor für Verwaltungsinformatik und Wirtschaftsinformatik am The Open Government Institute (TOGI) an der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Christian Herzog ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Digital Cultures (CDC) an der Leuphana Universität Lüneburg. Christian Heise ist ebenfalls wissenschaftlicher Mitarbeiter am CDC, zudem Vorstandsmitglied der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. und Gründungsmitglied des Arbeitskreises der Open Government Partnership Deutschland.

Bürger können ihre demokratischen Rechte nur dann umfassend wahrnehmen, wenn Sie Zugang zu einem größtmöglichen Teil an Informationen, Interpretationen, Debatten, Ratschlägen, Gegenmeinungen und Analysen haben. Eben solche Zugänge sind nötig, damit ein jeder sich ein bestmögliches Urteil für die eigenen demokratischen (Wahl-) Entscheidungen und deren Alternativen bilden kann. Das Internet und vor allem offene Verwaltungsdaten (Open Government Data) eröffnen vollkommen neuartige Möglichkeiten zur Informationsgewinnung, Partizipation und zur gegenseitigen Vernetzung zwischen Regierung und Regierten, die es in einer überwiegend papierbasierten Welt nicht gab. Transparenz, offene Daten und Informationsfreiheit sind aber nicht nur wichtig, damit Bürger ihre demokratischen Rechte voll wahrnehmen können. Sie sind auch Grundlage für innovative Impulse von Seiten der Bürger, von denen Gesellschaft und Staat profitieren. Außerdem ermöglichen sie neue Informationsbeziehungen in und zwischen Behörden und führen damit zu nachhaltigen Effizienzsteigerungen. Weltweit stehen viele Staaten vor der Herausforderung, einen stimmigen Gesamtansatz für die Öffnung des Regierungs- und Verwaltungshandelns (Open Government)

zu entwickeln. Dabei geht es nicht nur um das enorme Potential offener Daten für Staat und Verwaltung, sondern um eine konzeptionelle Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaats auf Grundlage von Transparenz, Partizipation und Kollaboration unter Berücksichtigung der neuen technischen Möglichkeiten. Solche Ansätze können auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene durchaus unterschiedlich ausgestaltet und realisiert werden. Politik und Verwaltung sollten in diesem Prozess die betroffenen Bürger, Interessensgruppen und Experten ernst nehmen und einbinden, um glaubwürdig und überzeugend wahrgenommen zu werden.

Das Regieren und Verwalten wird in zunehmend offenen wie komplexen Regelungssystemen sicherlich nicht leichter. So nehmen etwa die Möglichkeiten zur gemeinsamen Planung und Finanzierung von Vorhaben, zur offenen und kollaborativen Innovation, für eine freie gemeinsame Wissensbasis, für gemeinsame Projektarbeiten und ein offenes Monitoring des Regierungs- und Verwaltungshandelns zu. Zugleich steigen die Ansprüche der zunehmend besser ausgebildeten Bürgerschaft, die sich zum Teil auch aktiv in den Staat und das Gemeinwesen einbringen

will. Auch die Bundesrepublik Deutschland muss in den kommenden Jahren auf diesen gesellschaftlichen wie digitalen Wandel angemessen reagieren.

Öffnung von Staat und Verwaltung

Die frühen Ansätze zu einer Öffnung aus Staat und Verwaltung stammen aus Skandinavien. Einige dieser Ansätze wurden seit den 1960ern in den USA und Großbritannien von der Politik und von der Wissenschaft aufgegriffen und konzeptionell weiterentwickelt. Insbesondere sorgte die Europäische Union für eine Verbreitung dieser Ideen in ihren Mitgliedsstaaten und damit auch in Deutschland. Dies lässt sich seit den frühen 1990er Jahren etwa aus einer Vielzahl an Positionspapieren und Direktiven zu Umweltinformation, Governance, Verwaltungsmodernisierung, Informationsfreiheit und Informationsweiterverwendung ablesen. Mit dem Umweltinformationsgesetz 1994, dem Informationsweiterverwendungsgesetz 2006 und dem Informationsfreiheitsgesetz 2006 wurden diese Vorstellungen auch vom Gesetzgeber in Deutschland aufgegriffen und eingeführt.

Erstaunlicherweise wird aber der Open Government-Diskurs seit 2009 in



Deutschland auf nationaler Ebene lediglich in einem sehr kleinen Kreis der Bundes- und Landesverwaltung unter Führung des Bundesministeriums des Innern im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Förderung des Open Government“ geführt. Das Parlament darf zwar Anfragen stellen, aber die Entscheidungen traf der zuständige Bundesinnenminister nach vorheriger Konsultation seines Hauses beziehungsweise im Bundeskabinett. Außerdem ist die Debatte von 2009 bis 2013 bewusst auf das Thema offene Verwaltungsdaten reduziert worden, da dem Ressort kein zusätzlicher finanzieller und personeller Rahmen zur Verfügung gestellt wurde. Ebenso gab es keine dauerhafte aktive politische Unterstützung des Themas von höchster Ebene. Mit Blick auf diese Ausgangslage wurde mit einem Eckpunktepapier zur Entwicklung von Leitlinien für ein „offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln“, einem Gutachten über Potenziale von Open Government Data in Deutschland und dem gemeinsamen Datenkatalogsverbund GovData.de mittlerweile schon einiges erreicht. Dennoch besteht vor allem im Bereich des offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln weiterhin ein großer Gestaltungs- und Veränderungsbedarf.

G8 Open Data Charter und Open Government Partnership

US-Präsident Barack Obama hat im Januar 2009 in seinem ersten Tagesbefehl an die US-Bundesbehördenleitungen „Transparenz“ und „Open Government“ auf seine politische Agenda gesetzt und damit weltweite Aufmerksamkeit generiert. Im Dezember 2009 legte die Obama-Regierung nach und veröffentlichte eine Richtlinie für offenes Verwaltungs- und Regierungshandeln mit detaillierten Instruktionen, wie US-amerikanische Ministerien und Behörden Transparenz, Partizipation und Kollaboration innerhalb von 90 Tagen implementieren sollen.

In Deutschland kam mit der Bundestagswahl 2013 das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln verstärkt in die Wahlprogramme der Parteien. Darin fanden sich zahlreiche Forderungen zu mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und einer Öffnung der Verwaltungsdatenbestände.¹

¹ von Lucke, Jörn (2013) Open Government in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013

Zudem unterzeichnete Bundeskanzlerin Merkel im Juni 2013 im Namen der Bundesregierung die „G8 Open Data Charter“.² Damit verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des G8-Gipfelprozesses bis Oktober 2013 einen Nationalen Aktionsplan zur Implementierung der Charter vorzulegen. Diese Zustimmung gilt als wichtiges Signal für Open Government (Data) in Deutschland. Bedauerlicherweise ist die versprochene Ausarbeitung des Aktionsplans bis Anfang September 2014 wegen der Bundestagswahl und den daran anschließenden internen Abstimmungsprozessen immer noch nicht abgeschlossen. Ebenso wurden bisher weder die Bundesländer und Kommunen noch die Zivilgesellschaft in den Planungsprozess eingebunden. Dies verwundert nicht nur, da Deutschland somit als letzter der G7- Mitgliedsstaaten³ noch immer über keinen Aktionsplan verfügt, sondern weil Deutschland zum Abschluss der Implementierung im Jahr 2015 auch den G7-Vorsitz innehaben wird und eigentlich im Sinne der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel als Vorbild voranschreiten sollte.

In Folge des G8-Gipfels 2013 im nordirischen Lough Erne ist mehrfach öffentlich über einen Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership (OGP)⁴ gesprochen und debattiert worden. Bei der OGP handelt es sich um eine internationale multilaterale Initiative, an der sich seit 2011 Staaten auf freiwilliger Basis beteiligen können, um sich mit anderen Staaten unter Einbindung der Zivilgesellschaft über ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln auszutauschen. Die OGP setzt als so genannte „Soft Law“-Initiative im Gegensatz zum „Hard Law“ nicht auf eine strenge gesetzliche Bindung, sondern auf Selbstverpflichtungen. Nationale Autonomie- und Souveränitätsbereiche bleiben

- Wie steht es mit dem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln?, in: von Lucke, J. (Hrsg.) Das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln und seine Perspektiven im Wahljahr 2013, TICC Schriftenreihe, Band 6. Berlin: epubli S. 79–110. Online: <http://togi.zu.de>.

2 G8 Open Data Charter and Technical Annex (2013) <https://www.gov.uk/government/publications/open-data-charter/g8-open-data-charter-and-technical-annex>.

3 Bis zum 25. März 2014 hieß diese Gruppe der Acht G8. Im Zuge der Krim-Annexion hatten die führenden sieben Industrienationen (G7) Russland aus ihrem Kreise ausgeschlossen.

4 <http://www.opengovpartnership.org/>.

so unangetastet. Gewalt- und Machtmonopole in teilnehmenden Staaten werden nicht verändert.

In Deutschland setzen sich Vertreter von Wissenschaft und Zivilgesellschaft seit 2011 für einen deutschen Ansatz von Open Government ein. Parallel versucht der „Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland“ die mit einem Beitritt Deutschlands in die OGP verbundenen Vorteile ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Von einem Beitritt versprechen sich die Akteure einen rascheren wie erfolgreichen Kulturwandel zu mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie den Abbau von Politikverdrossenheit. Dass diese Forderungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind, zeigt sich im Koalitionsvertrag der neuen CDU/CSU/SPD-Bundesregierung. Darin heißt es auf S. 107:

Erste Open-Data-Projekte in Deutschland zeigen das Potenzial offener Daten. Die Bundesverwaltung muss auf der Basis eines Gesetzes mit allen ihren Behörden Vorreiter für die Bereitstellung offener Daten in einheitlichen maschinenlesbaren Formaten und unter freien Lizenzbedingungen sein. Wir wollen für Bund, Länder und Kommunen ein Open-Data-Portal bereitstellen. Die Koalition strebt einen Beitritt Deutschlands zur internationalen Initiative Open Government Partnership an.

Trotz dieser anspruchsvollen Ziele kommt die Umsetzung bisher nur langsam voran. Bezüglich eines Beitritts zur OGP sind bisher weder von der Bundesregierung noch vom Deutschen Bundestag konkrete Aktionen gefolgt. Immerhin wurden im April 2014 die Eckpunkte für das Regierungsprogramm „Digitale Verwaltung 2020“ beschlossen. Der Handlungsbedarf lässt sich auch aus der im August 2014 verkündeten „Digitalen Agenda“ ableiten, in der eine Konkretisierung des Beitritts Deutschlands zur OGP fehlt.

Mittelbare Konsequenz dieser politischen Verzögerung und Unentschlossenheit sind fehlende Maßnahmen in Richtung Transparenz und Öffnung. Bürger können ihre demokratischen Rechte nicht voll ausschöpfen, wenn Datenbestände nicht erschlossen und unterstützende Werkzeuge nicht verfügbar sind. Die Untätigkeit hat aber auch unmittelbar wirtschafts- und industriepolitische Konsequenzen. Big

Data und Open Data werden weltweit als Themen mit hoher strategischer Relevanz und lukrativen Wachstumschancen eingeschätzt. In Deutschland wird dieses Potential noch nicht angemessen erkannt und gefördert. Neue Ideen und Arbeitsplätze entstehen woanders. In unserem eigenen Interesse müssen wir hier zeitnah verstärkt aktiv werden.

Erforderlich ist die Entwicklung einer nationalen Open Government Strategie, in welcher der nationale Aktionsplan zur Implementierung der „G8 Open Data Charter“ enthalten ist. Ein Beitritt Deutschlands zur OGP wäre ein klares Signal, diesen Weg gemeinsam mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu gehen. Nur gemeinsam können wir das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln deutscher Prägung gestalten und überzeugend mit Inhalten füllen. Einseitige und unabgestimmte Vorgaben aus Staatskanzleien und Ministerien wirken dagegen wie aus einer anderen zeitlichen Epoche. Schließlich möchten die Bürger nicht nur gehört und erhört, sondern vor allem eingebunden werden. Dafür ist auch eine aktive politische Unterstützung auf oberster Ebene wie etwa in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz unerlässlich. Ebenso müssen die Finanzministerien für diesen Weiterentwicklungsprozess zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, denn die „Portokassen“ der zuständigen Ministerien sind längst für andere dringend anstehende Aufgaben verplant. Insofern wird sich gerade an den künftigen Maßnahmen zur Öffnung von Staat und Verwaltung zeigen, wie viel der Politik, dem Deutschen Bundestag und der Gesellschaft die Demokratie und deren konzeptioneller Weiterentwicklung wirklich wert sind.

Der Artikel basiert auf dem Beitrag „In unserem eigenen Interesse! Replik auf Göttrik Wewer zum Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership“ :von Lucke, Jörn, Herzog, Christian und Heise, Christian (2014) In unserem eigenen Interesse! Replik auf Göttrik Wewer zum Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership. Verwaltung und Management 20(4): 187–198. Online: http://www.vum.nomos.de/fileadmin/vum/doc/Aufsatz_VM_14_04_vonLucke_ua.pdf.

CC-BY-NC-SA-4.0 | Erstabdruck

Sind wir auf dem Weg zur partizipativen Stadt?

Open Government stellt die Voraussetzungen für ein Bürger-Regierung-Netzwerk, mit Techniken der E-Partizipation kann das umgesetzt werden. **Yannick Haan** engagiert sich seit mehreren Jahren im Bereich Netzpolitik. Er ist unter anderem Sprecher des Forums Netzpolitik der Berliner SPD und Mitglied in der Netz- und Medienpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. Er ist Autor des Buches „Gesellschaft im digitalen Wandel - ein Handbuch“. Außerdem arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Dieser Text ist eine Zusammenfassung seiner Masterarbeit „Die neue partizipative Stadt? Selektion und Hürden der E-Partizipation im Bereich der Stadtentwicklung“, die er 2013 zum Abschluss des Studiengangs „Intercultural Communication Studies“ an der Europa Universität Viadrina geschrieben hat.¹



In der politischen und gesellschaftlichen Debatte im Stadtentwicklungsbereich wird immer öfter nach Partizipation und vor allem auch nach E-Partizipation verlangt. Die Hoffnung der so genannten E-Partizipation besteht darin, die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt in die Politik mit einzubeziehen. Die Bewohner sollen selber entscheiden wie die Stadt der Zukunft gestaltet wird. Die Debatte um das Tempelhofer Feld in Berlin, die Debatte um den Bahnhof Stuttgart 21 oder die Debatte um eine weitere Start- und Landebahn in Frankfurt zeigen, dass die derzeitige politische Kommunikation und Partizipation an ihre Grenzen stößt. Das Internet bietet mit seiner einfachen Handhabung sowie einer orts- und zeitunabhängigen Mitarbeit dabei ganz neue Möglichkeiten und viele Hoffnungen. Das was vielleicht auf den ersten Blick nach einem großen demokratischen Fortschritt aussieht, birgt natürlich auch Gefahren und Hürden. Werden nicht auch durch die E-Partizipation, wie auch bei der klassischen Partizipation, viele Menschen ausgeschlossen? Sind wir dank der Digitalisierung wirklich auf dem Weg in eine „neue“ partizipative Stadt an der jeder teilnehmen kann? Oder sind wir in Wahrheit auf dem Weg in eine Stadt in der dank, der Online-Partizipation sehr Wenige für sehr viele Entscheidungen treffen?

Auf den ersten Blick scheinen wir auf dem Weg in die partizipative Stadt zu sein. Dank der immer weitergehenden gesellschaftlichen Durchdringung des Internets, steigt auch der Grad der Vernetzung der Gesellschaft immer weiter an. Der Zugang zu Informationen für Bürger verbessert sich dank vieler Open Data Projekten zusehends. Und auch der Informationsfluss verändert sich immer weiter. Was in einer Stadt wichtig ist entscheiden nicht mehr nur die Politik und die Medien sondern vor allem die vernetzte Gesellschaft selber. Im September letztons Jahres protestierten beispielsweise in Berlin zehntausende Menschen an der East Side Gallery gegen ein neues Wohnprojekt und den Teilabriss der Mauerreste. Politisch war die Entscheidung darüber schon vor Jahren getroffen worden und auch medial spielte das Thema keine Rolle. Und doch konnten die Organisatoren vor

allem dank der Sozialen Netzwerke und der vernetzten Stadtgesellschaft zehntausende Menschen auf die Straße bringen. Am Ende sang sogar David Hasselhoff ein Lied zum Erhalt der Mauer. Doch es gibt nicht nur Beispiele des Protestes sondern unzählige Beispiele bei denen Bürger durch Online-Kollaboration Projekte gemeinsam erarbeitet haben. Auf den ersten Blick scheinen wir also auf einem guten Weg zu sein.

Doch auf den zweiten Blick ergibt sich ein etwas anderes Bild. Schaut man sich die meisten E-Partizipationsprojekte etwas genauer an so stellt man schnell fest, dass in vielen Fällen eine ziemlich große Leere herrscht. Das liegt vor allem daran, dass die E-Partizipation oft sehr viele Hürden aufzeigt. In vielen Fällen führt die E-Partizipation ironischerweise nicht zu einem mehr an Partizipation sondern zu deutlich weniger Partizipation. Gerade die soziale Komponente spielt bei der E-Partizipation eine wesentliche Rolle. Bei vielen Beispielen beteiligen sich trotz großer Anstrengungen oft nur sehr wenige Menschen die im Zweifel auch ganz klassisch in der Stadthalle mitdiskutiert hätten.

Dabei muss klar sein, dass E-Partizipation kein Selbstzweck ist. Ziel des Einsatzes der Online-Beteiligung muss es sein möglichst viele Menschen in den politischen Prozess einzubeziehen.

Dabei gibt es auch Beispiele bei denen die E-Partizipation wirklich zu einer sehr breiten Partizipation geführt hat. Besonders im Stadtentwicklungsbereich hat man durch den Einsatz von Online-Medien die Möglichkeit die Menschen die direkt von Entscheidungen betroffen sind einzubeziehen. Doch viele Zielgruppen kann man durch E-Partizipation entweder kaum erreichen oder es ist sehr schwierig eine aktive Teilnahme der Betroffenen an einem Online-Prozess zu organisieren. Von daher ist es wichtig sich vor jedem Prozess zu überlegen ob die definierte Zielgruppe überhaupt über einen Online-Prozess zu erreichen ist.

Die baden-württembergische Stadt Biberach hat vor einiger Zeit entschieden ein Jugendhaus zu bauen. Doch nicht wie üblich sollten Politiker entscheiden wie das Jugendhaus aussehen sollte sondern die Jugendlichen selber die am Ende auch

das Jugendhaus benutzen. Während die Organisatoren die Schüler in der Schule über das Projekt informiert haben, hatten diese in einer geschlossenen Facebook Gruppe die Möglichkeit über das Projekt zu diskutieren. Schlussendlich wurde ganz klassisch offline über die Vorschläge der Architekten abgestimmt. Am Ende hat sich ein Großteil der Jugendlichen in der Stadt am Prozess beteiligt. Ein Grund für den Erfolg des Prozesses war sicherlich, dass die Politik zu den Jugendlichen kam und nicht umgekehrt. Außerdem wurde das Verfahren auf die Bedürfnisse von Jugendlichen zugeschnitten. Entscheidend für den Erfolg war am Ende aber vor allem, dass für fast alle Jugendlichen das Internet ein alltäglicher Lebensraum darstellt.

Doch es gibt noch andere Faktoren die für den Erfolg und Misserfolg von E-Partizipation entscheidend sind. Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel der Zeitpunkt des Verfahrens. Oft kann man bei Verfahren beobachten, dass die E-Partizipation erst dann eingesetzt wird wenn bereits eine politische Vorentscheidung getroffen wurde oder bereits ein gesellschaftlicher Konflikt besteht. Ein bereits bestehender Konflikt stellt wiederum eine sehr hohe Hürde der Partizipation dar. Oft haben sich schon Gruppierungen gefunden die ein Vorhaben verhindern oder unterstützen wollen. Die E-Partizipation dagegen muss so früh wie möglich einsetzen.

Ein großes Problem vieler Online-Beteiligungen, gerade im Stadtentwicklungsbereich, besteht darin, dass die Politik und die Verwaltung keine Sprache finde, die Bürgerinnen und Bürger verstehen. Der urbane Raum ist oft von einer demographisch sehr heterogenen Einwohnerschaft geprägt. Gerade für Menschen die bislang wenig Kontakt mit politischen Prozessen hatten ist es daher wichtig eine angemessene Sprache zu finden. Hier ist es wichtig, dass der Moderator des Prozesses eine vermittelnde Rolle einnimmt und ‚Übersetzungsarbeit‘ für die jeweiligen Seiten übernimmt.

Eine weitere wichtige Komponente für eine erfolgreiche Partizipation ist natürlich auch die wahre Entscheidungsmacht der Prozesse. Das

1 Seine gesamte Masterarbeit kann hier gelesen werden: bit.ly/1rag9QF



gilt natürlich gleichermaßen für klassische Partizipationsprojekte wie auch für die Online-Partizipation.

Ein weiterer wichtiger Punkt den viele leider vergessen, ist, dass Prozesse die online stattfinden geschützte Räume brauchen. Mit einer solchen Forderung macht man sich in einer Gesellschaft deren aktuelles Credo vor allem die Transparenz von politischen Entscheidungen lautet, keine Freunde. Diese Forderung ist absolut nachvollziehbar. Doch es ist wichtig, dass innerhalb von Partizipationsverfahren die Möglichkeit offener Dialoge besteht. Und diese gibt es leider nur wenn man den Dis-

kutanten und gerade Menschen mit wenig politischer Erfahrung geschützte Räume bietet, gerade im Internet. Die öffentliche Äußerung zu politischen Themen bietet für viele Bürger aus unterschiedlichen Gründen eine unüberwindbare Hürde.

Wie bereits vorher erwähnt ist es wichtig, dass die Menschen nicht zur Politik kommen müssen sondern, dass die Politik zu den Menschen kommt. Viele Partizipationsverfahren nutzen für den Prozess gesonderte Plattformen bei denen sich die Nutzerinnen und Nutzer erst anmelden müssen. Bereits das Anmelden und vor allem das Zurechtfinden auf neuen Platt-

form stellt eine große Hürde dar. Hinzu kommt, dass die meisten Plattformen alles aber nicht intuitiv aufgebaut sind oder Lust an der Partizipation machen. Die Situation stellt sich anders dar, wenn man auf Plattformen zurückgreift, die bereits von einem Großteil der Zielgruppe benutzt werden. Dies hat den Vorteil, dass die Menschen im bereits gewohnten Umfeld agieren können, der Prozess automatisch in den Alltag integriert wird und sie sich nicht neu registrieren müssen.

Die Erfahrungen zeigen schlussendlich auch noch, dass es für einen Prozess unerlässlich ist, die Online und die Offline Aktivitäten sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Es gibt nur sehr wenige Beispiele, wo ein reiner Online-Prozess wirklich Erfolg hatte. Hinzu kommt, dass man die letztendliche Entscheidung über ein Vorhaben nicht über das Internet stattfinden lassen sollte.

Das Internet bietet viele neue Möglichkeiten der Partizipation, vor allem im urbanen und stark vernetzten Raum. Doch die Vernetzung alleine führt in vielen Fällen noch nicht zu einer hohen Partizipation. Im Gegenteil: die E-Partizipation weist viele versteckte Hürden auf die in vielen Fällen zu weniger Partizipation führen. Dabei zeigen viele Beispiele, dass es auch anders geht. Wir stehen vor einer einmaligen Chance einer partizipativen Stadt. Diese sollten wir nicht vergeuden. *CC-BY-NC-SA-4.0 | Erstabdruck*



Initiative Smart Country

Vertreter aus der Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft haben sich von Juni bis Oktober in der Initiative mit Smart Country auseinander gesetzt. Ziel einer solchen Initiative ist es – unabhängig und multiperspektivisch – Fragen zu beleuchten, Handlungsempfehlungen zu formulieren und praxisorientierte Lösungen zu entwickeln. Ein Abschlussbericht fasst die Ergebnisse zusammen und ist auf smartcountry.collaboratory.de zu finden.

„Die Digitale Agenda ist weit mehr als der Breitbandausbau. Sie ist ein Weckruf an uns selbst, wie wir es mit der neuen Arbeitswelt, mit neuen Formen der Kollaboration, mit einer stärkeren Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Politikprozess halten wollen. Welche Dienstleistungen müssen Staat und Kommune in einer vernetzten und globalen Welt bereitstellen? Die Zeit der Diskurse und vor allen Dingen der Lösungen ist gekommen. Die Digitale Agenda und Smart Country geben dazu Anstoß. Jetzt geht es darum, konkret Innovationen und Kreativität freizusetzen. Die Erneuerung wird von den Kommunen kommen. Smart Country ist cool und wird Deutschland weiter voranbringen.“

– Franz-Reinhard Habbel (DStGB-Sprecher und Leiter Innovators Club) im Grußwort des Executive Summary „Smart Country - Digitale Strategien für Regionen“



SAVE THE DATE – 2014

Relevante Veranstaltungen für Internet und Gesellschaft

10.-11.10.2014:

#zf42 Netzkongress, München

> Der Netzkongress diskutiert mit Quer-, Nach-, Vor- und Zu-Ende-Denkern über das Jetzt und das Morgen. Deshalb sind natürlich wie schon bei der Premiere im Jahr 2013 auch in diesem Jahr wieder ExpertInnen des Collaboratory e.V. vor Ort dabei.

21.10.2014:

Nationaler IT-Gipfel, Hamburg

> Der Nationale IT-Gipfel ist die zentrale Plattform für die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zur Stärkung des IKT-Standortes Deutschland. Auf dem IT-Gipfel 2014, der unter dem Motto „Arbeiten und Leben im digitalen Wandel - gemeinsam.innovativ.selbstbestimmt“ steht, werden in drei hochrangigen Foren zentrale Themen der „Digitalen Agenda 2014-2017“ der Bundesregierung diskutiert.

13.-14.11.2014:

Zugang gestalten! Berlin

> Auch in diesem Jahr führen wir den Diskurs über die Digitalisierung des kulturellen Erbes auf der Konferenz „Zugang gestalten! – Mehr Verantwortung für das kulturelle Erbe“ weiter.

17.-18.11.2014:

Medienforum, Mittweida

> Bereits zum 18. Mal bietet das Medienforum Mittweida mit seiner einzigartigen Mischung aus Medienprofis und Medienstudierenden eine Plattform zum regen Austausch und gegenseitigen Anregungen über die Digitalisierung der Medienbranche.

03.12.2014:

Netzpolitische Winterfeier, Berlin

> Die Digitale Agenda, Oettinger als EU-Kommissar für das Internet, virale Challenges auf Facebook. 2014 ist ein aufregendes Jahr für die Netzpolitik und eine digitalisierte Gesellschaft. Die Winterfeier ist eine offene Veranstaltung. Alle Interessierten sind eingeladen, zusammen zu diskutieren.

04.12.2014:

digitising europe, Berlin

> Die Konferenz „digitising europe“ will mit internationalen Gästen aus Politik, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft diskutieren, wie die Digitalwirtschaft in Europa zukunftsweisend aufgestellt werden muss.

Alle Veranstaltungstipps finden Sie unter -> blog.collaboratory.de/netzpolitischer-kalender/

Online- Wahlkampf: Was sollen wir eigentlich noch machen?



fake is the new real | <https://flic.kr/p/4DTd5d> | CC BY-NC-SA 2.0
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/>

Vergleicht man die Online-Wahlkampagnen der deutschen Parteien mit denen in den USA, wird klar, dass sich Deutschland noch schwer tut. Wie macht man das sperrige Produkt Politik abseits von Plakaten und Broschüren dem Wähler schmackhaft? **Lukas Böhm** studiert Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen sowie Psychologie an der Universität Mannheim. Dabei interessiert er sich vor allem für Postwachstumsökonomie, Hochschulpolitik und den schwindende Einfluss von Staaten im Internetzeitalter. Seine Bestandsaufnahme ist am 14. August 2014 auf politik-digital.de erschienen.

Online-Wahlkampf gilt als innovatives Must-have und steht immer unter dem übermächtigen Obama-Vorbild. Die Wahlforschung dagegen bescheinigt der deutschen Politik seit Jahren: „Ihr könnt das nicht.“ Ob 2005 oder 2009, in den Bundestagswahlkämpfen ist stets „das Potential nicht ausgeschöpft worden“. Im Nachwahljahr 2014 kommen die ersten Studien zum Bundestagswahlkampf 2013 heraus, das Fazit war schon vorher klar: wieder nichts gewesen. Doch diesmal gibt es einen Unterschied.

Eines der Bilder, die am meisten über soziale Medien verbreitet wurden, ist ein politisches: Es ist das Foto, das Barack Obama (bzw. sein Wahlkampfteam) nach dessen Wiederwahl 2012 über Facebook und Twitter teilte.

Der Präsident umarmt seine Frau mit geschlossenen Augen, wirkt abgewandt von der Welt, das Ganze versehen mit dem

Slogan „Four more years“. Das Foto, der Spruch, der Zeitpunkt gelten als Best Practice-Beispiel des Onlinewahlkampfes: die kalkulierte Mischung aus Symbolik, Bedeutungsschwere und Machtdemonstration. Was bei dieser leierartigen Wiederholung gerne vergessen wurde: Zu diesem Zeitpunkt hatte Obama schon gewonnen. Es war große PR, aber kein Wahlkampf mehr.

Schon seitdem der smarte Senator Obama im Jahr 2007 auf der politischen Weltbühne auftauchte, sollten er und sein Stil als Vorbild für die biedereren deutschen Parlamentswahlkämpfe herhalten. Das Posting aus dem Herbst 2012 trieb diese Paradoxie aber auf die Spitze: Man stelle sich den nahezu kahlen Peer Steinbrück auf einem solchen Foto vor. Oder Angela Merkel samt professoralem Ehemann. So etwas würde nicht nur lächerlich wirken, sondern auch die Sichtweise der deutschen

NormalwählerInnen auf die „eiserne“ Kanzlerin dauerhaft stören.

Niedrige Erwartungen werden erfüllt

Was die deutschen Parteien und ihre Wahlkampfteams seit mittlerweile nicht mehr ganz so wenigen Jahren im Netz betreiben, wirkt langsam wie ein Anrennen gegen eine „Self-fulfilling Prophecy“. Egal ob 2005 oder 2009, die Parteien schafften es nicht, das neue Medium öffentlichkeitswirksam für sich zu nutzen. So jedenfalls der einhellige Kommentar von Presse, Wissenschaft und weiteren KommunikationsexpertInnen.

Das Bild scheint von vornherein klar: Da bemüht sich doch nur ein Haufen seniler Politiksäcke im Internet auf Jung zu machen und ein paar WählerInnen abzugreifen. Auch wenn diese Formulierung

polemisch ist: Häufig kam der Eindruck auf, dass da die selbsternannten „Digital Natives“ ihre Pfründe verteidigen, nach dem Motto: Was habt ihr alten Politiker-Immigranten in unserem Netz zu suchen? Und dabei vergaßen, dass hinter den Online-Kampagnen in der Regel junge, netzaffine PR-Menschen saßen, die einfach nur die undankbare Aufgabe hatten, das sperrige Produkt „Politik“ in einem hektischen, kurzlebigen Raum mit einer geringen Aufmerksamkeitsspanne zu verkaufen. Dort, wo ein Shitstorm, ein Trollkommentar oder eine Verschwörungstheorie immer schneller gesetzt sind als eine sachliche Diskussion.

Im Jahr 2009 zum Beispiel formulierte der Chaos Computer Club nur wenige Tage nach der Wahl: „Die Parteien haben die Netzgemeinde überhaupt nicht verstanden“. Die Bundeszentrale für politische Bildung befand, dass „ein wirklicher Dialog mit den Unterstützern“ nicht stattgefunden habe. Und auch die Wissenschaft, naturgemäß etwas langsamer unterwegs, kommt trotz der registrierter Fortschritte zu dem Ergebnis: „Für das Jahr 2009 fällt die Bilanz (...) ernüchternd aus“¹.

Dabei hatten sich die WahlkämpferInnen bei genauerem Hinsehen auch schon 2009 einige Mühe gegeben. Die Parteien waren durchweg bei Facebook und den VZ-Netzwerken (Wer erinnert sich noch?) vertreten, twitterten und unterhielten Online-Plattformen, auf denen UnterstützerInnen sich austauschen und koordinieren konnten. Alle Parteien bespielten bereits YouTube-Kanäle, und die SPD unterhielt sogar eine eigene Wahlkampf-App („iSPD“). Wirkt doch gar nicht so nach Steinzeit, oder?

Und dann: Ausgerechnet die Parteien, die für ihre Online-Aktivitäten so gelobt wurden, schnitten bei der Wahl sehr bescheiden ab. Die SPD fuhr das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein. Die erstmals angetretene Piratenpartei war im Netz zwar unangefochtener Vorreiter, erzielte mit knapp zwei Prozent Stimmenanteil aber nicht mehr als ein kurzes Aufhorchen in den Medien. Und die CSU, die im Wahlkampf auf den Internet-Schnickschnack gleich ganz verzichtet hatte, trug mit der Schwesterpartei CDU den Sieg davon.



Beim (über)nächsten Mal dann! Ganz sicher!

Spätestens hier wurde von einigen Stimmen bezweifelt, ob denn das Internet jetzt wirklich über Wohl und Wehe bei der Wahl entscheide. Es wurde angemerkt, dass ja auch nicht ganz klar sei, wie sich Online-Aktivitäten eigentlich nachprüfbar in Stimmen umsetzen. Hier hätte man aufhorchen können. Stattdessen waren in Wissenschaft und Medien die Schuldigen schnell wieder auf Seiten der Politik ausgemacht: Man würde zu sehr „Top-Down“ und nicht „auf Augenhöhe“² mit den WählerInnen kommunizieren, hieß es. Die Parteien würden eben versuchen, den analogen Wahlkampf ins Netz zu exportieren. Selbst Schuld. Und kollektiv wurde auf den nächsten Wahlkampf verwiesen. Dann, spätestens, endlich! 2013 würde das Internet (wahl-)entscheidend sein.

2013 kam – und ging. Peer Steinbrücks Stindefinger bleibt in Erinnerung, allerdings kaum im Sinne seines Besitzers. Ob Merkel-Raute oder der verhängnisvolle „Neuland“-Satz: Die NutzerInnen im Web hatten an allem zwischen schneller Online-Satire und öffentlicher Bloßstellung mehr Spaß als an den Online-Angeboten der Parteien. Die sich 2013 wiederum sehen lassen konnten: Alle klassischen Social Media-Plattformen wurden intensiv bespielt, Fragen auf abgeordnetenwatch.de beantwortet, ein Großteil der BewerberInnen um einen Platz im Bundestag twitterten, luden Kandidaturvideos hoch – und kommunizierten mit ihren FollowerInnen. Die Parteiprogramme waren multimedial aufbereitet, auf Soundcloud etwa

zum Download und in mehreren Sprachen. Auch Martin Fuchs, der „Hamburger Wahlbeobachter“, gab nach der letzten Bundestagswahl zu: „Generell haben die Parteien verstanden, wie man Online-Wahlkampf betreibt.“

Die Ergebnisse sprachen wieder eine andere Sprache. Die Piraten hatten sich zwischenzeitlich in aller Öffentlichkeit selbst zerlegt, an einen Bundestageinzug glaubte schon im Vorfeld niemand. Die Vorbild-Grünen schnitten enttäuschend ab, und die FDP, auch ein vielbemühtes Idol in Sachen Internet, verschwand gleich ganz von der Bildfläche. Wohingegen CDU/CSU es mit einem Wahlkampf, dessen Hauptargument „Gemeinsam erfolgreich“ dann doch eher der Kommunikationsform eines Großflächenplakats entsprach, nahezu auf eine absolute Mehrheit brachten.

Wie soll man das erklären?

Vielleicht hätte die Politik auch diesmal noch mehr machen können, private Blogs stärker einbinden oder die sperrigen Themen noch pointierter zuspitzen. Im Vergleich zu den Wahljahren davor waren zwar gewaltige Fortschritte gemacht worden, das Ergebnis blieb aber dasselbe. Eine Forschungsgruppe um den ehemaligen Regierungssprecher und heutigen VW-Lobbyisten Thomas Steg konzentrierte sich nun in einer aktuellen Studie erstmals nicht auf die Aktivitäten der Parteien, sondern auf die NutzerInnen. Die Untersuchung hat einen explorativen Charakter und zielt zunächst einmal nur darauf ab, die Erwartungen zu vergleichen: Was wollen RezipientInnen von der Politik im Internet und welche Annahmen darüber haben die Parteien? Die Ergebnisse sind aufschlussreich, denn sie kehren das Bild – ausnahmsweise – um und stellen die Frage: Mit welchem Publikum arbeiten die CampaignerInnen da eigentlich?

Schauen wir uns doch mal die NutzerInnen an

„Die Anbieterseite wertet Dialog als eigenen Anspruch“³ ist eine Feststellung der Studie. Sprich: Die Parteien wollen mit ihren potentiellen WählerInnen kommunizieren. Hurra! Note: 1! Das Problem ist

1 Bieber, Christoph. 2010. Politik digital, Online zum Wähler. Salzhemmendorf: Blumenkamp.

2 Rottbeck, Britta. 2013. Der Onlinewahlkampf der Volksparteien. Wiesbaden: Springer VS.

3 Blaschke, Daniela et al. 2014. Wahlkampf Digital: Was Wählerinnen und Wähler suchen und was die Parteien anbieten. Berlin: Siebenhaar Verlag.

nur: Die NutzerInnen wollen das nicht. Sie haben schlicht kein Interesse daran, mit politischen Angeboten im Netz zu interagieren. Zudem finden die User es auch gar nicht schlimm, wenn sie erst gar nicht die Möglichkeit haben, mit den Parteien in Kontakt zu treten. Wie bitte? Es hieß doch immer, das mit dem Online-Wahlkampf klappt nur deshalb nicht, weil es zu wenige Mitmach-Angebote der Parteien gibt.

Warum die User nicht kommunizieren wollen, wird in der Studie auch erklärt: Sie haben Angst, von den Parteien manipuliert zu werden. Weil es ja nur darum ginge, Leute zum Wählen zu bringen.

Hier möchte man die Studie gerne frustriert in die Ecke werfen. Nicht, weil sie irgendwelche wissenschaftlichen Fehler hätte, sondern weil die Ergebnisse so niederschmetternd sind. Da mühen sich die Parteien, ihre WählerInnen irgendwie zu erreichen, Informationen aufzubereiten, Interaktionsformate anzubieten – und das gemeine Wahlvolk hat gar kein Interesse daran.

Natürlich zielt Wahlkampf darauf ab, Menschen zu überzeugen und sie zum Wählen zu bringen. Mündige BürgerInnen sollten in der Lage sein, sich den „Manipulationsversuchen“ von Parteien auszusetzen, ohne Schaden daran zu nehmen. Von diesem vermeintlichen Makel nämlich wird sich keine Partei der Welt mit keinem tollen Internetkonzept reinwaschen können – es geht um Stimmen. Ist halt Demokratie, sorry.

Die WählerInnen führen in der Befragung dann weiter aus, dass auch die Persönlichkeit von PolitikerInnen, die unpolitischen Seiten an ihnen, ein wichtiger Aspekt für ihre Wahlentscheidung sei. Und dass insbesondere solche Ansprüche durch anonyme Online-Formate nicht genug erfüllt werden können.

An dieser Stelle fallen einem durchaus ein paar Gegenbeispiele ein: Die Reutlinger SPD-Kandidatin Rebecca Hummel etwa, die für ein Online-Video Marmelade einkochte. Die Reaktion waren hässliche Kommentare nach dem Motto „Lieber mal ein bisschen abnehmen als Kochkurse anbieten“. Oder auch Angela Merkel, die mit Einlassungen über ihren Streuselkuchen eher irritierte. Oder Frank-Walter Steinmeier, bei dem es alle urkomisch fanden, dass er lieber Stones als Beatles hört.

Dazu kommt, dass eine Studie der Mainzer Universität kürzlich zu der Empfehlung kam, PolitikerInnen sollten lieber

keine persönlichen Postings auf Facebook verfassen – es wirke unseriös und inkompetent. „Ja, was denn nun?“ möchte man da laut rufen, versetzt man sich kurz in die Situation einer deutschen CampaignerIn. Zu guter Letzt kommen Steg und Kollegen zu dem Schluss, dass die Bemühungen der WahlkämpferInnen auch deswegen verfehlt seien, weil die Menschen in den sozialen Medien ungern als politisch wahrgenommen werden. Einer der befragten Campaigner merkt zu diesem Thema nur lakonisch an, dass es offenbar kein Problem sei, „Fan“ von McDonald's und Coca Cola zu sein, eine Parteien-Seite zu liken oder deren Inhalte zu teilen aber als weitaus problembezogener empfunden werde.

Und wie geht es jetzt weiter?

Man kann sich gut vorstellen, wie sich WahlkämpferInnen fühlen müssen, die solche Studien lesen. „Ja, was sollen wir denn noch machen?“ wäre vielleicht noch eine entspannte Frage. Konsequenter wäre es demnach, in Zukunft nur noch Plakate zu kleben und die KandidatIn samstagsvormittags in die Fußgängerzone zu stellen. Das wäre aber übertrieben.

Zugegeben: Die Zeit für eine solche Sichtweise ist günstig. Das Internet ist vom vermeintlichen Allheilmittel für viele Menschen zu einer äußerst ambivalenten gesellschaftlichen Kraft geworden. NSA-Skandal, Netzsperrungen, Angriffe auf die Netzneutralität, und so weiter. Und dann erscheint auch noch ein Buch mit dem Namen „Der Circle“, in dem das Geschäftsgebaren von Internetkonzernen als Prototyp für die nächste Dystopie à la Orwell herhält.

Aber das Gute an den Ergebnissen kann sein, dass diesmal möglicherweise niemand auf „die nächste“ Wahl verweist, auf 2017 also. Die Politik, so lässt sich zumindest für 2013 feststellen, macht online mittlerweile mehr richtig als falsch. Dass es trotzdem nicht klappt, die Machtverhältnisse damit aus den Angeln zu heben, kann zu einer Reihe wichtiger Erkenntnisse führen.

Die wichtigste wäre die, dass das Internet als Wahlkampfinstrument überschätzt wurde. Es kompensiert nicht die Macht der klassischen „Top-Down“-Medien und ersetzt auch nicht die Notwendigkeit von Podiumsdiskussionen, Plakatwänden, Hausbesuchen und Wahlkampfständen in der Einkaufsstraße. Allein schon deshalb, weil viele NutzerInnen das „Top-Down“-Prinzip einfach gewohnt sind und offenbar als angenehmer finden. Es ist weniger

stressig, passiv zu konsumieren als zu partizipieren.

Die Internet-Stimmung zeigt Trends auf, kann diese aber auch massiv verzerren: So wurde im Vorfeld der letzten Bundestagswahl von einer Aufholjagd der SPD gesprochen. Das bezog sich allerdings auf die Online-UnterstützerInnen und hat sich im Wahlergebnis bekanntlich nicht niedergeschlagen. Das Internet ist eine Filter Bubble, und in den einzelnen Blasen tummeln sich vor allem diejenigen, die auch in der analogen Welt ihre jeweilige Partei unterstützen. Hier gilt einmal mehr, dass online und offline keine klar getrennten Sphären sind, sondern sich gegenseitig ergänzen und spiegeln.

Selbst Obama hat seinen legendären 2008er Wahlkampf nicht im Internet gewonnen, da ist sich die Wissenschaft weitgehend einig. Wichtiger waren die Hausbesuche bei gezielt ausgewählten WechselwählerInnen, über die die Demokraten riesige Datenbanken besaßen. Big Data also, nicht Facebook.

Politikverdrossenheit ist ein gesellschaftliches Phänomen, dem die Parteien begegnen müssen. Auch das Internet bietet zahlreiche alternative Modelle des Engagements, man denke nur an Petitionsplattformen wie avaaz.com oder change.org. Diese sind auch wichtige Formen, sich einzubringen. Sie werden aber den Wahlvorgang einer repräsentativen Demokratie nicht ersetzen. Es ist die Pflicht der Politik, auch online Angebote zu schaffen, neue Wege zu gehen und sich immer wieder um passive Gruppen zu bemühen. Dass diese Angebote aber auch genutzt werden, ist nicht nur eine Frage des Internets, verstanden als reine Technologie. Es ist eine Frage von Zugängen, von schulischer und gesellschaftlicher Bildung, von Kompetenz – und auch von Gelegenheit.

CC-BY-SA-4.0 | <http://politik-digital.de/online-wahlkampf-was-sollen-wir-eigentlich-noch-machen/>

Das Problem der Netzpolitik ist die Netzpolitik

In seiner Kolumne auf netzpiloten.de beschäftigt sich **Nico Lumma** mit dem Medienwandel und den damit einhergehenden Kompetenzen. In diesem Text erläutert er, warum die Netzpolitik ein sperriges Thema ist. Er arbeitet als freier Berater und Autor und bloggt auf lumma.de. Außerdem ist er Mitglied der Medien- und netzpolitischen Kommission des SPD-Parteivorstandes und Co-Vorsitzender des Vereins D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt.

Netzpolitik ist ein Thema, das einfach nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen will. Allein schon der sperrige Begriff steht im Weg, wenn es darum geht, das Thema anderen Leuten näher zu bringen. Die netzpolitische Avantgarde schafft es nicht ansatzweise, die Relevanz des Themas zu transportieren und Leute dafür zu begeistern.

Das liegt an mehreren Faktoren. Erstens wird ein Diskussionsstil im Netz gewählt, der schon mal klar macht, dass man ohne technischen Sachverstand gar nicht erst mitzudiskutieren braucht. Experten haben ihre Fachbegriffe, aber in der Netzpolitik wird jeder Versuch, Sachverhalte einfacher zu erklären, gleich zunichte gemacht und ins Lächerliche gezogen.

Hinzu kommt eine Diskussionsführung, der wenig Raum für Kompromisse lässt und einen deutlichen Hang zur Rechthaberei offenbart. Dadurch entgleiten viele Diskussionen gleich zu Grundsatzdebatten, die man auch nicht immer bereit ist zu führen. Zweitens ist die Themenauswahl so sperrig, dass sie darauf angelegt ist, dass die Experten weiterhin unter sich bleiben, obwohl man eigentlich viel mehr Leute inkludieren müsste. Den meisten Leuten geht nicht das Herz auf, wenn über Vorratsdatenspeicherung, Überwachung oder Verschlüsselung diskutiert wird und in al-

ler Regel sind sie nicht daran interessiert, komplizierte Lösungen umzusetzen, nur damit sie der reinen Lehre folgen.

Die Menschen haben aber sehr wohl ein Interesse an Netzpolitik, aber das Thema begegnet ihnen ganz anders. Die Frage der Ausstattung mit Tablets oder Laptops in der Schule, die Regelung der Email-Nutzung nach Feierabend oder die Breitbandversorgung auf dem Land sind Themen, die viel näher an der Lebenswelt der Menschen sind als die Frage echter End-to-End-Verschlüsselung von Emails, das Schicksal von Edward Snowden oder die Speicherfrist bei der Vorratsdatenspeicherung. Wir müssen akzeptieren, dass die Netzpolitik viel zu nerdig ist, als dass sie für die breite Masse verständlich ist.

Wir befinden uns als Gesellschaft in der Phase der digitalen Transformation. Getreu dem Ausspruch von William Gibson „the future is already there, it is just unevenly distributed“ sind einige in der Gesellschaft schon etwas weiter in diesem Transformationsprozess und andere hinken etwas hinterher. Uns sollte aber klar sein, dass es hier nicht um richtig oder falsch oder ganz oder gar nicht geht, sondern um einen Prozess, der teilweise quälend langsam passiert, aber auch mal so viel Momentum bekommen kann, dass er alle überfordert. Die Aufgabe der

Netzpolitik sollte es sein, möglichst viele Menschen mitzunehmen auf diesem Weg und nicht das eigene Expertendasein zu nutzen, um weiterhin ein exklusiver Zirkel der Topcheckerbunnies zu sein. Ansonsten wird nämlich die Netzpolitik ohne die vermeintlichen Netzpolitiker gemacht, da diese keine Antworten zu den wirklich drängenden Fragen der digitalen Transformation finden wollen.

Für die Menschen mag Verschlüsselung und Privatsphäre wichtig sein, aber viel essentieller ist die Fragestellung, wie Arbeit und Freizeit von der digitalen Transformation betroffen sein werden. Wenn wir dies aber diskutieren wollen, dann müssen wir akzeptieren, dass wir einen Diskurs führen müssen, der ohne Technik-Allüren auskommt.

Alle Rechte vorbehalten. Abgedruckt mit Erlaubnis des Autoren | <http://www.netzpiloten.de/das-problem-der-netzpolitik-ist-die-netzpolitik/>

IGF 2014: Das Profil wird schäfer

Das Internet Governance Forum (IGF) wurde 2006 initiiert um Fragestellungen zu Internet, dessen Zukunft, Nutzung und Verwaltung zu diskutieren. Der Multistakeholder-Ansatz, also das Zusammentreffen von Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Technik, prägt die Debattenkultur dieser Veranstaltung. Beim diesjährigen IGF in Istanbul hat sich als Gegenveranstaltung ein Ungovernance Forum gebildet, das die Sperrung von Internetdiensten in der Türkei anprangerte. **Wolfgang Kleinwächter** ist seit vielen Jahren im Kontext des IGF und des WSIS (World Summit on the Information Society) aktiv. Er ist Vorstandsmitglied der ICANN und wurde vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan zum Berater für die UN Working Group on Internet Governance (WGIG) ernannt. Im folgenden Text resümiert er das diesjährige Zusammentreffen zur Internet Governance.

Am 5. September 2013 ist in Istanbul das 9. Internet Governance Forum (IGF) zu Ende gegangen. Mehr als 3000 Teilnehmer aus aller Welt haben eine Woche lang in über hundert Workshops und Plenarsitzungen nahezu alle strittigen Internet-Themen unserer Zeit zur Sprache gebracht. Dazu kamen noch mal mehr als 1000 Teilnehmer die sich als „remote participants“ über die rund um den Globus verteilten IGF-Hubs in die Diskussion einmischten.

Aus der Vielfalt der Themen kristallisierten sich heraus

- der Schutz der Menschenrechte, und hier insbesondere der Privatsphäre, im Internet,
- die weitere Verringerung der digitalen Spaltung und
- die Zukunft von ICANN (Internet Cooperation for Assigned Names and Numbers, das zentrale Verwaltungsorgan zur Vergabe von Internetadressen) nach dem angekündigten Rückzug der US-Regierung aus der Aufsichtsrolle über IANA (Internet Assigned Numbers Authority).

Einen großen Teil der Debatte nahmen auch die politischen Implikationen neuerer technischer Entwicklungen wie Cloud Computing oder Internet der Dinge ein. Kritisch durchleuchtet wurden laufende zwischenstaatliche Verhandlungen wie die bevorstehende ITU Generalkonferenz in Busan (November 2014) oder die für Dezember 2015 in New York geplante Überprüfungs-konferenz des UN Weltgipfels zur Informationsgesellschaft von 2005 (WSIS10+).

Als delikat erweis sich die Auseinandersetzung mit der restriktiven Internetpolitik des Gastgeberlandes Türkei. Die türkische Regierung spielte die verordneten Sperren von Internetdiensten als notwendig zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der nationalen Sicherheit herunter. Regierungskritische Teilnehmer prangerten dies als gravierende Verletzung der Menschenrechte an, wobei sich der Unmut der oppositionellen Gruppen vor allem in einem „Gegengipfel“, dem „Internet Ungovernance Forum“, entlud zu dem auch Edward Snowden per Video beitrug. Wirtschaftliche Themen, wie z.B. die Freihandelsabkommen oder der Börsen-

gang von Alibaba sowie Sicherheitsfragen (Cyberkrieg & Cyberwaffen) wurden dieses Jahr eher am Rande behandelt. Dafür wurde umso mehr über den Fortgang der NetMundial Initiative gestritten. Vier Tage vor dem Beginn des Istanbul IGF hatte das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Genf angekündigt, sich in die Umsetzung der bei der Weltkonferenz in Sao Paul (April 2014) verabschiedeten „Internet Governance Roadmap“ einzuschalten.

Schließlich ging es auch noch um die Zukunft des IGF selbst und seine Verlinkung mit den mittlerweile mehr als 50 regionalen und nationalen IGFs.

Das Istanbuler Treffen bestätigte, dass das 2005 vom WSIS gegründete IGF sich nach knapp zehn Jahren zu einer respektablen Diskussionsplattform über globale Internetpolitiken entwickelt hat. Zunächst als neuer „UN Talking Shop“ diskreditiert, ist es dem IGF gelungen, sich schrittweise zu profilieren und Respekt bei allen Stakeholdern – Regierungen, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft, technische Community - zu erwerben. Das IGF ist heute der jährliche Treffpunkt der Internet Eliten der Welt. Es bringt Minister, CEOs von



Unternehmen, technische Experten und zivilgesellschaftliche Organisationen in einen einzigartigen „Multistakeholder-Dialog“ zu allen brennenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Fragen der globalen Weiterentwicklung und Nutzung des Internet.

Das breite Mandat und der Fakt, dass das IGF kein klassisches zwischenstaatliches Regierungsgremium ist, das politische Empfehlungen verhandelt, hat dazu geführt, das auch kritische Themen offen und kontrovers angesprochen werden. Durch das Sichtbarwerden verschiedener Positionen wird zwar noch keine Einigung herbeigeführt, aber die verschiedenen Stakeholder werden befähigt, die Argumente der Anderen besser zu verstehen und sie in die Entwicklung zukünftiger Strategien einzubeziehen. Und Organisationen, die mit einem Verhandlungsmandat ausgestattet sind – wie z.B. UNESCO, WIPO oder ICANN – erhalten durch die IGF Diskussionen zusätzliche Informationen, die ihre letztendlichen Entscheidungen optimieren.

Nichtsdestotrotz steht das IGF in der Kritik. Obwohl weithin anerkannt wird,

dass das IGF selbst kein Verhandlungsgremium zur Ausarbeitung völkerrechtlicher Internet-Verträge werden sollte, wird bemängelt, dass die konkreten Ergebnisse der jährlichen IGFs zu dünn sind.

Die Stimmen werden lauter die auf eine konkrete Umsetzung der 56 Empfehlungen der UNCSTD IGF Improvement Working Group setzen. Die Gruppe hatte 2012 u.a. eine bessere finanzielle Ausstattung, eine Stärkung des IGF Sekretariats und eine Präzisierung der Mechanismen für eine Zusammenarbeit der einzelnen Stakeholder empfohlen. Vor allem aber wurde dort gefordert, dass das IGF durch konkrete Ergebnisse sein Profil schärft.

Das Istanbul IGF war ein wichtiger Schritt vorwärts. Die Aussichten für eine institutionelle Stärkung des IGF wurden durch die Gründung eines IGF Unterstützungsfonds verbessert. Und durch die sehr konkret geführte Diskussion über die Schaffung eines IGF Clearinghauses rückte ein konkretes Projekt ins Rampenlicht das zukünftig eine wichtige Mittlerrolle zur Auffindung von Lösungen für neu entstehende Internet Probleme spielen könnte.

Das Mandat des IGF läuft 2015 aus. In Istanbul wurde gefordert, es unbegrenzt, aber mindestens um zehn Jahre zu verlängern. Die Entscheidung könnte noch im Dezember 2014 bei der 69. UN Vollversammlung fallen. Das 10. IGF findet 2015 in Brasilien statt.

Im Gespräch ist, dass sich Deutschland um ein IGF bewirbt. 2014 fand das 7. europäische IGF (EURODIG) in Berlin statt. Das deutsche IGF (IGF-D) wurde bereits 2009 gegründet.

CC-BY-NC-SA-4.0 | Erstabdruck

Hört endlich auf, euch für eure eigene Rückständigkeit auch noch zu feiern! Ein Rant gegen Ewiggestrige im digitalen Wandel.

Kerstin Hoffmann äußert ihr Unverständnis gegenüber einer Haltung, die neue Techniken und Medien pauschal ablehnt. Sie meint, Technophobie sei ebenso bedenklich und im Zweifel ebenso gefährlich wie ein allzu sorgloser Umgang mit persönlichen Daten und digitalen Technologien. Kerstin Hoffmann ist Beraterin für Kommunikations- und Digital-Strategien. Sie gibt Workshops, hält Vorträge, schreibt Bücher und lehrt an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf Public Relations und digitale Strategien. Ihre Brandrede zum Stand der Technikfeindlichkeit erschien am 11. Juli 2014 auf medium.com.

Ich kann es nicht mehr hören! Mir kommt die virtuelle Galle hoch, und zwar literweise. Es ist ja in unserer Gesellschaft ganz große Mode, sich selbst dafür zu exponieren und zu feiern, dass man sich dem digitalen Wandel verweigert. Mir scheint aber vor allem, das wird – während die Entwicklung rasant fortschreitet – eher mehr als weniger. Da sitzen 20-jährige zusammen und verkünden vollmundig, dass doch nichts über ein „richtiges Buch“ gehe. Da erzählen mir Menschen meines Alters angesichts meines Kindle (E-Book-Reader), dass mit solchen Medien die Kultur den Bach hinuntergehe und die Literatur schon erst recht, und dass ein gebildeter Mensch zu richtigen Büchern auf Papier greife, weil er sonst eben kein solcher sei. Aktueller Auslöser, über meinen ständig schwelenden Ärger zu schreiben: ein Artikel darüber, wie sehr die Franzosen noch ‘echte Bücher’ zu schätzen wüssten.¹

Medien sagen nichts über Inhalt und Qualität

Ich möchte ja gar nicht darauf herumreiten, dass ich einen Dokortitel in Literaturwissenschaft habe. Aber wenn ich dann mal bei den oben erwähnten Personen vorsichtig nachfrage, welche Bücher sie denn selbst auf Papier läsen, drucksen sie herum oder murmeln etwas von „letztens noch einen Krimi“. Ich will mich mit meinem Literaturkonsum über niemanden erheben. Ich lese ebenfalls historische Romane und Krimis. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Medien gar nichts über den Inhalt und dessen Qualität aussagen. Oder dass ein alter Foliant im Bücherschrank dessen Eigentümer als Vertreter der Hochkultur qualifizieren würde.

Ja, es stimmt, ich bin nicht repräsentativ für meine Generation im Umgang mit Technik und Digitem, wohl aber für meine medien- und technikaffine Peer-group. Ich bin mir der Risiken bewusst, die diese neuen Technologien mit sich bringen—weil ich mich mit den neuen Technologien auseinandersetze. Und nicht, weil

ich gebetsmühlenartig und ohne eigene Kenntnisse irgendwelche diffusen Meinungsbilder wieder und wieder nachleiere. Dadurch werden sie nicht wahrer.

Zugegeben: Ich bin ein Techie

Ja, zugegeben, ich bin ein Techie und ein Mobiljunkie. Ich nutze mein iPhone und mein iPad auf jede mögliche Art und Weise, die mir das Leben erleichtern. Und, ja: Dafür zücke ich sie auch schon mal im Restaurant oder in gemütlicher Gesellschaft. Manchmal sitzen mein Mann und ich einander einträchtig im Restaurant gegenüber und starren auf unsere kleinen Displays. Weil wir zum Beispiel hernach eine ÖPNV-Verbindung erreichen wollen, einen Museumsbesuch planen oder wissen möchten, ob wir beim Spaziergang in einen Regenschauer geraten könnten. Das letzte Mal, dass jemand daran deutliche Kritik geübt hat, war an einem Nachbarisch und kam von mir völlig Unbekannten. Da rührte ein rotgesichtiger Mittvierziger selbstgefällig durch das ganze Lokal: „Dass die Leute aber auch nur

¹ Anm. d Red.: Die Autorin verweist auf The New York Times Artikel *The French Do Buy Books. Real Books*, erschienen am 9. July 2014 – nyti.ms/XQv9J5



noch auf ihre Handys starren, statt sich zu unterhalten.“ Vorher, dass muss man dazu-sagen, hatten seine Begleiterin und er eine halbe Stunde lang schweigend kauend aneinander vorbeigesehen. Was sie übrigens nach dieser Meinungsäußerung noch eine weitere Dreiviertelstunde taten. (Die Frau hatte übrigens ein blaues Auge. Sicher versehentlich vor einen Schrank gelaufen. Tut ja auch nichts zur Sache.) Über die Qualität des menschlichen Austausches ebenso wie über den Anspruch von Literatur entscheidet doch nicht das Medium. Sondern es bemisst sich an den beteiligten Personen. An den Inhalten. Am Umgang mit eben diesen.

Für mich müsst ihr das nicht machen

Für mich muss sich, bitteschön, außer meinen Mitarbeitern, von denen ich das erwarte, niemand mit neuen Technologien auseinandersetzen. Ich halte eine gewisse Skepsis sogar insofern für gesund, als sie dazu führt (oder führen sollte), dass sich Nutzer intensiv mit dem auseinandersetzen, was sie da nutzen, ehe sie es anwenden. Aber ich kann diese pauschale Ablehnung der Medien, die nun einmal längst zu unserem Alltag gehören, nicht mehr hören. Ich denke da beispielsweise auch an eine ältere, angeheiratete Verwandte, die ich über Jahre immer wieder treffen musste. Sie tönte ebenfalls des Langen und des Breiten darüber, wie sehr „diese neuen Medien“ die tatsächlichen, echten Unterhaltungen verhindern würden. In Wirklichkeit war bei allen Gelegenheiten, zu denen ich sie traf, der einzige Grund, warum keine vernünftige Unterhaltung zustande kam, ihr pausenloses Monologisieren. Übrigens besaß die genannte Dame einen Fernseher, einen CD-Spieler und zahl-

reiche andere Unterhaltungsgeräte. Ich versuchte bei einer der seltenen Gelegenheiten, zu denen sie Luft holen musste, ihr Grammophone, Volksempfänger und Pferdekutschen schmackhaft zu machen. Auch wies ich in einer anderen Atempause darauf hin, wie sehr die im Vergleich zu früheren Generationen deutlich erhöhte Standzeit ihrer künstlichen Hüfte ein Produkt moderner Computertechnologie sei. Von der präzisen Aussteuerung ihres Hörgerätes einmal ganz zu schweigen. Vergebliche Liebesmüh, natürlich. Trotz aller zur Schau getragenen Hochkultur war sie schlicht zu dumm und zu borniert, echte Diskussionen zu führen. Aber ich steuere hier in eine völlig falsche Richtung, wenn ich die Negierung des digitalen Wandels anhand von Beispielen aus der Seniorenecke belege. Es sind die Gleichaltrigen und Jüngeren, die mich besonders ärgern.

Mit dem rostigen Rad auf der Rennstrecke

Vor allem aber bin ich bestürzt, wie viele Fachkollegen, Agenturen und sogar Ausbildungsinstitute so tun, als gäbe es gar keinen digitalen Wandel. Wir sprechen ja nicht allein über ein paar Handys oder E-Book-Reader. Es geht darum, neue Mechanismen zu begreifen, wie den „Zero Moment of Truth“², der das Käuferverhalten gewaltig verändert hat, und zwar die gesamte Gesellschaft durchdringend.

2 Anm. d Red.: ZMOT beschreibt jenen Moment, an dem Nutzer ihr Internet-fähiges Gerät in die Hand nehmen und ein Produkt oder eine Dienstleistung nachschlagen. Über 70 Prozent aller Käufer nutzen heutzutage bereits diese Möglichkeit, bevor sie Kaufentscheidungen treffen.

Wie kann man denn heute allen Ernstes und guten Gewissens einem Kunden noch ausschließlich „klassische Werbung und PR“ verkaufen? So, als ginge es darum, dass man Plakatwerbung anbietet, aber Fernsehreklame nicht im Portfolio hat? Wir reden doch über ganz andere Ebenen. Sich selbst für besonders elitär, gebildet und kultiviert zu halten, weil man Facebook ablehnt und keine Ahnung hat, wie digitale Kommunikation funktioniert: Das ist doch nicht gebildet oder kultiviert. Das ist doch rückständig und ungebildet.

Es ist verantwortungslos den Kunden gegenüber, weil man ihnen auf allen Ebenen die Möglichkeit und das Potential verschließt, ihre Bezugsgruppen wirkungsvoll zu erreichen. Das ist so, als würde man die Werbe- und PR-Kunden beziehungsweise die Studierenden oder Auszubildenden in rostigen Fahrrädern auf eine Teststrecke für Rennwagen schicken und dazu noch behaupten, dass es diese Rennwagen gar nicht gäbe und dass es gefährlich sei, sie sich näher anzuschauen.

Es muss nicht jeder gleich ein Revolutionär sein. Ich bin das auch nicht. Aber reaktionäres Gedankengut, um sich selbst aufzuwerten: Das halte ich seit jeher für eine gefährliche Entwicklung. Für mindestens so gefährlich wie den fahrlässigen Umgang mit neuen Medien oder persönlichen Daten.

Einfach mal die Klappe halten! Neue Technologien haben noch niemanden verblödet. Rückständigkeit wohl! Hört bitte wenigstens endlich auf, euch selbst dafür zu feiern, dass ihr euch neuen Entwicklungen verschließt.

Alle Rechte vorbehalten | Abgedruckt mit Erlaubnis der Autorin | https://medium.com/@PR_Doktor/hort-endlich-auf-euch-fur-eure-eigene-ruckstandigkeit-auch-noch-zu-feiern-7d47cb7d406e

„Digital Natives“: Von Ureinwohnern und Einwanderern

Julia Rieder erklärt, warum der altersspezifische Begriff „Digital Natives“ wenig Aussagekraft zur Medienkompetenz hat und wir uns besser um einen Generationen übergreifenden Zugang kümmern sollen. Julia Rieder studierte Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und schrieb ihre Masterarbeit zum medialen Framing des US-Drohnenprogramms. Ihr Interesse gilt vor allem der Friedens- und Konfliktforschung sowie Transparenz, Beteiligung und Demokratie im digitalen Zeitalter. Ihre Abrechnung mit dem Begriff erschien am 26. August 2014 auf politik-digital.de

Gerne behauptet und doch nie schlüssig belegt, geistert das Begriffspaar von „digitalen Ureinwohnern“ und „digitalen Einwanderern“ seit mehr als zehn Jahren durch Internet und analoge Welt. Es ist an der Zeit, die Buzzwords beiseite zu legen und sich endlich mit den Inhalten zu beschäftigen.

Vor Kurzem veröffentlichte der Schweizer Blogger und Lehrer Philippe Wampfler einen Aufruf: „Bitte verzichtet auf den Begriff ‘digital natives!’“ – und traf damit einen Nerv. Der Begriff „Digital Natives“ ist eigentlich ein alter Hut. Geprägt wurde er 2001 von dem Manager und Pädagogen Marc Prensky, der in einem Aufsatz mit dem Titel „Digital Natives, Digital Immigrants“ forderte, Lehrer müssten sich auf eine Generation einstellen, die ihr ganzes Leben „umgeben von Computern, Videospielen, Handys und all den anderen Spiel- und Werkzeugen der Digitalen Ära“ verbracht hat. Prensky behauptete, Digital Natives verfügten als „Muttersprachler“ der digitalen Sprache nicht nur über profunde Kenntnisse im Umgang mit Technologie, sondern verarbeiteten Informationen auch fundamental anders als alle Generationen vor ihnen. Auch wenn Prensky seine Behauptungen nicht belegte und sich der Artikel vor allem wie ein Werbetext für die von ihm propagierte Methode des „Digital Game-based Learning“ liest, wurde die Unterscheidung zwischen Digital Natives und Digital Immigrants zu einem beliebten Aufhänger für Diskussionen über die Implikationen der Digitalisierung. Bis heute wird mit Vorliebe ein Generationenkonflikt heraufbeschworen zwischen denen, für die eine Trennung zwischen

online und offline vermeintlich nicht mehr existiert, und denen, die nicht wie selbstverständlich bloggen, posten, twittern und chatten. Doch wie steht es eigentlich um die Fakten? Geht die „Netzgeneration“ wirklich so selbstverständlich und kompetent mit Technologie um? Und unterscheidet sich ihr Mediennutzungsverhalten tatsächlich grundsätzlich von dem der älteren User?

Der Mythos bröckelt

Laut (N)Onliner Atlas 2013 haben 97 Prozent der unter 30-jährigen Deutschen einen Internetzugang, von den 60- bis 69-Jährigen nutzen fast zwei Drittel das Netz, und bei den über 70-Jährigen sind die Offliner mit 70 Prozent deutlich in der Mehrheit. Dass jüngere Menschen das Internet stärker nutzen, ist also nicht abzustreiten. Die Studie fand allerdings noch mehr Ungleichheiten: zwischen Stadt und Land, Männern und Frauen, Menschen mit hohem und solchen mit niedrigem Bildungsabschluss, Armen und Reichen. Nicht nur das Alter hat einen Einfluss darauf, ob und wie man im Netz unterwegs ist, sondern eine Vielzahl sozioökonomischer Faktoren.

Nun macht einen Menschen allein der Fakt, dass er einen Internetzugang besitzt, noch lange nicht zu einem Digital Native. Begeisterte Anhänger des Begriffs preisen die „neue Generation“ als eine, für die das Internet nicht nur Kommunikationsmittel, sondern ein Kulturraum sei, den sie durch selbst generierte Inhalte, soziale Vernetzung und pausenlose Partizipation immer weiter ausbaue. Digital Natives hätten

nicht nur eine ganz eigene Vorstellung von Freundschaft, Privatheit und Identität, sondern nutzten wie selbstverständlich die Möglichkeiten des Netzes, um ihre Meinung kund zu tun und aktiv Einfluss auf das Weltgeschehen zu nehmen. Ein wirkmächtiges Bild – nur gibt es auch zur Mediennutzung junger Menschen mittlerweile zahlreiche Studien, die ganz deutlich dafür sprechen, dass es an der Zeit ist, den Begriff Digital Natives zu entmystifizieren. Zwar verbringen Jugendliche immer mehr Zeit im Netz, die Onlineaktivitäten ersetzen jedoch lediglich den Konsum klassischer Medien und nicht andere Freizeitaktivitäten. Nichtmediale Aktivitäten wie Treffen mit Freunden und Unternehmungen mit der Familie spielen weiter eine große Rolle. Wenn man die Nutzung des Netzes durch junge Menschen genauer betrachtet, wird außerdem deutlich, dass sie es eben nicht so proaktiv und andersartig anwenden, wie von Anhängern des Digital Natives-Konzepts behauptet. Den größten Stellenwert hat laut JIM-Studie 2013 der kommunikative Austausch über E-Mails, Chats und soziale Medien. Die kreative Produktion von Content ist im Alltag der jungen Generation unterdessen nur von marginaler Bedeutung.

Es kann also keine Rede davon sein, dass die Nutzung des Internets durch alle seit 1980 Geborenen sich fundamental von der Nutzung durch ältere Menschen unterscheidet. Die Attribute, die den Digital Natives zugeschrieben werden, treffen höchstens auf eine kleine gesellschaftliche Elite zu, die sich nicht durch ihr Alter, sondern durch eine intensive Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten des In-

ternets auszeichnet. Einige „Silversurfer“ bewegen sich genauso sicher im Netz wie „Screenager“, entscheidend sind vor allem individuelle Interessen und sozioökonomische Faktoren.

Digitale Kompetenz geht alle Altersgruppen etwas an

Die Einteilung in Digital Natives und Digital Immigrants ist aber nicht nur faktisch falsch, sondern auch konzeptuell problematisch. Sie betreibt ein „Othing“ (Anm. d. Red.: Differenzierung der Gruppe, derer man sich zugehörig fühlt) und stellt unüberwindbare Gegensätze her, wo keine existieren. Nicht alle jungen Menschen lassen sich in eine Schublade stecken, es gibt nicht die eine einzige Erfahrungswelt oder Identität, die alle teilen. Vielmehr existieren in der Generation der vermeintlichen Digital Natives genauso wie im Rest der Gesellschaft Unterschiede im Bezug auf Online-Kompetenzen, Erfahrungen und Identitäten. Nur weil Menschen, die mit dem Internet aufgewachsen sind, möglicherweise weniger Hemmungen im Umgang mit neuen Medien haben, heißt das noch lange nicht, dass sie sie auch kompetent anwenden können.

Und das ist das eigentliche Problem an der Unterscheidung zwischen Digital Natives und Digital Immigrants: Sie täuscht darüber hinweg, dass sich Kompetenzunterschiede im Umgang mit Medien durch das Nachrücken jüngerer Generationen nicht einfach von selbst erledigen, und sie vermittelt Älteren das Gefühl, sie seien qua Geburtsjahr vom technologischen Wandel ausgeschlossen. Bei all der berechtigten Euphorie über die Möglichkeiten neuer Informationstechnologien darf aber nicht vergessen werden, dass das Wissen um die Potentiale, die die digitale Welt bietet, niemandem in die Wiege gelegt wird, sondern Jung wie Alt vermittelt werden muss. Womit wir beim Thema digitale Medienkompetenz oder „Digital Literacy“ angelangt wären – einem Bildungsbereich, der noch immer sträflich vernachlässigt wird.

Digital Literacy meint die Fähigkeit, Inhalte und Kommunikationsprozesse in den digitalen Medien zu verstehen und einzuordnen. Natürlich stellt sich die Frage, welche Fähigkeiten im Umgang mit Medien wertvoll sind – damit ist der Medienkompetenzbegriff immer normativ. Bei der Vermittlung eines kompetenten Umgangs mit dem Internet darf es des-

halb auch nicht darum gehen, aus einer elitären Perspektive heraus Menschen zu verurteilen, die kein Tech-Blog oder Twitteraccount betreiben und stattdessen lieber den neusten Promiklatsch lesen oder Kochrezepte herunterladen. Zu welchem Zweck und in welchem Umfang das Internet genutzt wird, ist schließlich immer noch Geschmackssache. Ziel muss es viel mehr sein, Menschen, jung wie alt, nicht nur technische Fähigkeiten, sondern auch Mündigkeit im Umgang mit dem Medium Internet, also die kritische Rezeption der Inhalte und das Wissen über die Möglichkeit, selbst Inhalte zu produzieren, zu vermitteln. Denn obwohl das Erstellen von Content sicher nicht die einzig sinnvolle Nutzung des Netzes darstellt, gilt in der digitalen Welt genau wie in der analogen: Nur wer partizipiert, kann sich und seinem Anliegen Gehör verschaffen.



Es fehlt ein schlüssiges Konzept

Erst vor einigen Tagen erklärte die Bundesregierung in der Digitalen Agenda, die digitale Medienkompetenz aller Generationen stärken zu wollen, damit „sich jede und jeder Einzelne sicher, informiert und aktiv in der digitalen Gesellschaft verwirklichen kann“. An koordinierten Programmen mangelt es aber bisher und die Digitale Agenda bietet auch nicht mehr als Absichtserklärungen. Einzige Initiative „Ein Netz für Kinder“, die kindgerechte digitale Angebote fördert, wird als konkretes Projekt in dem Papier erwähnt. „Sichere Surf Räume“ für Kinder zu schaf-

fen, wie es das Bundesfamilienministerium formuliert, ist eine nette Idee, viel relevanter wäre es jedoch, generationenübergreifend Kompetenzen für ein aufgeklärtes Surfen auch außerhalb von Schutzräumen zu vermitteln. Bereits im Oktober 2011 hatte die Internet-Enquete in einem Zwischenbericht angemahnt, die Förderung von Medienkompetenz sei eine wichtige staatliche und gesellschaftliche Aufgabe, und hatte eine bessere Vernetzung einzelner geförderter Initiativen sowie neue Bildungskonzepte und Aufklärungskampagnen gefordert. Doch seither hat sich wenig getan. Dazu, wie Jugendlichen von klein auf ein aufgeklärter Umgang mit digitalen Medien mitgegeben werden kann oder wie ältere Menschen für digitale Entwicklungen begeistert werden können, fehlen kohärente Konzepte. Die Förderung der Medien- und Informationskompetenz in der Praxis wird weitgehend den Landesmedienanstalten, privaten Vereinen und einzelnen Initiativen überlassen. Inwieweit und vor allem wie tiefgreifend digitale Medienkompetenz in Schulen vermittelt wird, ist ebenfalls Glückssache und hängt häufig von den Kenntnissen und vom Einsatz einzelner Lehrer ab.

Dabei wäre ein schlüssiges Konzept zur Kompetenzvermittlung für alle Altersschichten wichtiger denn je. Allein der Umstand, dass immer mehr Informationen nur noch online verfügbar sind, sei es zu Anträgen beim Jobcenter oder zu Versicherungspolice, und Entscheidungs- wie Beteiligungsprozesse durch Online-Petitionen, Bürgerhaushalte oder öffentliche Konsultationen zunehmend digitalisiert werden, macht deutlich, wie wichtig ein kompetenter Umgang mit den neuen Medien wirklich ist. Zudem ist die Vermittlung von Medienkompetenz die einzig praktikable Antwort auf viele „Gefahren“ des Netzes wie Identitätsdiebstahl, Betrug und Falschinformationen, die durch technische Mittel schwer zu bannen sind. Deshalb reicht es nicht, auf binäre Kategorien zurückzugreifen und sich damit abzufinden, dass einige nun mal Digital Natives und andere Digital Immigrants sind. Bildungsangebote und ein gleicher Ressourcenzugang für alle können dafür sorgen, dass jeder im Netz „heimisch“ werden kann.

CC-BY-NC-SA-4.0 | <http://politik-digital.de/digital-natives-von-ureinwohnern-und-einwanderern/>



Das Internet der Dinge

Das Internet der Dinge ist keine Zukunftsmusik, es ist real. Wir nutzen es bereits tagein, tagaus und es ist absehbar, was uns in naher Zukunft noch bevorsteht. Während die Wirtschaft jubelt, warnen Datenschützer vor den Risiken, die diese Entwicklung mit sich bringt. Doch worum geht es dabei eigentlich genau und was ist so revolutionär daran?

Die Idee ist zunächst so einfach wie einleuchtend: Nachdem wir im Web 2.0 unser Leben ins Internet gestellt haben, verlängern wir nun das Internet in die reale Welt. Intelligente Sensoren und eine Netzverbindung machen aus jedem Ding eine potenzielle Datenquelle. So können wir unseren Körper, unser Verhalten, unsere Geräte und unsere Umwelt vermessen. Mit dem Ziel, Zeit und Geld zu sparen, Ressourcen effizienter zu nutzen und die Umwelt zu schonen.

Letztlich entsteht auf diese Weise eine virtuelle Struktur, die unbemerkt neben uns existiert, arbeitet und neue Realitäten schafft. Doch wie so oft gilt auch hier: Nicht alles, was technisch umsetzbar ist, ist auch ethisch vertretbar. Wie gehen wir damit um, wenn unsere Privatsphäre in Form von Daten vernetzt und aufrufbar ist? Was bedeutet es, wenn wir automatisch Maschinen und Algorithmen immer größere und weitreichendere Entscheidungen abgeben? Wenn wir unsere Alltagsgegenstände digitalisieren erweitern sich die Angriffsfläche für Cyberkriminalität sowie dadurch entstehende Schäden.

Sieben Autoren haben auf politik-digital.de verschiedene Umsetzungen des Internet der Dinge vorgestellt, deren Funktionsweisen und Nutzung erklärt, sowie Kritik geübt. Die folgenden Texte sind Zusammenfassungen der Originaltexte, die zwischen dem 10. Juli und 18. August 2014 auf politik-digital.de erschienen sind.



1 Smart Wearables

Die Hardware, mit der wir ins Netz gehen und unser digitales Leben navigieren, wird immer kleiner. Die Technik ist auf dem Weg in jeden erdenklichen Gegenstand, den wir mit uns tragen. „Der Bereich der so genannten „Wearables“ (dt. Tragbares) ist dabei nicht nur ein sehr greifbares Beispiel, entsprechende Produkte sind auch bereits weit fortentwickelt. Die meisten davon zielen darauf ab, in unsere ohnehin schon bestehende Gegenstandswelt integriert zu werden. Ob Armband oder T-Shirt, alles kann mit der entsprechenden Technologie smart gemacht werden.

Shooting Star unter den „Smart Wearables“ ist mit Sicherheit die digitale Brille „Google Glass“. Doch auch Fitness-Armbänder und Smart-Watches sind Vorreiter der Entwicklung. Große Marken und Startups bieten Produkte an, die uns zunehmend und oft unbemerkt im Alltag begleiten. Der nächste Schritt sind so genannte E-Textiles oder Smart Fabrics, in welchen die Sensorik im Kleidungsstück verarbeitet ist.

Zur Sache: Was passiert da eigentlich genau?

Das Shirt „Biometric Sweatwear“ von OMSignal misst mithilfe zahlreicher Mikrosensoren biometrische Daten wie die Herz- und Atemfrequenz. Eine kleine schwarze Box von der Größe einer Streichholzschachtel sammelt und sendet kontinuierlich die so gemessenen Daten. Wifi und Bluetooth verbinden das Shirt mit Smartphone und Laptop oder speichern die Körperdaten direkt in der Cloud. Die Informationen werden von entsprechenden Apps dann nutzerfreundlich aufbereitet und miteinander verglichen, um Erfolgserlebnisse oder Trainingsrückschritte sichtbar zu machen. So entsteht ein kleines Universum aus Hard- und Software, das die eigenen Daten automatisch aktualisiert, auswertet und Hilfestellungen generiert.

Wozu das Ganze?

Eine solche Innovation ist zunächst für Sportler interessant um Vitalfunktionen zu messen und Trainingseinheiten zu optimieren. Doch Nutzungsmöglichkeiten lassen sich auch im Alltag erschließen. Ist mit meinem Herz alles in Ordnung? Welche Situationen setzen mich besonders unter Druck und welche Maßnahmen helfen mir zur Entspannung? Auf diese und ähnliche Fragen versprechen die Anbieter der Wearables eindeutige Antworten.

Spezielles Augenmerk liegt außerdem auf Menschen, die besonderer Fürsorge und Aufsicht bedürfen.

Langfristig ist auch hier Vernetzung der Schlüssel zu einer intensiveren Nutzung der Dienste. Ein Musikplayer, der die Songauswahl meinem Puls anpasst; Rezeptempfehlungen, die auf meinen Energieverbrauch und mein Training abgestimmt sind; oder eben ein intelligentes System, das beim Arzt Alarm schlägt, wenn mit meinen Vitalwerten etwas nicht in Ordnung ist. Komfort und Sicherheit, Belohnungsanreize und medizinische Früherkennung, das sind die offenkundigen Vorteile.

Risiken und Nebenwirkungen

Biometrische Daten sind sehr intim und gleichzeitig erfordern ihre Einordnung und Interpretation mehr als eine App auf dem Smartphone.

Hinterfragen sollten wir den gesellschaftlichen Umgang mit dieser neuen Quantität und Qualität an personenbezogenen Daten. Aus dem individuellen Drang zur Selbstoptimierung kann schnell ein sozialer Zwang zur rationalen Lebensführung erwachsen, der bestimmte Verhaltensmuster in Konsum, Gesundheitsvorsorge, Arbeitsalltag oder Freizeitgestaltung stigmatisiert.

Welche Produkte und Technologien dabei am Ende die Nase vorn haben und ob tatsächlich unsere gesamte Umwelt „vermarktet“ werden wird, sollte hinterfragt werden. Klar ist: Die Wege, auf denen unsere Körperdaten in die Geräte und von dort ins Netz gelangen, sind vorgezeichnet, und wir werden einen immensen Anstieg

entsprechender, sehr intimer Datenschätze erleben. Eine Debatte darüber, wie es an dieser Stelle damit weiter geht und wie viele und welche Daten es letztlich sein sollen, ist nicht zu vermeiden.



2 Intelligentes Shopping

Die Entwicklung technischer Geräte hat seit jeher vor allem immer auf eines abgezielt: das tägliche Leben bequemer, effizienter und schneller zu machen. Wenn keine Mühen mehr übrig bleiben, die uns durch unsere vernetzten Begleiter abgenommen werden können, dann müssen eben neue Erleichterungen erfunden werden: Mein Handy hilft mir einkaufen. Aber was kommt da noch, mit einer Technik, die in der Lage ist, mich bis auf Zentimeter genau zu orten?

Zur Sache: Was passiert da eigentlich genau?

Es geht darum, Menschen auch in geschlossenen Räumen exakt zu orten – und zu steuern.

In der Apple-Version ist die Technik als „iBeacon“ registriert, zu Deutsch „Leuchfeuer“. Sie basiert auf der Bluetooth Low Energy (BLE) Technologie, die das Problem der „indoor navigation“ löst: GPS verliert in geschlossenen Räumen schnell die Verbindung und kann den Nutzer schon mal zwei Meter weiter links positionieren als geplant. Die Alternative über W-LAN belastet die Smartphone-Batterie. In diese Lücke stößt nun Apple und verspricht Abhilfe: Festinstallierte Sender (Beacons), klein, günstig, schlichtes Design, funken ein monotones Bluetooth-Signal, das von kompatiblen Apple-Geräten empfangen werden kann, vorausgesetzt die entsprechende App ist installiert und aktiv. Das Smartphone kombiniert die Signalstärke aller Beacons und ist so in der Lage, die Position des Nutzers zu bestimmen. So können die Benutzers auf den Zentimeter genau geortet werden.

Wozu das Ganze?

Für bestimmte Personengruppen kann die Technik natürlich sehr sinnvoll sein: Wenn der Aufenthaltsort von Menschen exakt bestimmt werden kann, sind Navigationssysteme für blinde oder sehbehinderte Menschen denkbar, der Blindenhund würde überflüssig.

Die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten, die aktuell diskutiert werden, ist jedoch ungleich größer: im Museum zielgenau zum Bild des Lieblingsmalers navigiert werden, dazugehörige Informationen können mit dem Smartphone gleich mit abgerufen werden. Auf der Business-Messe ohne Umwege die Gesprächspartnerin finden.

Während viele dieser Einsatzmöglichkeiten das Leben tatsächlich im oben genannten Sinne erleichtern könnten, hat Apple als großen Abnehmer aber ganz andere Branchen ausgemacht: den Einzelhandel und die Werbeindustrie.

In den USA lassen sich hierfür schon Beispiele finden. Das Edelkaufhaus Macy's in New York hat die Einsatzgebiete bereits getestet: Dem potentiellen Kunden wird angezeigt, wo das Sonderangebot im Laden zu finden ist und das Smartphone rechnet aus, ob es passt. Im Vorbeigehen wird bezahlt, wenn man mit der profan analogen Kreditkarte verbunden ist.

Es zeigt sich, dass die Frage nach der Zukunft dieser Technik zwischen den Polen „Blindennavigation“ und „Push-Werbung“ wohl eher damit zu beantworten sein wird, wer am meisten Geld in ihre Weiterentwicklung investiert. Das US-amerikanische Marktforschungsinstitut ABI Research wagt hier einen Ausblick, der skeptisch stimmt: Als größter Markt werden die Werbung, das vernetzte Haus und „asset tracking“ genannt. Was bitte? Was mit der umschreibenden englischen Phrase (übersetzt etwa: Güternachverfolgung) gemeint ist, erschließt sich erst auf den zweiten Blick. Denn wer könnte sich dafür interessieren, von wo nach wo ich mich bewege, in welchem Laden ich einkaufe, vor welchen Produkten ich am längsten stehen bleibe, wie schnell ich mich bewege? Es interessiert genau dieselben Produzenten, die die Technik momentan anwendbar machen – alle, die etwas zu verkaufen haben.

Risiken und Nebenwirkungen

Probleme zu Datenschutz sind deutlich. Die Nutzung der so generierten Daten ist wie so

oft ungewiss und von vielen Interessen geleitet. Für Optimisten hat der gläserne Kunde allerdings auch einen Vorteil: Wenn Bedürfnisse und Konsumgewohnheiten exakt vermessen werden können, so lautet das Argument, dann wird auch nur produziert, was gebraucht wird. Jedoch: In den hochtechnisierten und -entwickelten Gesellschaften des Westens zielt Volkswirtschaft schon lange nicht mehr darauf ab, Bedürfnisse zu befriedigen, sondern diese in einer übersättigten Masse überhaupt erst zu erzeugen. Auch deswegen werden Werbeindustrie und Marktforschung Hauptinteressenten dieser Innovation sein.

Fazit

Das Fazit zur indoor navigation im Allgemeinen und der iBeacons-Technologie im Speziellen ist also ein geteiltes: Auch wenn jede Technik neue, faszinierende Möglichkeiten mit sich bringt und potentiell in der Lage ist, das Leben vieler Menschen positiv zu verändern, muss der Einsatz auch für den Hersteller immer rentabel sein: Hier können wir uns darauf einstellen, auf die bekannten Gesichter der Global Player zu treffen. Und dann muss immer die größte Sorge sein, was die Bloggerin Sarah Perez auf techcrunch anspricht: Kann schwerfällige, analoge und vor allem nationale Gesetzgebung in der Lage sein, mit der Hochgeschwindigkeit von technischer Entwicklung mitzuhalten?



3 Smart Home

In den Medien findet das Thema Smart Home derzeit großen Widerhall. Es soll unkomplizierter in der Installation und erschwinglich für jedermann sein. Doch ist der Nutzen eines intelligenten Hauses tatsächlich so hoch? Das Phänomen Hausautomation ist schon seit Jahren ein Thema, doch war es bislang für die meisten Menschen zu kostspielig und aufwändig.

Zur Sache: Was passiert da eigentlich genau?

Ein Smart Home kann die Hausbeleuchtung anknietsen, sobald es anhand der

GPS-Position unseres Smartphones feststellt, dass wir nach Hause kommen oder die Wohnung beheizen, wenn wir uns ihr in einem festgelegten Radius nähern. Mit Sensoren ausgestattete Fenster könnten die Bewohner darauf aufmerksam machen, dass sie offen sind und es hereinregnet. Richtig intelligent und autonom wird das Haus dann, wenn die Heizung an warmen Tagen automatisch gedrosselt wird oder die Rollläden bei Sonnenschein zur Kühlung heruntergelassen werden. Dazu kann es Wetterdaten aus dem Internet beziehen oder direkt vor Ort Temperatur und Sonneneinstrahlung messen.

Dank neuer Technologien und sinkender Kosten wird der Fantasie der Bewohner eines Smart Homes bei der Ausgestaltung ihres Zuhauses kaum Grenzen gesetzt. Außer den klassischen Anwendungsbereichen Sicherheit und Energieeffizienz gibt es allerlei weitere intelligente Gegenstände für den Hausgebrauch.

Wozu das Ganze?

Bei allem Technik-Enthusiasmus stellt sich die Frage: Warum sollte jemand sein Zuhause überhaupt intelligenter machen? Bisher ging es doch auch ohne diesen Schnickschnack. Der Nutzen eines intelligenten Hauses ist an zwei Aspekten festzumachen: Einerseits ermöglicht es die Automatisierung von Prozessen nach dem Schema „Wenn dieses Ereignis eintritt, soll diese Aktion ausgelöst werden“. Dieses Prinzip ermöglicht es auf simple Weise, zwei Gegenstände miteinander zu verbinden: 15 Minuten bevor der Wecker klingelt, könnte die Kaffeemaschine schon den Morgenkaffee brühen. Andererseits ermöglicht die Verknüpfung mit dem Internet es uns, dass wir jederzeit auf dem Smartphone nachschauen können, ob wir die Herdplatte angelesen haben und ob zuhause alles in Ordnung ist.

Der Fernzugriff mittels Smartphone auf das eigene Haus ist die bedeutendste technische Entwicklung, die die großen Internetiesen auf den Plan gerufen hat. Sie sehen darin die Chance, noch mehr über ihre Nutzer zu erfahren. Mit dem Internet der Dinge beschränken sich ihre Beobachtungen nicht mehr allein auf das Verhalten im Internet, sondern es ermöglicht ihnen, unser Verhalten in der physischen Welt zu beobachten.

Ob das Ganze für beide Seiten nützlich ist, hängt in hohem Maße davon ab, welche

Ziele mit der Nutzung eines intelligenten Hauses erreicht werden sollen und wie das Vorhaben umgesetzt wird.

Risiken und Nebenwirkungen

Im Hinblick auf Privatsphäre, Diskriminierung, Datenschutz und das Risiko zum Fremdzugriff müssen Einwände gegen das Internet der Dinge erhoben werden. Sind die Einwände im Fall des Smart Homes gerechtfertigt?

Nehmen wir die enge Definition der Privatsphäre, nach der ich im Privaten die Freiheiten habe soll, zu agieren wie ich möchte, so ist diese derzeit in einem Smart Home nicht bedroht. Besitzer von Smart Homes entscheiden, welche Komponenten des Hauses intelligent werden sollen und können die Installation jederzeit wieder rückgängig machen.

Während viele Smart Home-Systeme noch nach manuell gesteuerten Regeln funktionieren, arbeitet die Firma AlphaEOS bereits an der nächsten Generation der Smart Homes, die unsere Vorlieben selbstständig erlernen, indem sie unser Verhalten beobachten. Welche Duschtemperatur mögen wir? Wann möchten wir das Licht im Wohnzimmer wie hell haben? Das alles kann dieses System sich merken und mithilfe von Algorithmen unser Zuhause regulieren. Wenngleich zu hoffen ist, dass im Notfall noch manuell in die Abläufe eingegriffen werden kann, so sieht das System dies zunächst nicht vor und nimmt uns damit ein Stück Entscheidungsfreiheit.

Wenn unser Smartphone oder Computer gehackt werden, ist der angerichtete Schaden zumeist virtueller Natur und kann nicht physisch gegen uns eingesetzt werden. Doch sollte es Unbefugten gelingen, die Kontrolle über unser Smart Home zu übernehmen, dann sind gruselige Szenarien kein Hirngespinnst mehr: von Musikterror bis Eingesperrtsein im eigenen Haus. Ein solch unerwünschter Fremdzugriff wäre nicht einfach zu stoppen, wenn jede Faser des Hauses vernetzt wäre.

Abseits dieser Sicherheitsbedenken gilt es vor allem eine grundlegendere Frage zu klären: Automatisierte Prozesse sind komfortabel, aber es kann auch ein besonderer Genuss sein, das Mokka-Kännchen morgens auf den Herd zu stellen und in den Minuten bis zum fertigen Kaffee langsam wach zu werden. Überlegen Sie

sich also vor einer Anschaffung, worauf Sie in einem Smart Home möglicherweise verzichten müssten.



4 Smart Cars

Nicht nur die Autoindustrie tüfelt eifrig an Smart Cars – schlaue Autos, die sich selbst fahren, Pannen diagnostizieren und nicht nur den Fahrer, sondern möglicherweise auch Staat, Versicherer und Industrie über Fahrverhalten, Standort und Zustand von Wagen und Fahrer auf dem Laufenden halten. Was ist in Planung und was kann die Einführung von Smart Cars für uns als Fahrer bedeuten?

Zur Sache: Was passiert da eigentlich genau?

Google ist mit seinem 2010 vorgestellten „Driverless Car Project“ nicht der einzige Konzern, der auf Hochtouren am fahrerlosen Auto arbeitet. Nach dem Einzug von Android- und iOS-Technologien ins Cockpit wird nun gleich das ganze Fahrzeug vernetzt, damit wir sicherer fahren – oder am Ende gar nicht mehr. Das Auto steuert sich dann selbst und sammelt dazu ständig Unmengen von Daten, um im Ernstfall Fahrzeuge auf Kollisionskurs automatisch auszubremsen und Zusammenstöße zu verhindern.

Überhaupt, die Sache mit den Unfällen. Zur rascheren Reaktion darauf besteht die EU ab 2015 auf Emergency Call – kurz: eCall. Das automatische Notrufsystem, das Verkehrsunfälle automatisch an die Notrufnummer 112 melden soll, wird Pflicht für alle Neufahrzeuge. Auf Sorgen um die Privatsphäre reagiert die Europäische Kommission mit dem Hinweis, eCall solle nur im Falle eines Unfalles aktiv werden, aber ansonsten keinerlei Daten sammeln oder weiterleiten.

Wem es nach der NSA-Affäre schwer fällt, Zusicherungen aus Regierungskreisen zu glauben, der wird sicher auch Schwierigkeiten mit den Angeboten kommerzieller Anbieter haben.

Eines dieser Angebote ist Mojio (sprich mo-dschi-o) eines kanadischen Entwicklers, das aus „dummen“ Autos „schlaue“

Autos machen soll. Mojio bietet ein eigenes Ökosystem von Apps an mit dem der Fahrer, so verspricht der Hersteller, immer und überall Zugriff auf die Daten aus seinem Auto hat und zugleich stets mit seinen Lieben verbunden ist.

Wozu das Ganze?

Naja, wer's mag. Die Resonanz innerhalb der Gesellschaft, zumindest auf sich selbst fahrende Autos, ist grundsätzlich positiv: Jeder dritte Deutsche kann sich vorstellen, in Zukunft ein solches Fahrzeug zu nutzen. Immerhin, zusätzlich zur schnelleren Reaktion auf einen Aufprall und zur Vermeidung von Unfällen, fährt beispielsweise Googles Driverless Car effizienter, sucht sich selbst einen Parkplatz und ermöglicht laut Google sogar Menschen das Autofahren, denen dies bisher verwehrt blieb, wie Menschen mit Behinderungen. Zudem macht es Pendlern das Leben leichter: Anstatt sich mit dem Berufsverkehr zu stressen, konzentriert man sich mal auf die auf dem Smartphone eingegangenen E-Mails.

Dass die Technik nicht zum Wohle der Menschheit entwickelt wurde, dürfte jedoch jedem klar sein. Der Vorteil des fahrerlosen Autos für Google ist offenkundig: „Wenn man die Autofahrer vom Lenkrad wegbekäme, würde sich ein Milliardenmarkt eröffnen“, mutmaßte kürzlich der FAZ-Redakteur Niklas Maak im Hinblick auf die gewonnene Zeit, die man stattdessen mit z. B. Googeln verbringen könnte.

Risiken und Nebenwirkungen

So richtig wohl fühlen sich die Deutschen mit dem Smart Car jedoch nicht. Was zunächst verheißungsvoll klingt, wirkt bei genauerem Blick auf die „geschwätzige“ Elektronik dann doch unheimlich.

Das Google-Auto hat, wie Niklas Maak kritisiert, kein Lenkrad. Vorbei ist es mit dem autonomen Autofahrer. Wie ein Zug bleibt das Driverless Car stets auf bekannten Straßen. Eigentlich könnte man sich also auch ein Taxi rufen oder sich eben in den Zug setzen – das wäre besser für die Umwelt, denn die Straßen sind ohnehin schon voll genug.

Den sonst so datensammelwütigen Spionen des FBI ist das Google-Auto übrigens auch nicht ganz geheuer. Man könne es zu einer selbstfahrenden Bombe umfunk-

tionieren oder hätte die Hände frei, um Schusswaffen abzufeuern, während sich das Fluchtauto nach einem Banküberfall selbst lenken könnte. Ganz so schweigen von der Möglichkeit, dass die computergesteuerten Autos schlicht von Cyberkriminellen gekapert werden könnten.

Oder der Haken an Mojio: Die Internet-Verbindung ist immer aktiviert. Auch wenn der Hersteller behauptet, alles würde verschlüsselt, ließen sich mit den gesammelten Daten leicht Persönlichkeits- und Verhaltensprofile erstellen. Profitieren würden davon zum Beispiel Versicherer. eCall steht in der Kritik, durch die Verwendung von GPS- und GSM-Modulen „möglicherweise die technische Grundlage für eine EU-weite Überwachungsinfrastruktur zu schaffen“.

Auch sind noch nicht alle rechtlichen Fragen geklärt: Wenn ein fahrerloses Auto einen Unfall baut – wer hat dann Schuld? Was, wenn ein Beschuldigter „nicht sagen möchte, wie schnell er gefahren ist, die Daten jedoch jederzeit ausgelesen werden können?“, fragt Heiko Haupt in der Zeit. Im Hinblick auf den Datenschutz stellt sich also die Frage: Wollen wir wirklich noch mehr persönliche Daten unserer Bequemlichkeit opfern? Viel zu häufig geben wir jetzt schon das Datensteuer im übertragenen Sinn aus der Hand. Da mag der Schritt dazu, dies auch im wahren Wort-sinn zu tun.



5 Smart Country

Der Großteil der deutschen Bevölkerung lebt außerhalb von Metropolen und Ballungsräumen.

Neben Smart-City Konzepten, gilt es digitale Strategien und Anwendungen zu entwickeln, die einen positiven Einfluss auf die Lebensqualität auf dem Land ausüben. Auch neue Wertschöpfungsketten müssen in dezentralen ländlichen Strukturen ermöglicht werden.

Zur Sache: Was passiert da eigentlich genau?

Bemerkenswert ist, dass neben dem Smart-City-Hype keine Ansätze bestehen, die auch die 70 Prozent der Deutschen, die

auf dem Land leben, miteinschließen.

Denn: Smarte Städte sind nur Leuchttürme in der sie umschließenden Region – der Blick auf das Umland fehlt. Und doch begegnet man dort oft dringenderen Problemen als in der Stadt: Arbeitslosigkeit, Abwanderung der hochqualifizierten jungen Menschen und das Bemühen um Infrastrukturerhaltung. Wie kann man das Smart-City-Konzept übertragen, um solche Herausforderungen zu lösen?

Im Bereich von Mobilität sind automatisiertes Fahren im Personen- und Güterverkehr oder das Angebot Uber beispielhaft. Im Gesundheits- und Pflegebereich unterstützen Apps und Webseiten wie Was hab ich, Goderma oder die Smartphone-nutzung für die Erfassung und Weiterleitung von Patientendaten an den mobilen Hausarzt die Behandlung, indem sie den Weg zum Arzt ersparen.

Für Regionalentwicklungsprojekte sind der brandenburgische Oderbruch Pavillon, das Projekt Ernte teilen oder etwa Mundraub, namhaft.

Die Nutzung regionaler und dezentraler Ressourcen ist im Komplex von Energie und Umwelt relevant: Hier ergeben sich neue Ideen und Unternehmen, die Erzeuger und Verbraucher von regionalem Ökostrom vernetzen.

Im Bildungsbereich wäre in Zeiten von „Braindrain“ und Fachkräftemangel Innovation in Form von Online-Lernumgebungen, digitaler Leseförderung und dezentralen Fortbildungen über mobile Endgeräte in einer sicheren Cloud wichtig. Komplettiert werden diese Ansätze durch kommunales E-Government, so das Projekt Rathaus 2.0, E-Partizipation, Open Government und Open Data.

Wozu das Ganze?

Angeichts der Bedeutung der digitalen Infrastruktur für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist es unverständlich, dass der Gestaltungsspielraum für die Netzpolitik vom Gesetzgeber nicht genutzt wird. Nach anfänglichem Enthusiasmus ist es unklar, wie die Bundesregierung den Herausforderungen der Digitalisierung künftig begegnen will. Allerdings darf der Breitbandausbau nicht mehr zur Diskussion stehen, da er Grundvoraussetzung für die digitale Aufwertung strukturschwacher Räume ist. Eine düstere Zukunftsprognose zeichnet der Journalist Tomasz Koniecz in einem Artikel über die Entvölkerung der deutschen

Peripherie. Er vergleicht die Situation einiger Landstriche mit der Pestepidemie des 14. Jahrhunderts, nach der sich die „aufgegebenen Siedlungen (...) in Wüstungen“ wandelten, „in denen die gesamte Bausubstanz und Infrastruktur verfiel und letztendlich von der Natur ‘zurückerobert’ wurde – bis nur noch Ruinen, alte Urkunden oder lokale Überlieferungen an diese inzwischen größtenteils vergessenen Ortschaften erinnern.“

Risiken und Nebenwirkungen

Risiken existieren keine, nur Chancen, die es zu nutzen gilt. Durch eine transparente, direkte und offene Kommunikationsstrategie in Richtung der Bürger in der Region muss das Potential der Möglichkeiten erörtert werden. Die Lösungen müssen benutzerfreundlich und praktikabel sein, dann werden die Nebenwirkungen nur in einem Mehr von Lebensqualität liegen.

Eine aktuelle Allensbach-Umfrage zeigt deutlich: Die Region bleibt nicht nur attraktiv, sie gewinnt sogar an Sehnsuchtspotential: Die Sehnsucht der Städter nach dem Land!

Im weiteren Prozess ist es essentiell, diese Resonanz zu nutzen, Akteure zu vernetzen und Bemühungen zu bündeln. Welche internetbasierten Innovationen können ländliche Lebensbereiche positiv beeinflussen? Weshalb sind nur wenige deutsche Regionen Mitglied der Smart Specialisation Plattform der EU? Wer bringt Insellösungen und partikuläre Pilotprojekte zusammen? Wer bringt (noch) exotische Themen wie Big Data in der Landwirtschaft, MOOCs in der Dorfschule, Telemedizin per LTE usw. auf die Agenda? Das sind die Kernfragen um die Entwicklung von „Smart Country“.

Fazit

Die Renaissance der Region als bewusste Abgrenzung zum „Siegesszug der Städte“ würde für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Lebensqualität der Menschen langfristige Vorteile bringen. Damit sich der Urbanisierungstrend umkehrt, muss die Debatte anwendbare Resultate hervorbringen – und das gilt nicht nur für Entscheider. ‚Smart Country‘ sollte ein gesellschaftspolitischer Beitrag zur Aufwertung strukturschwacher Regionen sein, deren Zukunft durch Landflucht und demographischen Wandel gefährdet ist.

Mit der Digitalen Agenda hat die Bundesregierung einen ersten Impuls gesetzt. Jetzt sind die Länder an der Reihe, Projekte um Digitalisierung zu initiieren und die Potentiale ihrer Regionen zu nutzen.



6 Smart City

Häuser, Mülltonnen, Elektroautos und Straßenlaternen, die selbst mitdenken – so könnte die Stadt der Zukunft aussehen, wenn man Visionären in der Debatte um Smart Cities glaubt. Dieser Teil der Reihe beleuchtet, wo Technologie bereits das urbane Leben regiert und fragt nach dem Lebenswert intelligenter Städten.

Großstädte dieser Welt wollen smarter werden und verstecken dafür Sensoren in Asphalt und Straßenlaternen. Zentralgedanke ist die Vernetzung und der Informationsaustausch im Namen von Effizienz und Klimaschutz. In einer intelligenten Stadt sollen mit technologischer Hilfe die Lebensqualität der Bewohner verbessert, Mobilität effizienter gestaltet und Ressourcen geschont werden. Die Bike- und Carsharing-Programme in Deutschland sind ein Anfang. Smart City will aber wesentlich mehr: ein ganzheitliches Konzept und die totale Vernetzung.

Zur Sache: Was passiert da eigentlich genau?

In Songdo in Südkorea, etwa 65 Kilometer entfernt von Seoul, entsteht ein „smarter“ Geschäftsbezirk. In Songdos Gebäuden und Infrastruktur sind Sensoren verbaut, die Temperatur, Energieverbrauch oder das Verkehrsaufkommen beobachten und regulieren können. Der Abfall wird durch ein ausgeklügeltes Röhrensystem aus den Gebäuden direkt in eine Sortiereinrichtung gesaugt, wo er zur Energiegewinnung aufbereitet wird. Die Wasserrohre sind klug genug, um die Toiletten der Stadt nicht mit Trinkwasser zu spülen. Smart Cards für die Bewohner dienen als Ausweis, Schlüssel und Zahlungsmittel zugleich. Songdo ist trotz alledem fast unbewohnt. Auch wenn der Wohnungsverkauf lang-

sam anläuft, werden nur ca. 20 Prozent der verfügbaren Geschäftsflächen genutzt. Ähnlich sieht es in der ehemaligen Vorzeigestadt Masdar City in Abu Dhabi aus, die ursprünglich für 40.000 Menschen geplant wurde. Können Technologiekonzerne wirklich Städte planen?

Solche Retortenstädte bleiben wahrscheinlich Extrembeispiele. Doch auch Europa will innovativ sein. In historisch gewachsenen Städten werden Smart City-Projekte zunächst auf begrenztem Raum getestet, wie in Confluence, dem alten Hafenviertel der südostfranzösischen Metropole Lyon. Dort produzieren energieneutrale Gebäude mit Solarpanelen Strom und liefern ihn nach Bedarf über ein Smart Grid. Elektroautos sind bereitgestellt. Über intelligente Zähler wird der Energie- und Wasserverbrauch im Stadtteil erfasst und analysiert. So kann auch jeder Bewohner seinen Ressourcenverbrauch selbst optimieren. Während das Prinzip der Smart City im Ausland bereits kräftig ausprobiert wird, sind deutsche Städte bisher zurückhaltend. Immerhin Köln und Hamburg haben erste Projekte zu dem Thema gestartet.

Wozu das Ganze?

Ein wenig mehr Innovationsgeist sollte unter Deutschen herrschen – seit 2008 leben mehr als 50 Prozent der Menschheit in urbanen Ballungszentren, in Europa sind es zwei Drittel der Bevölkerung. Bevölkerungswachstum und Urbanisierung erfordern verantwortungsvolles Ressourcenmanagement und die Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien in die Infrastruktur von Städten: Smart City-Technologien bergen einiges Potential, das städtische Leben ein wenig leichter zu machen.

Risiken und Nebenwirkungen

Kritiker des Konzepts wie Evgeny Morozov monieren, der Hype um schlaue Städte sei von internationalen Technologiekonzernen wie IBM, Cisco und Siemens geschaffen worden, um teure Produkte an innovationshungrige Stadtverwaltungen zu verkaufen. Drew Hemmendinger hingegen frohlockt, dass Big Data es in Echtzeit ermögliche, alles über unsere Umwelt herauszufinden. Das könne nicht nur innovative Apps und Dienstleistungen inspirieren, sondern auch neue Wege des Zusammenlebens hervorbringen.

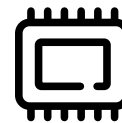
Die Bündelung riesiger Datenmengen birgt freilich auch das Potential totaler Überwachung. Energieverbrauchsdaten, Carsharing- und ÖPNV- Nutzerdaten und letztlich Smartcards könnten unsere Gewohnheiten komplett offenlegen.

Wofür die im Rahmen von Public Private Partnerships von Unternehmen gesammelten Daten genutzt werden, ist fraglich. Auch bleibt offen, ob ein Betreiberwechsel einfach möglich wäre, wenn die gesamte Smart City-Technologie einer Stadt von einer einzigen Firma stammt.

Viel grundsätzlicher ist die Frage, ob eine effizienzoptimierte smarte Stadt überhaupt wünschenswert ist. Sind Perfektion und allgegenwärtige Kontrolle nicht der Tod urbanen Lebensgefühls? An sich ist eine lebendige Stadt doch von Kreativität, persönlichen Freiheiten, Chaos und Unberechenbarkeit geprägt. Regiert nicht Passivität, wenn das städtische Leben von einer großen Kommandozentrale regiert wird?

Die Smart City-Debatte dreht sich vornehmlich um die neuesten, effizientesten und innovativsten Technologien. Der Mensch und die sozialen Komponenten urbanen Lebens bleiben oft außen vor.

Eine smarte Stadt ist eine Stadt, die Menschen eine hohe Lebensqualität bietet und dabei ökologisch verantwortungsvoll ist; moderne Wege für ein faires gesellschaftliches Zusammenleben im urbanen Raum müssen gefunden werden. Für die Entwicklung intelligenter Städte braucht es deshalb individuelle Konzepte mit Bürgerbeteiligung und keine Marketingbegriffe. Viele der smarten Retortenstädte sind nicht grundlos leer. Schlaue Städte sind gut, aber niemand mag Streber.



7 Industrie 4.0

Ein weiteres Buzz-Word, das scheinbar mit Innovation, Wirtschaft und dem Internet zu tun hat und von PolitikerInnen und ExpertInnen zielicher in die Mikrofone gestreut wird: „Industrie 4.0“. Der Anspruch hinter diesem Begriff aus der Hightech-Strategie der deutschen Bundesregierung ist durchaus ambitioniert: Er meint, dass die Vernet-

zung von Produktionsprozessen in der Wirtschaft nichts Geringeres auslösen soll, als die vierte industrielle Revolution.

Zur Sache: Was passiert da eigentlich genau?

Bei der Kampagne um die „Industrie 4.0“ geht es um einen Aspekt, den man aus der Verbraucherperspektive leicht vergisst: die Produktion und deren Automatisierung. Waren sollen mit so genannten Smart Tags ausgestattet werden, auf Nahfunk basierenden Minichips, die sowohl in der Lage sind, Informationen zu speichern, als auch, Informationen an ihre Umgebung zu senden. Durch die Vernetzung von mehreren solcher Smart Tags kann der ganze Lebenszyklus eines Produktes „intelligenter“ gemacht werden.

Ein Beispiel: Die im Auto verbauten Komponenten „wissen“ nicht nur, welcher Zulieferer sie an das Autowerk gebracht hat, sondern auch, wann, wo, von wem und unter welchen Bedingungen sie eingesetzt wurden und wie lange ihre Garantie noch gilt. Die Smart Tags können also Netzwerke bilden und ihre Daten miteinander abstimmen, vergleichen – und auch ganz ohne menschliches Zutun optimieren.

Wozu das Ganze?

Die Anwendungsmöglichkeiten von intelligenten Maschinen sind vielfältig. Beispielsweise im Einzelhandel: Luxusgüter wie Pralinen oder Champagner können sich bei der Kühlung im Lagerraum „beschweren“, wenn ihre Chips registrieren, dass es zu warm wird. In der Industrie können gleich ganze Arbeitsabläufe automatisiert werden. Wenn in der Großbäckerei XY die Milch knapp wird, dann bestellt sie sich einfach selbst nach.

Für EndverbraucherInnen lautet die Verheißung hingegen Transparenz: Smart Tags können Auskunft über Herstellung, Handhabung oder auch Gütesiegel von Produkten geben und das Produkt kann auf seinem Weg vom Hersteller zur KundIn jederzeit exakt geortet werden.

Von Seiten der Hersteller ergeben sich noch weitere Vorteile: Wenn nachfragegerecht produziert wird, können Kosten gesenkt werden. Auch der Kundenservice wird überschaubarer, wenn umfassende Informationen über jedes einzelne Produkt gespeichert sind und aus der Ferne abgerufen werden können.

Risiken und Nebenwirkungen

Mit dem Hinweis auf die Speicherung der Daten beginnt auch die Überlegung: Welche Daten werden erhoben und wem gehören sie? Wenn mein Techniker über jedes Haushaltsgerät sofort die Daten parat hat, kann er mir besser helfen. Aber was weiß er dann eigentlich über mich? Und gehören diese Daten dann mir oder dem Hersteller?

Ein zweiter Einwand betrifft die Frage nach der Arbeitsplatzverdrängung. Laut einer Studie aus dem britischen Oxford ist zu erwarten, dass das Internet der Dinge etwa die Hälfte aller heute existierenden Jobs auf der Welt überflüssig machen könnte. Ähnliche Zahlen werden für Deutschland errechnet. Die Arbeitsplatzverdrängung wird allerdings nicht alle Berufsgruppen gleich stark treffen. Gering Qualifizierte, etwa Lager- und Transportangestellte, werden von einer solchen Form der Rationalisierung stärker betroffen sein.

Doch eine Kluft ist nicht nur auf gesellschaftlicher, sondern auch auf wirtschaftlicher Ebene zu erwarten. Die Aufrüstung auf Industrie 4.0 ist mit enormen Kosten verbunden, die insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe kaum zu leisten sein wird. Diese Unternehmen geraten zusätzlich durch die gesunkenen Herstellungskosten der „Großen“ unter Preisdruck.

Hinzu kommt, dass eine echte Industrie 4.0 nur dann Realität werden kann, wenn es einen gemeinsamen Datenstandard gibt. Doch der ist noch nicht ausgemacht: Aktuell schließen sich große Technologiefirmen zu Konsortien zusammen, die miteinander konkurrieren. Sollten verschiedene Anbieter aber geschlossene Systeme entwickeln, werden neue Abhängigkeiten geschaffen.

Zu guter Letzt fallen einem natürlich Cyberterrorismus und -kriminalität ein: Auf einmal müssen sich Hersteller von bisher Terrorismus-unverdächtigen Gegenständen wie Seifenspendern und Mikrowellen die Frage gefallen lassen, wie die eigene Produktion eigentlich gegen externe Manipulation geschützt ist.

Fazit

Die genannten Bedenken sollten prinzipiell niemanden auf den Plan rufen, einen vermeintlichen Technikboykott zu fordern.

So etwas ist in einer globalisierten Wirtschaft weder machbar noch zielführend. Allerdings sollte die Politik in Deutschland nicht nur vermeintlich großzügig in der Forschungsförderung aktiv sein. Ebenso wichtig ist die politische Gestaltung und Regulierung, die damit einhergehen sollten. Wenn die vierte industrielle Revolution nicht nur ein Gewinn für einige wenige Profiteure sein soll, muss die Politik Antworten haben. Zum Beispiel auf die Frage, wer denn die vielen schönen Produkte Made in Germany eigentlich kaufen soll, wenn der demographische Wandel die Bevölkerung und die Digitalisierung deren Kaufkraft dezimieren.

Thema	Autor
Smart Wearables	Jakob Werlitz
Intelligentes Shopping	Lukas Böhm
Smart Home	Felix Idelberger
Smart Cars	Anne Korn
Smart Country	Gerald Swarat
Smart City	Julia Rieder
Industrie 4.0	Lukas Böhm

CC-BY-NC-SA-4.0 | Erstabdruck d Zusammenfassung | <http://politik-digital.de/internet-der-dinge-leben-in-der-smarten-welt/>



Ice Bucket Challenge: Ich wurde nominiert, aber ...

Martin Weigert ist verantwortlicher Redakteur für netzwertig.com – einem Blog zu Internet-Ökonomie – und wurde für die Ice Bucket Challenge nominiert. Obwohl er die Aktion für gut befindet, hat er kein Video online gestellt. Am 27. August 2014 erschien seine Reaktion auf die generierte Aufmerksamkeit für die Nervenkrankheit und die Möglichkeit, mithilfe von Mikrokrediten für andere gemeinnützige Projekte tätig zu sein.

Die virale, sich selbst organisierende Spendenkampagne Ice Bucket Challenge hat die positive Kraft des Internets unterstrichen und viel Geld für den Kampf gegen eine bislang wenig beachtete Krankheit erschlossen. Doch die Aktion hat ihre Aufgabe erst einmal erfüllt. Wohltätig kann man auch ohne Eiswasser und Nominierungen sein.

Moritz Stückler von t3n hat mich gestern bei Facebook für die Ice Bucket Challenge nominiert. Ich halte das Mem, das sich in den vergangenen Wochen rund um den Globus verbreitet hat, für eine hochinteressante, begrüßenswerte Sache. Zum einen ist es durch die virale Aktion gelungen, Aufmerksamkeit für die bislang wenig bekannte Nervenkrankheit Amyotrophe Lateralsklerose (ALS) zu schaffen und über 23 Millionen Dollar Spendengelder zu generieren. Zum anderen handelt es sich um ein bemerkenswertes Gesellschaftsexperiment, das aufzeigt, welche Kraft die globale Vernetzung mittlerweile erreicht hat. Dazu empfehle ich diese lesenswerte Analyse von Julius Enderst (auf Seite xy in diesem Magazin).

Trotzdem werde ich an der Ice Bucket Challenge nicht partizipieren und auch niemand nominieren. Denn ich bin der Ansicht, dass die Aktion ihre Aufgabe erfüllt hat und mittlerweile vielen Menschen im Netz auf die Nerven geht. Spätestens dann sollte man aufhören. Zumal die positiven Effekte auf die Spendeneinnahmen im Kampf gegen ALS meiner Überzeugung nach noch eine Weile anhalten werden. Denn Bürger sowie Presse sind nun sensibilisiert, worauf die Non-Profit-Organisation ALS Association in ihrer Öffentlichkeits- und Forschungsarbeit aufbauen kann.

Es ist meiner Meinung nach wichtig, dass Menschen in Bezug auf eventuelles gemeinnütziges Engagement beziehungsweise Spendenaktivitäten frei wählen und nicht nur dann Geld geben, wenn ein erhöhter Druck in ihrem Umfeld sie regelrecht dazu zwingt; für Aktionen und Problemfelder, die gerade „in Mode“ sind. Deshalb will ich die an dieser Stelle eventuell noch vorhandene Aufmerksamkeit einzelner Leserinnen und Leser auf meine bevorzugte Art des Engagements für gute Zwecke lenken: Microfinance, also die Bereitstellung kleiner Kredite über spezi-

fische Onlineplattformen für Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die damit Unternehmen aufbauen, Projekte verwirklichen und ihre eigene Lebenssituation sowie die ihres Umfelds verbessern. Das hat zwar nicht direkt etwas mit dem Kampf gegen Krankheiten wie ALS zu tun, doch die Schaffung von persönlichem ökonomischen Wohlstand kann durchaus als effektive Schutzmaßnahme gegen viele Arten gesundheitlicher Schäden betrachtet werden.

Ich nutze zwei Plattformen, um gelegentliche Mikrokredite zu vergeben: Kiva und Zidisha. Beides sind nicht-gewinnorientierte Organisationen mit Sitz in den USA. Kiva, gegründet 2005, darf als Pionier im Micro-Finance Segment gelten. Zidisha ging dagegen erst Anfang 2014 ins Netz, als bisher zweites Non-Profit, das unter der Obhut des renommierten Startup-Accelerators Y Combinator entstand.

Im Grunde ähneln sich beide Angebote sehr. Dennoch gibt es einen entscheidenden Unterschied: Kiva arbeitet in den Ländern, in denen Personen für ihre Vorhaben um Mikrokredite werben dürfen, mit lokalen Hilfsorganisationen zusammen, die sich um die Verifizierung der Nutzer, das Erstellen der Online-Profile, das Administrative und die Entgegennahme der Zahlungen kümmern. Bei Zidisha hingegen gibt es keinerlei Mittler. Kleinunternehmer inserieren auf der Plattform direkt ihre Projekte und Geschäftsideen. Der Finanzierungsprozess hat den Charakter einer Crowdfundingkampagne. Das Geld fließt anschließend direkt an die Geldnehmer, die dann sukzessive ihre Kredite in Raten zurückzahlen. Eine Nachrichtenfunktion erlaubt den direkten Austausch. Zidisha räumt Geldgebern auch die Möglichkeit ein, für ihre Mikrokredite Zinsen zu verlangen, bei Kiva gibt es diese Option nicht. Auch wenn der Ansatz von Kiva und Zidisha nicht auf Spenden sondern (zinnsfreien bzw. günstigen Darlehen) basiert, so dürfte der Großteil derjenigen, die einmal Geld eingezahlt haben, dieses nach erfolgter Rückfluss immer wieder neu als Mikrokredit vergeben. So zumindest praktiziere ich dies. Das Schöne an beiden Services ist, dass man in Ruhe im Katalog von Unternehmern und ihren Geschäftsideen stöbern und dann individuell entscheiden kann, welche Projekte man für unterstützenswürdig hält.

Wer also im Zuge der Ice Bucket Challenge das Bedürfnis wohlthätigen Handelns entwickelt hat, aber unsicher ist, wie dieses am besten umgesetzt werden soll, findet vielleicht in Kiva oder Zidisha eine attraktive Option.

Zidisha betreibt ein Empfehlungsprogramm, in dessen Rahmen der Werbende sowie der oder die Geworbene jeweils 25 Dollar Guthaben für die Vergabe weiterer Mikrokredite erhalten. Wer möchte, kann also meinen Empfehlungslink¹ verwenden (es gibt dabei für mich keinen finanziellen Nutzen – das Geld stammt aus dem Topf von Zidishas Großspendern und fließt im Falle der Rückzahlung auch dorthin zurück). Kiva bietet ebenfalls ein Empfehlungssystem und stellte in der Vergangenheit 25 Dollar für neue Nutzer bereit. Davon ist aktuell auf der Einladungsseite aber nichts mehr zu lesen. Dennoch ist hier der Vollständigkeit halber mein Link.²

Anm. d Red.: Bis zum 22. September 2014 sammelte die US-amerikanische Hilfsorganisation ALS Association Spenden in Höhe von 114 Millionen US-Dollar und 2,3 Millionen Youtube-Videos wurden in Bezug auf die Aktion hochgeladen.

CC-BY-NC-SA-4.0 | <http://netzwertig.com/2014/08/27/ice-bucket-challenge-ich-wurde-nominiert-uber/>

¹ <https://www.zidisha.org/i/martinw>

² <http://bit.ly/1C58EPL>

#icebucketchallenge: Soziales Großexperiment in Sachen Selbstdarstellung

Julius Endert analysierte, was viele Menschen im Sommer 2014 dazu motiviert hat, sich einen Eimer Wasser über den Kopf zu schütten. Er sagt, dass die viralen Videos der Ice Bucket Challenge nicht nur dabei helfen, auf die Nervenkrankheit ALS aufmerksam zu machen, sondern auch der jeweiligen Selbstdarstellung dem Networking dienen. Julius Endert ist Journalist, Autor und Gründer der Journalismus-Agentur Netz Lloyd. Sein Text erschien am 26. August 2014 auf Carta.info.

Die Ice Bucket Challenge ist quasi ein unverlangt angelegtes Großexperiment zur Psychologie des Menschen unter besonderer Berücksichtigung von Netzwerkmechaniken. Sie liefert so viele Erkenntnisse über das Verhalten der teilnehmenden Probanden und die Funktionsweise von Netzen, dass man gar nicht weiß, wo man mit der Auswertung anfangen sollte.

Anlass zur vermeintlich uneigen-nützigen Selbstdarstellung

Vielleicht ist es so: Der vernetzte Mensch pflegt die fortwährende Selbstdarstellung in den Netzen (der Autor nimmt sich da nicht aus, nicht zuletzt durch diesen Eintrag) und fühlt sich doch nie so ganz wohl dabei. Darf man, soll man seine vernetzten Mitmenschen dauernd mit persönlichem Scheiß belästigen? Andererseits: Man muss es ja – wie sonst würde man noch als relevant wahrgenommen?

Und dann kommen da diese ALS-Leute daher, bieten ein emotionales Thema und diesen nicht mehr kritisierbaren Anlass zu einer ebensolchen Präsentation im Netz – und nicht nur das: Durch den geschickt eingebauten Schneeball-Effekt der Nominierung – ein Teilnehmer nominert drei neue – gibt es gleich doppelte Absolution für das eigene Posen und Posten. Man ist regelrecht gezwun-

gen, bei dem Eiswassertreiben mitzutun (dicke Gänsefüßchen bei gezwungen). Weil: Man tut es ja nicht für sich selbst, sondern für die gute Sache eines Dritten. Und selbst die, die sonst im Netz nicht ständig posten, bloggen, twittern, haben endlich einen Grund, hier (erstmalig) aufzuspringen. Das ist einfach perfekt – vielleicht zu perfekt. Dazu unten mehr. Doch ein Eimer mit Eiswasser ist nicht ein Eimer voller Eiswasser. Die Prozedur bietet eine fast nicht für möglich zu haltende Variationsbreite an Differenzierungs- und eben Selbstdarstellungsmöglichkeiten. Das eigene Profil kann in Richtung Gutmensch geschärft werden. Gleichzeitig bilden sich durch das Kübeln mit Eis vorhandene Netzwerkstrukturen der Teilnehmer ab, was vielleicht die interessanteste Beobachtung sein dürfte.

Mein linker Platz ist leer, da wünsche ich mir den/die XY her

Da sind beispielsweise die Eiswassergießer, die Englisch sprechen, wie Herr Steingart, Chef der Verlagsgruppe Handelsblatt. Er richtet sich, seiner Funktion und Natur gemäß, an ein größeres Publikum. Als Ausweis des persönlichen Status und der eigenen Gruppenzugehörigkeit dienen die Personen, die man sich zu nominieren traut – wie Frau Meckel, bald Chefredak-

teurin der Wirtschaftswoche, die dann standesgemäß mit Frau von der Leyen eine Ministerin nominiert – wichtige Frau nominiert sehr wichtige Frau.

Eine (kleine) Stichprobe ergibt: Die Netzwerkkreise bleiben geschlossen, Ausbrechen aus den eigenen Kreisen nach unten oder oben kommt nicht vor. Allenfalls gibt es leichte Abweichungen, wie im Fall Chefredakteurin/Ministerin. Es ist ein wenig wie früher im Kindergarten: Mein linker Platz ist leer, da wünsche ich mir den/die XY her. Das war schon für die Kindergärtnerin (oder den Gärtner) sehr aufschlussreich.

Und wer nicht herbeigewünscht oder nominert wurde, der schaute eben traurig aus der Wäsche – so wie die Kollegen von handelsblatt.com, die sich folgerichtig selbst nominieren, damit sie auch ein wenig vom viralen Hype abbekommen, Netzverständnis bekunden können und sich vor allen – nämlich auf ihrer Webseite – in eine Reihe mit Bill Gates, Kai Dieckmann und George W. Bush stellen können (war das nicht der, dem wir jetzt die Lage im Irak zu verdanken haben?).

So lässt sich aus den Nominierungen und Handlungen vor der Kamera ein sehr präzises Bild der bestehenden Netzwerke nachzeichnen, und zugleich ein Bild der handelnden Personen. Viele von ihnen



werden erstmalig vor der Kamera gestanden haben. Man sieht es ihnen an.

Verschwundene Eiswürfel

Aber die Chance, dies zu tun, da ohne vordergründiges Eigeninteresse, ist einfach zu verlockend. Wenn man dann wie Herr Müller von Blumencron theatralisch noch ein paar eiskalte Eiswürfel in seinem Eimer packt („This has to be really cold!“) – die man aber im geschnittenen Video selbst in der Zeitlupe nicht mehr erkennen kann –, wird das Ganze vollends als Schauspiel entlarvt. Natürlich darf man ihn nicht kritisieren (und vielleicht tue ich ihm Unrecht), weil er im Video davon spricht, dass seine Mutter vor 20 Jahren an der Krankheit gestorben sei.

Was uns das lehrt? Sicher, dass Wohltätigkeit dann am besten funktioniert, wenn sich beide Seiten davon einen Gewinn versprechen. Schon mit Plaketten beschriftete Parkbänke zeugen davon, dass man als Spender auch gesehen und erkannt werden möchte.

Doch viel mehr lernt man über den Wert von Persönlichkeit im Netz und die Attribute, die wir dieser durch eine derartige Aktion hinzufügen können – und was wir bereit sind, dafür zu tun.

Aufschaukelungseffekte

Mehr noch lernt man über das Funktionieren von Netzwerken und Verstärkungseffekte. Denn die Verbreitung hängt nicht nur mit dem guten Zweck und dem System der Nominierungen zusammen, sondern auch mit dem Umstand, dass viele der Nominierten selbst dicke Netzwerkknoten sind. Sie konnten den Schneeball wir-

kungsvoll weiterrollen, bis schließlich die Medien wegen der Relevanz dieser Persönlichkeiten an der Relevanz des Themas nicht mehr vorbei kamen.

Schlussendlich wurden so auch hochrangige Unternehmer und Politiker legitimiert, eine Handlung vor einer Kamera und der Netzöffentlichkeit zu vollziehen, die sie sicher noch kurz vorher unter Androhung von Strafe von sich gewiesen hätten. Wie mittlerweile die ganze Welt erfasst wurde, zeigt diese Grafik sehr eindrucksvoll.

Shareability

Zugleich erfüllen die Videos ganz im Sinn von YouTube das Merkmal der sogenannten Shareability: Sie sind kurz, bisweilen lustig, zeigen eine ungewöhnliche Handlung, appellieren zugleich an unsere Gefühle und sind mit einem call to action verbunden. Das reicht aus, um bei vielen Nutzern den Reflex des Teilens und Empfehlens auszulösen. Die so genannte Challenge ist so in sehr kurzer Zeit zum Meme geworden, ist mutiert, hat sich verselbständigt und eine eigene Richtung genommen, die nur noch begrenzt mit der Ursprungsidee zu tun hat.

Vielleicht ist #icebucketchallenge bezogen auf das Thema ALS auch längst ins Gegenteil gekippt – und irgendwie aus dem Ruder gelaufen, weil es zu gut auf die Netzwerkmechanismen aufsetzt (und das, was laut Peter Kruse in den Netzen resonanzfähig ist). Jedenfalls ist der Netzwerkeffekt erstmalig in der Elite der Gesellschaft angekommen und damit ein Beleg, dass nun auch diese Schichten „mit drin hängen“, bzw. sich nicht mehr entziehen wollen oder können, wenn im Netz ein Meme die Runde macht. Es ist nach meiner Kenntnis nach Kony 2012 erst der zweite Fall einer derartigen Aufschaukelung.

Hoffentlich bleibt es bei den guten Zwecken, hier gibt es ein wahrlich unerschöpfliches Betätigungsfeld: Man stelle sich vor, diese Art der Solidarität würde für Frieden in Gaza oder in der Ukraine genutzt. Auf sozialpsychologische Studien bin ich gespannt.

CC-BY-NC-SA-4-0 | <http://www.carta.info/74091/icebucketchallenge-soziales-gross-experiment-in-sachen-selbstdarstellung/>

Medien: Plädoyer gegen die Propaganda-Universen

Publixphere.net ist eine Online-Beteiligungsplattform für politische Inhalte. Alle Politik-Interessierten können sich hier – auch anonym – anmelden, eigene Diskussionen starten, Gedanken mit anderen teilen und wiederum kommentieren. Am 12. August 2014 veröffentlichte **Community-Mitglied Emil** eine Diskussion zum Thema Medien und Propaganda, die den Anstoß zum Thema des Monats September – #pxp_thema – lieferte: „Medienkritik“. Der folgende Text ist eine Auswahl der Online-Diskussion. Die vollständige Diskussion und alle Kommentare sind unter folgendem Link zu finden und es kann; es kann weiterhin kommentiert werden: <https://publixphere.net/d/728>

Vielleicht geht es anderen auch so: die Welt ist verstörend wie nie. An manchen Tagen reicht schon einmal Runterscrollen auf der Startseite von Spiegel Online, um sich explosionsartig zu überfordern: Kriege in der Ost-Ukraine, in Gaza, in Syrien, im Irak, Ebola in Afrika, Diktatur-Vorstufe in der Türkei, Malaysia Airlines MH 370, Malaysia Airlines MH 17 ... Plus der übliche Horror: Klimawandel, Euro-Brachland, NSA-Überwachung, Renten-Kollaps ...

Das ist natürlich Unsinn. Die Welt war selten (nie?) ein besonders friedlicher, angstfreier Ort. Die „gute alte Zeit“ sucht man auch auf „ZDF-History“ vergebens, wo sich Reportagen über die NS-Diktatur, den kalten Krieg und das Vietnam-Inferno abwechseln.

Was aber in meiner Welt-Wahrnehmung 2014 zusehends anders ist als „früher“, ist Folgendes:

Die Verunsicherung über Fakten: wer kann noch sicher sagen, ob die Krim-Bewohner den Beitritt zu Russland (nicht) wollten? Wer weiß noch, wie viel dran ist am anti-

russischen Rechtsradikalismus in der Ukraine, wenn wir einmal die Übertreibungen russischer Medien in dieser Frage abziehen? Wer weiß noch, wie verantwortungsvoll Israels Armee in Gaza agiert, wenn er diese zwei Schlagzeilen gleichzeitig lesen kann: „Israel bedauert jedes einzelne zivile Opfer“¹ UND „Gaza-Veteranen schockieren mit Aussagen über wahllose Morde“². Die Verunsicherung über neue Quellen: auf Facebook verlinkt finde ich inzwischen auch – teils antisemitisch – angehauchte Verschwörungstheorien zu Familie Rothschild (siehe „Epochimes“³) und zu den Bilderbergern (siehe „Deutsche Wirtschafts Nachrichten“)⁴. Auch „Compact“⁵ und „Kopp Verlag“⁶ wollen mir mit „Mut zur Wahrheit“ die „Augen öffnen“. Die – teils wirklich perfide – Mei-

nungsmache und Hetze dieser neuen Medien könnte mir egal sein, wären sie nicht a) so kalkuliert erfolgreich (Klickzahlen, Likes etc.) und b) auch in meiner Welt so omnipräsent, weil der verfassungsrechtlich und moralisch gnadenlos unbedarfte, rein ökonomisch tickende Facebook-Algorithmus mir damit meine Timeline vollknallt. Die Verunsicherung über traditionelle Quellen: Ausgerechnet, wenn es mal richtig drauf ankommt, erlauben sich „Qualitäts-Medien“ zahlreiche Ausfälle, fachen die um sich greifende Vorstellung von der großen medialen Verschwörung an.

Ich weiß noch, wie ich zusammenzuckte, als die Tagesschau-Stimme Menschen in Donk plötzlich wie selbstverständlich „pro-russischer Mob“ nannte. Ich war erleichtert, als die ehemalige ARD-Journalistin Gabriele Krone-Schmalz diese Art der Berichterstattung deutlich verurteilte⁷. Ich war neuerlich verunsichert, als ich von Vorwürfen⁸ gegen Gabriele Krone-Schmalz lesen musste – wie verhandelt ist sie mit russischen Unternehmen?

7 Video mit Gabriele Krone Schmalz zu Medienkritik: bit.ly/1nzKXK3

8 Link zu fokus.de bit.ly/1ogm1oi

1 israel-nachrichten.org/archive/11096

2 Link zu Artikel auf SPIEGEL ONLINE bit.ly/1rCi9kC

3 Link zu epochimes.de: bit.ly/UllrYk

4 Link zu deutsche-wirtschafts-nachrichten.de bit.ly/1kikVt7

5 compact-online.de

6 Link zu <http://info.kopp-verlag.de/> bit.ly/1mJAjCt

Ich war irritiert, als ich von erklärungsbedürftigen Verbindungen⁹ zwischen Journalisten der Zeit, der Süddeutschen und der FAZ mit irgendwelchen transatlantischen Lobby-Clubs las, in denen sogar Bundespräsident Joachim Gauck verheddert scheint. Ich bin irritiert, wenn mir Spiegel Online die politische Interpretation eines Vorgangs gleich in der Schlagzeile eines Berichts¹⁰(!) mitliefern muss: „Putin verhängt Importstopp - und schadet Russlands Bürgern“.

Was also tun?

Was ich sagen will: meine aktuelle Überforderung als politisch denkender Bürger ist nicht nur dem aktuellen Weltgeschehen geschuldet, sondern großteils der medialen Weltvermittlung, die vielerorts immer schriller, unseriöser, einseitiger, unverlässlicher, intransparenter, ungenauer und immuner gegen Tatsachen wird.

Was ich von „den Medien“ gerne hätte, gab es alles schon einmal:

- nach allen Seiten schonungslose Recherche, die beispielsweise WEDER den
- Radikalismus der Hamas ausblendet, noch den mancher israelischer Politiker
- die gute alte Richtigstellung, wenn Tatsachen falsch berichtet wurden
- eine klare Trennung zwischen Nachrichten und Kommentaren
- die klare Kenntlichmachung von möglichen Interessenkonflikten, die bei Verlagen, Medienhäusern und Journalisten bestehen - in guten Blogs hat sich hier der Disclaimer bewährt

Was ich nicht will: in ein in sich geschlossenes Propaganda-Universum abgleiten, sei es nun a la „Fox News“, „Russia Today“ oder „Kopp-Verlag“. Aber wie wehren wir uns gegen diese Parallelwelten, mit deren Bewohnern kaum noch vernünftig zu reden geschweige denn vernünftige (Friedens-)Politik zu machen ist?

Auf diese Stellungnahme kommentierten die PubliXphere-Nutzer Klaus, Emil und Mia. Diese Reaktionen sind nur eine Auswahl; alle Kommentare können auf publiXphere.net nachgelesen werden.

Klaus: Hallo Emil, kurz zu einem Aspekt Deines Beitrags - Fluch und Segen von Facebook. Für viele ist Facebook der neue Gatekeeper unserer Weltwahrnehmung.

9 Link zu cicero.de bit.ly/1uVpHBq

10 Link zu spiegel.de bit.ly/1upvZaJ

Das birgt viele Gefahren, weil wir den Mechanismus dahinter nicht verstehen. Entschließt sich Facebook, uns einen Ausschnitt der Wirklichkeit nicht mehr oder verstärkt anzuzeigen, kann das Unternehmen nicht nur gefühlstechnisch¹¹, sondern auch politisch viel bewirken. Dasselbe gilt natürlich für Google. Deshalb ist es so wichtig, sich selbst aktiv auf die Suche nach Quellen zu begeben, selber aus dem Facebook/Google-Universum auszuziehen.

Zugleich macht Facebook aber auch Konkurrenten der Mainstream-Medien groß. Ich meine damit nicht nur die von Dir zitierten Verschwörungsseiten/Klickmaschinen, sondern auch jemanden wie Jürgen Todenhöfer. Todenhöfers Facebook-Seite¹² hat ca. 210.000 Likes, fast so viele wie (die ganze Zeitung!) „Die Welt“ (220.000). Todenhöfer liefert quasi im Alleingang einen anderen Blick auf den Mittleren Osten und die arabische Welt. Man kann von dem Mann halten was man will, aber er tut viele Dinge, die in den Mainstream-Medien oft schmerzlich vermisst werden: In die Geschichte blicken, mit Menschen vor Ort reden (Taliban, Al-Qaida, Hamas), offizielle Einschätzungen und regierungsnah Argumente (Propaganda?) hinterfragen. Ich würde die neue Medienwelt also auch als Chance für eine tiefere Auseinandersetzung mit den Dingen sehen.

Emil: Ich habe mich auch gefragt, ob ich Teil irgendeiner Studie auf Facebook bin. Forscher wollen vielleicht wissen, wann ich endlich beginne, an CHEMTRAILS zu glauben. Jedenfalls verfolgen mich diese CHEMTRAILS-Postings. Und nein, ich glaube nicht daran. Aber frag mich mich in 2 Jahren nochmal, vielleicht bekomme ich derzeit einfach zu viel Chemie ab, um da kritisch nachzudenken. Jetzt mach ich erstmal die Facebook-Gruppe „German Facebook Experiments Watchers“ auf :) Und zu Todenhöfer. Er ist auch einseitig. Auf seine Weise. Und ich möchte nicht dass Privatpersonen den Journalismus ersetzen, weil Redaktionen Recherche nicht hinbekommen.

Mia: Medien in der Vertrauenskrise – das ist besonders bezogen auf die Situation in der Ukraine sehr aktuell. Beispiel: Vor kurzem wurde über 23 gepanzerte russische Fahrzeuge in der Ukraine berichtet, belegt

11 Link zu chip.de bit.ly/1uhPqWd

12 facebook.com/JuergenTodenhoefer

durch 5 Fotos. Wo stand zu lesen, dass 3 der Fotos in Russland aufgenommen, die anderen nicht zu lokalisieren waren? Warum kann falsche Berichterstattung nicht genauso thematisiert werden?

Emil: Was ich mich auch noch frage ist, wie es eigentlich zu dieser Gleichzeitigkeit kommen konnte zwischen Informationsexplosion im Digital-Zeitalter einerseits und diesen riesigen Verlust an Gewissheit über die Realität andererseits.

Es kann doch nicht so schwer sein, im Jahr 2014, im „Informationszeitalter“, letztgültig die Frage entscheiden zu können, ob russische Soldaten in der Ukraine kämpfen oder nicht.

Aber bis heute (4. September) konkurrieren hier zwei Versionen:

Süddeutsche Zeitung: Ex-Geheimdienstler bezweifeln russische Invasion¹³

Heute dürfen wir aber auch das Gegenteil lesen, nämlich wie Russlands Regierung die Invasion und den Tod russischer Soldaten in der Ukraine totschweigt:

Neue Zürcher Zeitung: „Russlands totgeschwiegener Krieg - Nur zehn Soldaten haben überlebt.“¹⁴ Wohl gemerkt, es geht um einen physikalischen Vorgang. Soldat setzt Fuss auf ein Stück Boden - ja oder nein? Also am Besten jeder sucht sich die Wahrheit selber aus. „Tatsache!“ war gestern.

CC-BY-SA-4.0 | https://publixphere.net/i/publixphere-de/proposal/728-Medien_Pf%C3%A4doyer_gegen_die_PropagandaUniv

13 Link zu sueddeutsche.de bit.ly/1Cb081H

14 Link zur nzz.ch bit.ly/1v5fxNR

Medienkritik: Die Gefahr von sozialen Netzwerken für den Journalismus

Medien begeben sich in eine gefährliche Abhängigkeit zu sozialen Netzwerken – Journalismus ist so bald unnütz. Tobias Schwarz hat die Diskussion auf Publixphere (S. 43) beobachtet. Er hat darüber nachgedacht, was es bedeutet, wenn Google, Facebook oder Twitter immer mehr den Journalismus als Gatekeeper ersetzen. Seine Reaktion erschien auf Carta.info und publixphere.net. **Tobias Schwarz** ist Projektleiter von netzpiloten.de und kümmert sich beim Internet & Gesellschaft Collaboratory um die Öffentlichkeitsarbeit.

Auf Einladung des Debattenblogs Publixphere habe ich anlässlich des im Monat September behandelten Themas Medienkritik über die Rolle von sozialen Netzwerken im Journalismus nachgedacht und wie diese immer mehr zu den eigentlichen Gatekeepern werden, die bestimmen, welche Nachrichten wir sehen und welche nicht.

Ehow – die doppelte Lektion in puncto Viralität

Vor drei Jahren ging das kalifornische Medienunternehmen Demand Media an die Börse und wurde von den Investoren für ein Unternehmen, das noch nie Gewinn gemacht hat, extrem gut bewertet. Dies lag vor allem an der zu Demand Media gehörenden Content Farm eHow die per Algorithmus berechnen ließ, über welche Themen ihre AutorInnen schreiben sollten. In diesen viralen Beiträgen wurde geschickt Werbung platziert, worum es eigentlich auch nur ging. Dieser als „Journalismus von der Resterampe“ kritisierte Content war werbefreundlich, erzielte enorme Reichweiten und dadurch auch Werbeeinnahmen. Bis Google mit dem Panda-Update dem allen ein Ende setzte.

Google oder Facebook? Hauptsache Abhängigkeit!

Spätestens jetzt verstanden die Medien, welche Macht die meistgenutzte Suchmaschine der Welt haben kann. Was Google anzeigt, wird gelesen. Schon die zweite Seite der Ergebnisliste zählt nicht mehr im Kampf um die Aufmerksamkeit der LeserInnen. Die Verantwortlichen suchten nach einem Ausweg aus dieser

Abhängigkeit und glaubten sie in den nicht von Google kontrollierten sozialen Netzwerken gefunden zu haben.

Der Journalist Frank Rose fasst den Erkenntnisgewinn der US-Medien in der in der August-Ausgabe der US-amerikanischen Wired zusammen: „Media investors and entrepreneurs began to realize they'd need distribution that Google didn't control – like social media, which doesn't rely so heavily on search results. But this strategy means those stories and videos have to appeal to humans, not algorithms, and for that they need to be satisfying.“

Doch damit begaben sie sich nur in die nächste Abhängigkeit, die diesmal sogar für die LeserInnen gefährlich ist, denn besonders beim Konsum von Nachrichten wird manipuliert, was in den Streams und Timewalls angezeigt wird.

Früher: If it bleeds, it leads!

Schon jetzt zeigt Facebook in der Chronik den Nutzern nur ausgewählte Inhalte, vor allem welche von beliebten Medien und was unseren Freunden gefällt. Doch sogar meine Freunde teilen nur Artikel, die ihnen gefallen. Das sind nicht immer die Relevantesten, weshalb Artikel nicht nach ihrem Nachrichtenwert produziert werden, sondern nach ihrer Stimmung. Erst am Montag startete die von Amazon-Gründer Jeff Bezos gekaufte Washington Post einen neuen Newsletter für ihre Abonnenten: The Optimist. Der Name verrät schon, welche Stimmung all diese Artikel haben, die sich um die Themen Zufriedenheit, Kreativität und die Welt verbessernde Menschen drehen.

In keinen dieser Themenbereiche würde aber ein Artikel über Angela Merkel passen, Kritik an dem Einfluss von Interessensverbänden auf die Politik, Kriegsberichterstattung oder eine kritische Bewertung der Asylpolitik. Ein auf Likes und Favs fokussierter Journalismus verliert alles, was ihn ausmacht. Und besonders demokratische Gesellschaften verlieren einen Debatten kreierenden Akteur, der systemrelevant ist.

Heute: Unglaublich! Hier klicken! Dort zahlen! Lesebefehl!

Mit Gesetzen wird man diese internationalen Netzwerke nicht zu unserem gesellschaftlichen Nutzen zwingen können. Jede Art von Governance, die auf Angst und Machtlosigkeit aufbaut, kann nur zu schlechten Gesetzen führen. In diesem Fall liegt es an den Medien, sich selber aus der Abhängigkeit zu befreien, in dem sie durch Relevanz eine unvergessliche Marke werden. LeserInnen werden sich nicht darüber beschweren, wenn das Medium ihrer Wahl durch Qualitätsjournalismus auffällt und diesem Begriff vielleicht zum ersten Mal mit Leben füllt.

Anstatt die LeserInnen in sozialen Netzwerken um Aufmerksamkeit anzubetteln, sollten LeserInnen ein Medium regelmäßig aus freien Stücken besuchen, um sich die Welt erklären lassen zu wollen. Dieses Vertrauen müssen sich die Medien aber erst einmal verdienen, in dem sie für ihre mündigen LeserInnen schreiben und nicht für Klickvieh auf Facebook & Co.

CC-BY-NC-SA-4.0 | https://publixphere.net/i/publixphere-de/proposal/870-Die_Gefahr_von_sozialen_Netzwerken_f%C3%BCr_d



AnnieAnniePancake | flic.kr/p/e4aXD | CC BY 2.0
 creativcommons.org/licenses/by/2.0/

Du hast im März Geburtstag. Du bist jetzt fertig mit dem Deine Freunde sind schwul. Gedanken einer Social Media Stalkerin.

Soziale Netzwerke haben unsere Alltagskommunikation verändert. Wir sind vernetzt mit Menschen, die wir nicht zu unserem Familien- und Freundekreis zählen und an deren Leben wir trotzdem teilhaben können. Noch fehlen uns die Worte, diese spezielle Art von Beziehung zu beschreiben. Es bedarf nur weniger Klicks, um in die Privatsphäre der Kommilitonin einzudringen. Den Freund der Freundin auf Facebook zu suchen, die Besitzerin der neuen Boutique um die Ecke oder die Mitbewohnerin von Luise. Obwohl einem durchaus bewusst ist, dass das hochstilisierte Leben nur einen Bruchteil des tatsächlichen Lebens abbildet, kommt man schwer darum herum, Urteile zu fällen. Was passiert, wenn man ein Profil über Jahre hinweg verfolgt, ohne jemals mit der Person gesprochen zu haben? **Dekadedrei.de** wird von drei Frauen bespielt, die sich entlang zeitgenössischer politischer Theorie, Philosophie, Netzdebatten und Gesellschaftskritik äußern.

Manchmal habe ich das Bedürfnis dir etwas zu entgegnen. Dass deine neue Brille futuristisch aussieht, zum Beispiel. Dass ich gerne dabei gewesen wäre, bei deinem Urlaub im argentinischen Hinterland. Oder dass ich gerne wüsste, wo du gerade bist. Drei Tage keine Updates, nicht typisch für dich. Dieses Zimmer im Hintergrund, es kommt mir nicht bekannt vor. Wo sind die Poster? Ich versuche herauszufinden, wer die Person auf dem Foto hinter dir ist. riariell, itpeace, ontheinsideoflove und 34 anderen gefällt das. Mittlerweile bist du vermutlich umgezogen, das

Du weißt nicht, dass ich dir folge. Du weißt nicht, wer ich bin. Wie ich heiße, wie oft ich auf dein Profil schaue. Aus Langeweile, aus Neugierde, aus Sensationsgier, aus Zeitvertreib. Du bringst die nassen Hosen in das von mir vor dem Bildschirm verbrachte Leben. Du postest nachts um drei verschwommene Bilder eines Kirchturms. Ich kenne dich nicht. Du fährst in die Berge. Ich weiß nicht, ob du einsam bist. Ich weiß nicht, ob du jemanden vermisst, ob du gerne die bist, die du zu sein scheinst, ob du an dir zweifelst. Ich habe dich nie kochen gesehen, außer in diesem einen Video auf vine. Da öffnest du eine Dose Oliven. Ich mag Oliven. Was isst du eigentlich am liebsten? Wie es wohl aussieht, wenn du schläfst? Schminkst du dich ab, mit diesen Nivea-tüchern? Welche Schuhgröße hast du? Du magst Sneakers.

Es hat ganz unschuldig angefangen mit uns. Manchmal habe ich Angst, dir auf der Straße zu begegnen. Ich habe dein Foto gesehen, auf dein Profil geklickt. Stell dir vor, ich starre dich an, mit offenem Mund, ich spreche dich an. Erkenne dich. Ich bin wieder gekommen. Immer wieder. Gehe auf dich zu, sage hallo Iksypsilon. Sage hallo du, ich habe deine Fotos gesehen. Ich habe sie alle gesehen, schon seit 2012. Die, wo du an Maximilian lehnst. Da wo du mit der U3 fährst und deine Freundin dabei ist. Du weißt schon, Martha. Sie illustriert für Vice. Auch die in Berlin habe ich gesehen, sitzend und liegend. Schwimmend, trinkend, arbeitend. Ich habe gesehen, wo du dich beworben hast, ich weiß, wo du angenommen wurdest. Ich weiß, worüber du deine Arbeiten schreibst, was du gelesen hast. Du hältst dich für besonders cool. Ein richtiger Hipster, oder? Oder, du mit deinem Sandqvist Rucksack. Wer deine Freunde sind, ich kenne alle ihre Namen. _reeva1, mxm1n_ale, lolasbitches, teramata. Du möchtest weg von hier. Dabei weiß ich gar nicht, warum. Hätten wir ein gutes Gespräch? Würdest du mich mögen? Bist du vielleicht meine heimliche Seelenverwandte?

Manchmal wünsche ich mir, du würdest mich kennen. Zumindest ein bisschen. Dass du auch auf mein Profil klickst und es durchstöberst. Ausgeglicheene Verhältnisse. Dass du eine Meinung über mich entwickelst, dass dich der blanke Neid trifft, bei meinen gestählten Zähnen. Dass du siehst, dass ich ein schönes Leben führe. Ein besseres gar, wie du. Dass du versuchst, etwas aus meinen kryptischen Formulierungen herauszulesen. Ganz schön anstrengend nach einiger Zeit, nicht wahr? Du kennst Leute, die ich kenne, die mich kennen. Ich frage Leute nicht. Was sollte ich Leute auch fragen? Leute, du bist doch mit Iksypsilon befreundet. Ich sehe mir ihre Fotos an, nur so. Zum Spaß. Zur Belustigung, meine eigene Reality TV Show. Ich mag es, wenn sie tausende sinnlose hashtags aneinander reiht. Dann klicke ich in meinem Wahn auf die Personen, die du markiert hast. Hin und wieder gibt es besondere Leckerbissen. Wenn ein Freund von dir Fotos postest, auf denen du nach dem Ausgehen halb nackt im Bad stehst. Wenn du lächelnd im Park sitzt, und das Leben zu genießen scheinst. Dein Abschied, bevor du weg bist. Du bist ziemlich authentisch, weißt du das? Du bist wie meine unsichtbare Freundin, fast. Ich höre andere Musik als du, kannst du aber nicht wissen. Niemals wirst du wissen, was ich mag.

Gestern hast du dein Profil auf privat gestellt. Nach all der Zeit. Und ich kann dir nicht einmal sagen, dass ich es vermissen werde, morgens deinen Namen einzutippen. Iksypsilon. Guten Morgen, gute Nacht. In der Hoffnung, keines deiner Fotos zu berühren, um nicht unabsichtlich den „Gefällt mir“ Button zu tätigen. Was wäre dann? Würdest du annehmen? Würdest du mir folgen? Würdest du schreiben: Hallo, kennen wir uns?

CC-BY-NC-SA-4.0 | <http://dekadedrei.de/2014/09/du-hast-im-maerz-geburtstag-du-bist-jetzt-fertig-mit-dem-studium-deine-freunde-sind-schwul-gedanken-einer-social-media-stalkerin/>

Studium.

konnte ich aus den Kommentaren rauslesen. In letzter Zeit postest du weniger Fotos von dir, das finde ich schade. Jeden Morgen warte ich darauf, was du berichten wirst. Obwohl ich dich noch nie gesehen habe. Also, im richtigen Leben. Ich weiß nicht, wie sich deine Stimme anhört. Höchstens von kurzen Videoschnipseln. Ich würde sie nicht erkennen. Heute nur eine Abbildung deines Frühstücks, schade. Das Neni ist so unpersönlich geworden. Humus mit Brot.

Du bist single. Du benutzt ein Macbook. Du hast im März Geburtstag. Du besitzt mehrere analoge Kameras. Du hast deine Haare geschnitten. Deine Haare sind wieder rot. Du hättest gerne einen Hund. Deine Freunde sind schwul. Du bist jetzt fertig mit deinem Studium. Du rauchst. Du kiffst. Du trinkst, manchmal. Du gehst gerne ins Werk. Du hast einen kleinen Bruder. Du kaufst im selben Asiamarkt ein wie ich. Dieselben Mochis, außen mit Sesam. Du trägst Nikes. Du malst deine Lippen an. Unauffälliges rot.

Der Digitale Wandel ist ein Projekt des



Das Internet und Gesellschaft Collaboratory e.V. ist das Labor für die Netzgesellschaft

- > Braucht das Internet eine Regierung?
- > Wie verändern sich Privatsphäre und Öffentlichkeit in der Online-Welt?
- > Kann das Urheberrecht in der digitalen Welt bestehen?
- > Wie wandelt sich die Arbeit durch das Internet?
- > Wie kann Medienkompetenz gefördert werden?
- > Wie übertragen wir unser kulturelles Erbe in die digitale Zeit?

Das möchte das Collaboratory herausfinden.

Dabei wegweisend: Der Multistakeholder-Ansatz

Über 350 Expertinnen und Experten aus allen gesellschaftlichen Bereichen sind im CoLab aktiv. Sie beleuchten aktuelle Herausforderungen der Digitalisierung und entwerfen Lösungsansätzen – praxisnah und multiperspektivisch. So kann der Diskurs um Internet und Gesellschaft auf einem hohen Niveau diskutiert aufrecht erhalten werden – längst bevor die Themen im Mainstream angekommen sind.

Als Community of Practice, ist das Collaboratory in seiner Form, seinen Prozessen und seinen Ergebnissen für Einflüsse aus verschiedenen Richtungen offen und entwickelt sich fortlaufend weiter. Der Transformationsprozess der Gesellschaft und Themen wie Internet Governance, Innovation, Medienkompetenz, Urheberrecht und Datenschutz bilden den Mittelpunkt der Arbeit von thematischen Initiativen, langfristigen Arbeitsgruppen und praktischen Projekten.

Beteiligung ist bei uns nicht nur ein Schlagwort: Alle Ideen werden am Puls der Community unabhängig diskutiert und abschließend offen und transparent zugänglich gemacht. Das CoLab repräsentiert – jung, aber trotzdem erfahren – die Netzgesellschaft, das deren Logik verstanden hat; seine Impulse dazu möchte es an die Gesellschaft zurückgeben.

Das Editorial Board

Aus der Menge der Artikel, die Themen für Internet und Gesellschaft behandeln, trifft das Editorial Board – aus ihren jeweiligen Fachrichtungen – die Auswahl.



Paul Fehlinger

ist der Mitbegründer und Manager des Internet & Jurisdiction Project – ein globaler Multistakeholder Dialogprozess mit dem Ziel, ein transnationales due process System zu entwickeln, so dass verschiedene nationale Gesetze in grenzüberschreitenden Online-Räumen koexistieren können. Paul ist im UN Internet Governance Forum, beim EuroDIG, der Global Commission on Internet Governance und anderen globalen netzpolitische Foren aktiv involviert. Er begann sich mit dem Thema Internet Governance an der Sciences Po Paris und am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung zu beschäftigen.

Photo Paul Fehlinger | CC BY ND 2.0 | <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/>



Julia Kloiber

arbeitet seit 2012 als Projektleiterin für die Open Knowledge Foundation Deutschland – ein gemeinnütziger Verein, der sich für offenes Wissen, offene Daten, Transparenz und Beteiligung einsetzt – und ist im Digitale Gesellschaft e.V. – eine kampagnenorientierte Initiative für eine menschenrechts- und verbraucherfreundliche Netzpolitik - aktiv. Sie beschäftigt sich mit Projekten rund um die Themen freies Wissen, Open Data, Netzpolitik und Design. Von 2005 bis 2011 hat sie in New York City und Berlin freiberuflich an Projekten im Bereich Online-Marketing, Kampagnenkonzption und Videoproduktion gearbeitet und zuvor Informationsdesign (BA) in Graz, Österreich und New Media and Digitale Culture (MA) in Utrecht, Holland studiert.

Photo: re:publica | <https://flic.kr/p/bV9Luf> | CC BY 2.0 | <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>



Hauke Gierow

Hauke Gierow ist Politikwissenschaftler und Sinologe. Er beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit den gesellschaftlichen und politischen Wirkungen des Internets. Bei der Open Knowledge Foundation setzte er sich für transparentes Verwaltungshandeln ein und wirkte an der Organisation mehrerer Veranstaltungen mit. Bei Reporter ohne Grenzen beschäftigt er sich derzeit schwerpunktmäßig mit der Rolle westlicher Firmen bei der Überwachung von Journalisten weltweit.

Photo: Dietmar Gust



Philipp Otto

arbeitet als Berater, Wissenschaftler, Journalist und Verleger. Er ist Gründer und geschäftsführender Partner des Think Tank iRights.Lab und des Verlages iRights.Media. Er leitet die Redaktion des Online-Magazins iRights.info und arbeitet in Kooperation mit vielen Partnern zu strategischen Fragen der Digitalisierung, der digitalen Agenda und ihrer Umsetzung. Seit knapp zehn Jahren beschäftigt er sich u.a. mit Netzpolitik. Er schreibt Strategiepapiere, Gutachten, Artikel sowie ist u.a. Herausgeber des Jahresrückblick Netzpolitik. Zudem konzipiert und leitet er verschiedene weitere Projekte. Hin und wieder sitzt er auch in Hinterzimmern, auf einem Podium oder hält Reden.

Photo: Jürgen Keiper | CC-BY-ND 3.0 | creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/



Sebastian Haselbeck

ist seit 2012 Geschäftsführer des Collaboratory e.V. Neben seiner netzpolitischen Tätigkeiten, in deren Rahmen er sich stark im Themenbereich Open Government (u.a. Government 2.0 Netzwerk Deutschland, AK Open Government Partnership Deutschland) engagiert, arbeitet er im Business Development bei der lingohub GmbH, gibt Seminare im Bereich Digitalisierung & Politik, und betreibt in seiner Freizeit Online-Communities zum Thema Film. Sebastian hat Politikwissenschaften und Amerikanistik studiert und dann ein Master-Studium an der Willy Brandt School of Public Policy (Uni Erfurt) absolviert.

Photo: CC0 1.0 | <http://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/>

IMPRESSUM

DER DIGITALE WANDEL – MAGAZIN FÜR INTERNET UND GESELLSCHAFT

Post-Digitale Agenda Ausgabe, Q3.2014

Editorial Board

Paul Feblinger

Julia Kloiber

Hauke Gierow

Philipp Otto

Sebastian Haselbeck

Redaktion

Janina Gera

Layout und Gestaltung

Jan Illmann

Druck

Oktoberdruck, Berlin

Eine Publikation des Internet und Gesellschaft Collaboratory

Kontakt

digitalerwandel@collaboratory.de – Redaktion

kontakt@collaboratory.de – Collaboratory Geschäftsstelle

Ansprechpartner Collaboratory e.V. Lenkungskreis

Dr. Michael Littger

Martin G. Löbe

Lena-Sophie Müller

Dr. Philipp S. Müller

Dr. Marianne Wulff

Informationen zum Collaboratory, den Themen, Personen, Projekten, der Finanzierung des Vereins und den Möglichkeiten zur Unterstützung oder Beteiligung unter www.collaboratory.de

Lizenzhinweis: Alle Texte dieser Ausgabe werden unter ihren jeweiligen, auf den Seiten angegebenen Creative Commons Lizenzen veröffentlicht, oder mit Erlaubnis der Autorinnen oder Autoren wiederveröffentlicht (Angaben jeweils am Text).

Coverfoto:

Hans-Jörg Aleff | <https://flic.kr/p/nbhgPD> | CC BY-NC-SA 2.0

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/>

Der Digitale Wandel – Magazin für Internet und Gesellschaft

Diese vierteljährliche Publikation schafft Überblick – sie bringt ausgewählte wissenschaftliche und relevante Beiträge unserer digitalen Gesellschaft zusammen. Dabei dient es als offene Plattform und freut sich über Anregungen, Einreichungen und Feedback.

Das Collaboratory ist das Labor für die Netzgesellschaft

Als unabhängige Plattform in Deutschland beschäftigt sich das Internet und Gesellschaft Collaboratory mit Fragestellungen des digitalen Wandels. Es bietet Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen die Möglichkeit, Chancen und Risiken dieses Wandels zu erkennen, Debatten zu führen und Lösungsansätze zu produzieren.

Wegweisend ist dabei der Multistakeholder-Ansatz, der Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammenbringt.

Das CoLab ist deshalb ein Forum für Expertenmeinungen, die in Publikationen, Veranstaltungen, Konferenzen, Streitschriften und Online-Tools ihren Ausdruck finden können.

Auch Der Digitale Wandel ist ein solches Forum und bietet Platz für Ihre Beschäftigung mit Themen, die Internet, Digitalisierung oder Netzpolitik hervorbringen.

Wirken Sie mit und melden Sie sich mit Ihren Artikelvorschlägen.